



- Metropolregionen – Innovation, Wettbewerb, Handlungsfähigkeit
- 10 Thesen zu Entwicklungen, Strukturen, Problemen und Lösungsstrategien peripherer, strukturschwacher Regionen in Bayern
- COMMIN.org
Raumplanung im Ostseeraum
- Föderalismusreform und Novellierung des Raumordnungsgesetzes
- Perspektiven des Stadumbaues in Mitteldeutschland
- Die Poesie der Regionalplanung: Von „persischen Teppichen“ über „smart shrinking“ zu „regions for all ages“
- Gestaltung urbaner Kulturlandschaften
- Infrastrukturkosten in Zeiten des Bevölkerungsrückgangs
- Evaluation und Controlling in der Raumplanung
- Neuerscheinungen

Verbundforschungsprojekt „Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels“



AKADEMIE
FÜR RAUMFORSCHUNG
UND LANDESPLANUNG

Teil 1

Schrumpfung – Neue Herausforderungen für die Regionalentwicklung in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen

Bernhard Müller,
Stefan Siedentop (Hrsg.)

Hannover 2003
Arbeitsmaterial Nr. 303
154 S., 21,- EUR
ISBN 978-3-88838-303-8

Teil 2

Planung und Migration
Determinanten, Folgen und raumplanerische Implikationen von sozialräumlicher Mobilität

Thorsten Wiechmann,
Oliver Fuchs (Hrsg.)

Hannover 2004
Arbeitsmaterial Nr. 307
(vergriffen)

Teil 3

Landesentwicklung bei Bevölkerungsrückgang – Auswirkungen auf die Raum- und Siedlungsstruktur in Baden-Württemberg

Erika Spiegel (Hrsg.)

Hannover 2004
Arbeitsmaterial Nr. 310
(vergriffen)

Teil 4

Bestimmungsfaktoren der künftigen räumlich-demographischen Entwicklung in Deutschland

Nichtdemographische Einflussfaktoren der Regionalentwicklung in Deutschland

Martin T. W. Rosenfeld,
Claus Schlömer (Hrsg.)

Hannover 2004
Arbeitsmaterial Nr. 312
(vergriffen)

Teil 5

Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir?

Gemeinsamer
Kongress 2004
von ARL und BBR

Wendelin Strubelt,
Horst Zimmermann (Hrsg.)

Hannover 2005
Forschungs- und
Sitzungsberichte Bd. 225
154 S., farb. Abb., 19,- EUR
ISBN 978-3-88838-054-9

Teil 6

Demographische Trends in Deutschland
Folgen für Städte und Regionen

Paul Gans,
Ansgar Schmitz-Veltin (Hrsg.)

Hannover 2006
Forschungs- und
Sitzungsberichte Bd. 226
384 S., farb. Abb., 25,- EUR
ISBN 978-3-88838-055-6

Teil 7

Konsequenzen aus der demographischen Entwicklung für Regionen in Nordwestdeutschland

Hans-Jürgen Back (Hrsg.)

Hannover 2006
Arbeitsmaterial Nr. 328
68 S., 11,- EUR
ISBN 978-3-88838-328-1

Teil 8

Demographischer Wandel in ausgewählten Regionstypen Nordrhein-Westfalens
Herausforderungen und Chancen für regionale Politik

Rainer Danielczyk,
Heiderose Kilper (Hrsg.)

Hannover 2006
Arbeitsmaterial Nr. 329
162 S., farb. Abb., 25,- EUR
ISBN 978-3-88838-329-8

Teil 9

Umbau von Städten und Regionen in Nordostdeutschland

Handlungsnotwendigkeiten und Handlungsperspektiven

Hans Joachim Kujath,
Suntje Schmidt (Hrsg.)

Hannover 2007
Arbeitsmaterial Nr. 330
298 S., farb. Abb., 38,- EUR
ISBN 978-3-88838-330-4

Teil 10

Umdenken – Umplanen – Umbauen

Stadt- und Regionalentwicklung in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen unter Schrumpfungbedingungen

Peter Sedlacek (Hrsg.)

Hannover 2007
Arbeitsmaterial Nr. 331
258 S., farb. Abb., 36,- EUR
ISBN 978-3-88838-331-1

Bestellmöglichkeiten über den Buchhandel
Auslieferung über VSB-Verlagsservice
Postfach 47 38, 38037 Braunschweig
Tel. 0 18 05/7 08-7 09, Fax 05 31/7 08-6 19
E-Mail: vsb-bestellservice@westermann.de

AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG
Hohenzollernstr. 11, 30161 Hannover
Tel. 05 11/3 48 42-13, Fax 05 11/3 48 42-41
E-Mail: Berswordt@ARL-net.de
www.ARL-net.de

Inhalt

Zur Diskussion

- Metropolregionen – Innovation, Wettbewerb, Handlungsfähigkeit 1
- 10 Thesen zu Entwicklungen, Strukturen, Problemen und Lösungsstrategien peripherer, strukturschwacher Regionen in Bayern 4

Raumforschung/-entwicklungspolitik

- COMMIN.org
Raumplanung im Ostseeraum 9
- Katastrophenvorsorge im Klimawandel
8. Forum Katastrophenvorsorge des DKKV 10
- Raumentwicklungsstrategien im Klimawandel
Fachtagung von BMVBS und BBR in Berlin 11
- 3. Nationaler Workshop „Klimafolgen und Anpassung“
Auf dem Weg zu einer nationalen Anpassungsstrategie 13
- Umweltdatenkatalog und aktualisierte Indikatoren 13
- Deutsche Klimaforschung erhält eine gemeinsame Stimme 14
- Konferenzergebnisse zur Zukunftspolitik für den ländlichen Raum in Europa 14
- Schrumpfende ostdeutsche Gemeinden verursachen finanzielle Haushaltsprobleme 14
- Auftaktkonferenz zur transnationalen Zusammenarbeit im „Ostsee-Adria-Entwicklungskorridor“ 15
- Deutscher Studienpreis 2008 15
- Neue Veröffentlichungen aus anderen Verlagen 15
- Veranstaltungshinweise 16
- 4R – Raumwissenschaftliches Netzwerk
 - 4R beim Deutschen Geographentag in Bayreuth 18
 - Zeitzeugeninterviews bereichern Bestände zur Territorialplanung 18
 - Landschaftsforschung im IÖR europäisch vernetzt 18

ARL-Zeitschriftenschau

19

ARL-Forschung

- 99. Sitzung der Landesarbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg 25
- Demographischer Wandel und Raumentwicklung in Bayern
Neue Arbeitsgruppe der LAG Bayern 27
- LAG Nordrhein-Westfalen
Auswirkungen der Föderalismusreform und Novellierung des Raumordnungsgesetzes 28
- Perspektiven des Stadumbaus in Mitteldeutschland
Herbsttagung der LAG Sachsen / Sachsen-Anhalt / Thüringen 29
- Herbsttagung des IIK Braunkohlenplanung zu neuen Anforderungen zwischen Lagerstätten-sicherung, Umweltverträglichkeit und Regionalentwicklung 30
- IIK Regionalplanung regt Arbeitskreis an 32

ARL-Veranstaltungen

- Die Poesie der Regionalplanung: Von „persischen Teppichen“ über „smart shrinking“ zu „regions for all ages“ 34
- Gestaltung urbaner Kulturlandschaften: Vom Fachdiskurs zur Planungspraxis Konferenz für Planerinnen und Planer in Nordrhein-Westfalen 39
- Infrastrukturkosten in Zeiten des Bevölkerungsrückgangs 42
- Evaluation und Controlling in der Raumplanung – Hinterfragen nicht erwünscht? 43
- „Die Metropolregion lebt“
1. Preis für sehenswerte Online-Bilderserie auf n-tv.de beim Journalistenwettbewerb 2007 der ARL 44
- Ankündigung: Junges Forum 2008
Raum und Innovation 44

ARL-Neuerscheinungen

45

ARL-Intern

- Weiterer Stabwechsel im Sekretariat der ARL 51
- Personalien 52

FRU

- Werner-Ernst-Preis 2008
Internationale Ausschreibung 53
- Neue Mitglieder im FRU 54
- FRU-Infobörse 55



NACHRICHTEN DER ARL

Technische Redaktion: Maria Hein, Oliver Rose

Druck: poppdruck, 30851 Langenhagen

Die NACHRICHTEN der ARL erscheinen viermal im Jahr.

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

November 2007

AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG

30161 Hannover, Hohenzollernstraße 11

Tel.: 0511 / 3 48 42 - 0

Fax: 0511 / 3 48 42 - 41

E-Mail: ARL@ARL-net.de

www.ARL-net.de

Red.: 0511 / 3 48 42 - 26

E-Mail: Rose@ARL-net.de

Metropolregionen – Innovation, Wettbewerb, Handlungsfähigkeit

Ausgangslage: Raumentwicklung und Metropolregionen

- *Globalisierung und räumliche Veränderungen:* Seit einiger Zeit sind Veränderungen von Städten und Staaten zu beobachten, die in engem Zusammenhang mit der neuesten Phase der Globalisierung seit Mitte der 1970er-Jahre stehen. Städte (wie auch Staaten) spielen dabei eine Schlüsselrolle, da sie die maßgeblichen Orte sind, in denen sich der wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel entfaltet und die gleichzeitig wichtige „Akteure“ dieses Wandels sind.

Aus räumlicher Sicht zeigen sich die Veränderungen vor allem daran,

- dass sich ökonomische Entwicklungspotenziale und Innovationskapazitäten vor allem in Metropolen bzw. Großstadtregionen entfalten,
- dass die nationale städtische Hierarchie und die räumliche Arbeitsteilung der Wirtschaft durch eine globale Arbeitsteilung überlagert wird und sich in der Folge im Weltmaßstab neue Hierarchien von urbanen Räumen herausbilden,

- dass – als Ergebnis dieser miteinander verbundenen Tendenzen – neue Ungleichheiten zwischen Räumen entstehen oder schon bestehende sich weiter verschärfen,
- dass sich institutionelle Anforderungen stellen („metropolitan governance“).

Diese vier Ausprägungen werden im Folgenden näher erläutert.

Metropolisierung von Entwicklungspotenzialen und Innovationskapazitäten

- *Räumliche Konzentration ökonomischer Aktivitäten:* Forschungsintensive Industrien und wissensbasierte Dienstleistungen konzentrieren sich zunehmend in metropolitanen Räumen. Vor allem in diesen Räumen entstehen für innovative Unternehmen Kontakte, Informationen und Gelegenheiten, die Risiken zu mindern. Zudem bieten diese Räume den Zugang zu spezialisierten Ressourcen und Arbeitskräften bis hin zu spezifischen Routinen, Traditionen, Werten und anderen lokalen Institutionen.

Angesichts des weltweiten Wettbewerbs und der zunehmenden globalen wirtschaftlichen Verflechtungen ist die Rolle der Metropolregionen wieder stärker in den Mittelpunkt der raumentwicklungspolitischen und regionalökonomischen Diskussion gerückt. Die wachsende Dynamik der Globalisierungsprozesse führt zu einer Restrukturierung der Städtesysteme. Die Großstadtregionen entwickeln sich zu Knoten in zunehmend komplexeren Netzen. Zugleich sind sie Trendsetter auf dem Weg zur Wissensgesellschaft. An der Spitze des europäischen und deutschen Städtesystems formiert sich die Liga der Metropolregionen. Darüber hinaus legen es auch neue theoretische Erkenntnisse – z. B. aus der Neuen Ökonomischen Geographie und der Neuen Wachstumstheorie – nahe, dass die großen Metropolregionen in der Zukunft zunehmend die Kristallisationspunkte und Träger des gesamtwirtschaftlichen Wachstums sein werden.



Diesem Themenfeld widmete sich innerhalb der Akademie der von Prof. Dr.-Ing. Jörg Knieling, HafenCity Universität Hamburg, geleitete gemeinsame Arbeitskreis „Metropolregionen – Innovation, Wettbewerb, Handlungsfähigkeit“, dem neben der ARL das Difu, das ILS NRW und das IRS angehörten. Die Ergebnisse werden zurzeit für den Druck vorbereitet. Auf ihrer Grundlage ist das gleichnamige Positionspapier Nr. 71 aus der ARL entstanden. Es umfasst mehr als zehn Seiten. Im Folgenden werden nur das einleitende Kapitel und die Handlungsempfehlungen zur Entwicklung von Metropolregionen abgedruckt. Interessenten können das gesamte Positionspapier auch als pdf-Datei von der Website der ARL (www.ARL-net.de) herunterladen.

Neben dem Leiter gehörten dem Arbeitskreis an: Prof. Dr. Jürgen Aring, Kassel/Meckenheim; Prof. Dr. Joachim Blatter, Rotterdam; Prof. Dr. Hans Heinrich Blotvogel, Dortmund; Prof. Dr. Johannes Bröcker, Kiel; Prof. Dr. Rainer Danielzyk, Dortmund; Dr. Busso Grabow, Berlin; Dr. Wolfgang Knapp, Dortmund; Prof. Dr. Hans Joachim Kujath, Erkner; Dipl.-Geogr. Antje Matern, Hamburg; Dipl.-Ing. Julian Petrin, Hamburg; Dr. Hans Pohle, Hannover; Dr. (des) Peter Schmitt, Stockholm; Dr. Gerd Tönnies, Hannover; Dr. Thorsten Wiechmann, Dresden; Prof. Dr. Dr. h. c. Horst Zimmermann, Marburg.

Gerd Tönnies, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 23
E-Mail: Toennies@ARL-net.de

- *Metropolregionen als komplexe Standorträume:* Metropolregionen zeichnen sich durch eine hohe ökonomische, soziale und kulturelle Komplexität aus. Einerseits sind sie funktional vielfach verflochtene Lebens- und Standorträume und arbeitsteilige Systeme der Produktion. Andererseits bilden sie Knoten von sich überlagernden und miteinander verknüpften Handels- und Produktionsnetzwerken, Finanzströmen sowie von politischen, kulturellen und sozialen Netzwerken.

Weltweite räumliche Arbeitsteilung und Hierarchien urbaner Räume

- *Neue Arbeitsteilung der Städte:* Stadtregionen oder metropolitane Räume sind Teil eines neu entstehenden Systems internationaler Arbeitsteilung im globalen Wettbewerb. Veränderungen wie die räumliche Dezentralisierung der Produktion sowie die internationalen Verflechtungen der Finanzströme und des wissensintensiven Dienstleistungssektors führen zu neuen Formen der Konzentration. Dabei entsteht einerseits eine vertikal abgestufte Hierarchie globalisierter Stadt-Regionen, andererseits verändert das Verhältnis von räumlicher Dezentralisierung und territorialer Konzentration auch die Lage peripherer Räume im neu entstehenden räumlichen Gefüge.
- *Metropolregionen als polyzentrische Räume:* Metropolitane Räume verknüpfen mit ihrem Einzugsgebiet unterschiedliche Orte zu einem vielfältigen, polyzentrischen Raummuster. Morphologisch lassen sich zwei Strukturen unterscheiden:
 - Metropolregionen mit einem dominierenden urbanen Kern und einer Reihe kleinerer, benachbarter städtischer Zentren (London/South East England, Paris/Ile de France)
 - Metropolregionen mit mehreren Städten liegen in unmittelbarer Nähe (Tagespendlerentfernung) zueinander, ihre größeren Kerne unterscheiden sich aber hinsichtlich ihrer Bevölkerungszahl und ökonomischen Bedeutung nicht wesentlich (Rhein-Ruhr, Randstad Holland).

Die Beachtung der unterschiedlichen morphologischen Muster ist bedeutsam, weil zu vermuten ist, dass sie Einfluss auf die sozialen, ökonomischen und politischen Beziehungen in den Metropolregionen haben.

Neue räumliche Ungleichheiten

- *Nebeneinander von Wachstum und Schrumpfung:* Die beschriebenen Veränderungen führen zu einer Zuspitzung des Verhältnisses zwischen den Zentren und den peripheren Räumen. Ungleiche räumliche Entwicklung verstärkt sich, und es entsteht ein Nebeneinander von Wachstums-, Stagnations- und Schrumpfungsregionen. Qualifizierte Arbeit, hochwertige Infrastruktur, Investitionen usw. konzentrieren sich verstärkt in großen metropolitane Räumen. Zugleich spezialisieren sich diese Räume in der globalen oder europäischen Arbeitsteilung und verknüpfen sich mit anderen dynamischen metropolitane Räumen. Demgegenüber können die

Verbindungen der metropolitane Räume mit den sie umgebenden peripheren und zu anderen strukturschwachen Räumen abnehmen, sodass diese von der wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt werden.

Metropolregionen und institutionelle Veränderungen

- *Veränderung der Institutionen:* Der räumliche Wandel betrifft nicht nur die Rolle metropolitane Räume als Knoten der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern auch als institutionelle Handlungsebene in der staatlichen Hierarchie. Staatliche Befugnisse werden nicht nur an die europäische bzw. transnationale Ebene, sondern auch an neu strukturierte stadregionale Governance-Ebenen abgetreten. Dieser Bedeutungsgewinn der Regionen stellt neue Anforderungen an die Organisationsformen von Metropolregionen („metropolitan governance“).

Handlungsempfehlungen für die Entwicklung von Metropolregionen

Handlungsempfehlungen für Akteure der Stadt- und Regionalpolitik

- *Förderung der Metropolfunktionen:* Die vier Metropolfunktionen Entscheidungs- und Kontrollfunktion, Innovations- und Wettbewerbsfunktion, Gatewayfunktion und Symbolfunktion werden nach dem aktuellen Stand der Wissenschaft als maßgebliche Stellgrößen eingeschätzt. Für die Leistungsfähigkeit der jeweiligen Metropolregion ist deshalb eine wichtige Voraussetzung, dass die Metropolregionen diese Funktionsbereiche stärken. Dies darf allerdings nicht zur Vernachlässigung ökologischer und sozialer Aspekte der Stadt- und Regionalentwicklung führen, um eine gleichmäßige Stärkung aller drei Nachhaltigkeitsdimensionen zu erreichen. Dies kommt in Forderungen nach sozialer Kohäsion oder Steigerung der Lebensqualität zum Ausdruck. Wesentliche Voraussetzung hierfür ist die breite Wiederbelebung der Diskussion über Städte als soziale (und nicht nur Standort-) Räume.
- *Zusammenarbeit von Kernstädten und Umland:* Das Konzept der Metropolregionen bietet die Chance, dass sich Kernstädte und ihr Umland mit anderen Augen betrachten. Insbesondere die Umlandgemeinden sollten erkennen, dass die Kernstädte international das Aushängeschild für die gesamte Region sind. Metropolregionen können auch dazu beitragen, dass die kulturelle Vielfalt der Städte in der Wahrnehmung der Umlandbewohner mehr Gewicht erhält. Aber auch die Kernstädte sollten die Bedeutung des Umlandes für die Attraktivität und Leistungsfähigkeit der Metropolregion wahrnehmen und ihre Nachbargemeinden als gleichberechtigte Partner anerkennen. Das Umland bietet beispielsweise eine Ausgleichs- und Schutzfunktion oder Angebote für Tourismus, Freizeit und Naherholung. Die ländlichen Teilräume in den Metropolregionen sollten gleichzeitig aber auch eine eigenständige Entwicklung betreiben, die an ihren besonderen Stärken ansetzt.

- *Einbindung der Metropolregionen in Netzwerke:* Metropolregionen können ihre Leistungsfähigkeit stärken, indem sie sich in internationale Netze einbinden bzw. diese Verbindungen ausbauen. Die Vernetzung schließt sowohl die grenzüberschreitende Verknüpfung mit benachbarten Metropolregionen ein als auch überregionale Netzwerke von Metropolregionen, z. B. innerhalb Europas oder auf globaler Ebene. Als Ressource zur Vernetzung sollten Metropolregionen die Zuwanderung nutzen und in ihrer Integrationspolitik Vielfalt und Toleranz als Qualitäten anstreben.
- *Spezifik der Metropolregionen beachten:* Strategien und Aktivitäten in den Metropolregionen benötigen eine individuelle Betrachtung jeder einzelnen Region. Aus wissenschaftlicher Sicht können keine allgemeingültigen Aussagen zu Handlungsempfehlungen getroffen werden, da diese an den jeweiligen Stärken und Schwächen sowie den spezifischen Chancen und Risiken eines Raumes ansetzen müssen.

Handlungsempfehlungen für die Akteure der Bundesraumordnung

- *Nachhaltige Metropolregionen:* Metropolregionen ergänzen die Konzepte und Instrumente der Raumentwicklung im Bereich der Entwicklungsfunktionen. Mit ihrer Verwendung sollten die bestehenden Instrumente des Ausgleichs und der Vorsorge (Raumordnung) jedoch nicht in Frage gestellt werden. Die Entwicklung der Metropolregionen sollte sich vielmehr an dem Leitbild und den Zieldimensionen der nachhaltigen Entwicklung orientieren. Eine vorrangig ökonomische Ausrichtung der Raumentwicklungspolitik in Bezug auf Metropolregionen, die sich an den eingeführten Metropolfunktionen orientiert, erfasst nicht in ausreichendem Maß die Komplexität der räumlichen Entwicklung.
- *Stärkung der Metropolfunktionen:* Die Metropolfunktionen sind für die Leistungs- und damit Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Metropolregionen von besonderer Bedeutung. Die Bundespolitik sollte die Metropolfunktionen bei staatlichen Planungen und Maßnahmen berücksichtigen und so zur Leistungsfähigkeit der Metropolregionen beitragen. Besonders relevante Politikfelder zur Stärkung der Funktionsbereiche sind die Verkehrspolitik, Technologie- und Innovationspolitik, Wissenschaftspolitik, Integrationspolitiken und die verschiedenen Felder der Wissensökonomie.
- *Metropolfunktionen ergänzen:* Metropolregionen werden bisher mit der Erfüllung von Entscheidungs- und Kontrollfunktionen, Innovations- und Wettbewerbsfunktionen und Gatewayfunktionen in Zusammenhang gebracht. Metropolregionen sind aber auch Zentren der Produktion von Symbolen, die durch die Symbolfunktion abgebildet werden können. Die Symbolfunktion bezieht sich auf die Erzeugung und Verbreitung von Zeichen, Vorbildern, Moden sowie Normen und Werten.
- *Wettbewerbsrahmen schaffen:* Die Raumentwicklungspolitik sollte einen Wettbewerbsrahmen für die Konkurrenz der Metropolregionen definieren und dabei eine Profilbildung, Arbeitsteilung und strategische Vernetzung der Metropolregionen fördern. Dadurch können die jeweiligen Stärken bevorzugt zum Zuge kommen und Strategie- und Investitionsentscheidungen – auch auf Bundes- und europäischer Ebene – entsprechend ausfallen. Dies erscheint notwendig, damit sich die deutschen Metropolregionen im internationalen Wettbewerb behaupten und entsprechende Standortqualitäten ausbilden können.
- *Unterstützung von Metropolregionen:* Von Seiten des Bundes sollten alle Aktivitäten unterstützt werden, die der Stärkung der inneren Leistungsfähigkeit von Metropolregionen dienen und ihre Entwicklungshemmnisse abbauen. Dazu ist keine neue Förderkategorie notwendig, wichtig ist dagegen die Koordination der Infrastrukturinvestitionen und der Förderprogramme der Fachressorts. Im Hinblick auf das dezentrale Städtesystem Deutschlands sollten staatliche Maßnahmen insbesondere dazu beitragen, dass die leistungsschwächeren Metropolregionen aufholen können.
- *Gesamträumliche Strategien der Raumentwicklung:* Mit dem Konzept der Metropolregionen und der mit der Globalisierung verbundenen Neuordnung des globalen und nationalen Städtesystems steht die Raumordnungspolitik vor der Frage, welche zukunftsfähige Raumstruktur sie anstreben soll. Dies verdeutlicht die enge Verzahnung der Diskussionen über Metropolregionen und das Leitbild der gleichwertigen Lebensbedingungen. Aus wissenschaftlicher Sicht liegt die Verknüpfung der Metropolregionen mit Ausgleichszielen nicht unbedingt auf der Hand. In den Leitbildern und Handlungsstrategien der Raumentwicklung sind dafür metropolitane Netze und großräumige Verantwortungsgemeinschaften als Handlungsansätze genannt. Daneben sollten Wachstumsräume berücksichtigt werden, die fern von Großstädten gelegen sind und ohne Bezug zum Konzept der Metropolregionen eigene Strategien verfolgen. Für mittelgroße Städte und ländliche Räume, die kaum Vorteile aus einer Zusammenarbeit erwarten (können) und kaum eigene Wachstumspotenziale haben, bleibt das Ausgleichsziel von Bedeutung. Die polyzentrische Raumstruktur Deutschlands erfordert deshalb verschiedene Strategien, welche die spezifischen Anforderungen der Teilräume berücksichtigen. Diese müssen sich an gesellschaftlich ausgehandelten Vorstellungen von räumlicher Gerechtigkeit orientieren.

10 Thesen zu Entwicklungen, Strukturen, Problemen und Lösungsstrategien peripherer, strukturschwacher Regionen in Bayern

These 1

Bedingt durch den demographischen Wandel werden periphere Räume vor Tragfähigkeitsproblemen der technischen und sozialen Infrastruktur stehen. Die entstehenden Versorgungsdefizite werden sich ohne gezielte Gegenmaßnahmen verstärken, die regionalen Disparitäten weiter zunehmen.

Begründung

- Die quantitativ und qualitativ rückläufige Entwicklung der Versorgungsstruktur in diesen Teilräumen kann nur durch die Notwendigkeit zur erhöhten persönlichen Mobilität aufgefangen werden. Andererseits jedoch wird die individuelle Mobilität durch den demographischen Wandel langfristig abnehmen, sodass ohne frühzeitige Schaffung von Versorgungsalternativen Defizite in der Befriedigung der Alltagsbedürfnisse zukünftiger immobiler Bevölkerungsgruppen die Folge sein werden.

Angesichts der Vielgestaltigkeit von Strukturen, der ablaufenden Prozesse und derzeitigen Problemsituationen tragen *generell* angebotene Modelle für die Entwicklung ländlicher Räume vor allem in peripheren, strukturschwachen ländlichen Räumen nicht. Eine *regionale* Differenzierung ist unumgänglich. Diese wird jedoch konterkariert, wenn die ländlichen Räume wie im Norden Bayerns von der Raumordnung auf Bundesebene unter „Räume mit Stabilisierungsbedarf“ subsumiert werden. Dies ist nicht sachgerecht, kann doch ein Landkreis wie Wunsiedel im Fichtelgebirge nicht mit einem Landkreis wie Bayreuth gleichgesetzt werden.

Diese peripheren Räume, häufig weit entfernt von den Zentralräumen gelegen, wirtschaftlich jedoch von den Entscheidungen in den Zentren abhängig, können u. a. durch folgende Kriterien gekennzeichnet werden:

- Abwanderung vorwiegend junger Bevölkerungsgruppen,
- Verlagerungen von Betrieben,
- meist wenig wirtschaftliche Alternativen sowie
- rückläufige Entwicklung der Versorgungsangebote.

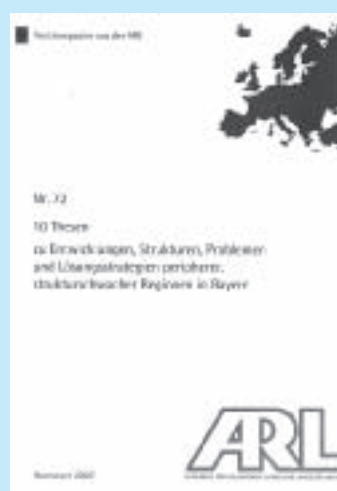
Für diese besonderen Problembereiche gilt es, kommunale, regionale und betriebliche Strategien einer Aufwertung zu formulieren.

- Durch die negative Bevölkerungsentwicklung nehmen die Schülerzahlen überdurchschnittlich stark ab und zahlreiche Schulstandorte, vor allem Grund- und insbesondere Hauptschulen, die sich in Konkurrenz mit anderen Schularten behaupten müssen, werden geschlossen. Für die verbleibenden Schüler verlängern sich die Schulwege erheblich und damit steigt die Belastung für Kinder und die betreffenden Familien.
- Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung im peripheren ländlichen Raum steht insbesondere vor zwei Herausforderungen: dem Rückgang der Hausärzte und damit der medizinischen Allgemein- und Grundversorgung sowie der verstärkten Nachfrage nach einer Altenbetreuung verbunden mit einem Rückgang der familiären häuslichen Pflege.

Handlungsempfehlungen

- Um die Nahversorgung aufrechtzuerhalten, müssen flexible Formen der Grundversorgung, wie z. B. Bring- und Abholdienste, und e-Commerce-Strukturen in der

Die Arbeitsgruppe „Ziele und Strategien einer aktuellen Politik für die ländlichen Räume in Bayern“ der Landesarbeitsgemeinschaft Bayern hat im Positionspapier Nr. 72 aus der ARL Vorschläge für die weitere Entwicklung dieser



Räume in Bayern formuliert. Wir drucken das Positionspapier hier ab. Es kann auch als pdf-Datei von der Website der ARL (www.ARL-net.de) heruntergeladen werden.

An diesem Positionspapier haben mitgewirkt: Prof. Dr. Ulrich Ante, Würzburg; Dipl.-Geogr. Michael Breitenfelder, Bayreuth; Prof. Dr. Hubert Job, München; Prof. Dr. Gerhard Kleinhenz, Passau; Prof. Dr. Drs.

h. c. Jörg Maier, Bayreuth; Dipl.-Geogr. Marius Mayer, München; Dipl.-Geogr. Christiane Odewald, Bayreuth; Prof. (em.) Dr. Dr. h. c. Karl Ruppert, München; Dr. Jürgen Weber, Landshut.

Andreas Klee, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 39
E-Mail: Klee@ARL-net.de

öffentlichen Verwaltung, insbesondere auf Ebene der Kommunen, weiterentwickelt werden. Nachbarschaftshilfe und privates bürgerliches Engagement sollen gefördert werden.

- Die Aufrechterhaltung der wohnortnahen schulischen Grundversorgung mit Grund- und Hauptschulen ist wesentlich für die Funktionsfähigkeit des peripheren ländlichen Raumes. Bei Bedarf müssen zur Sicherung der schulischen Mindestausstattung jahrgangsgemischte Klassen und kleine Klassenstärken mit angepassten pädagogischen Konzepten eingerichtet werden. Bei den Berufsschulen ist eine stärkere landkreisübergreifende, in der Nähe der Grenze von Bundesländern aber auch länderübergreifende Kooperation erforderlich.
- Grundsätzlich gilt es, eine Bündelung von Infrastrukturangeboten an Zentralen Orten, regionalen Siedlungsschwerpunkten und Verkehrsknotenpunkten bei gleichzeitigem Aufbau mobiler Versorgungssysteme (Gesundheitszentren, mobile ärztliche Versorgung, Rufbusse, Anruf-Sammel-Taxis usw.) anzustreben, eine Kopplung von Funktionen (z. B. mobile Bibliotheken mit Paketdiensten) vorzunehmen. Gleichzeitig muss eine Neubewertung bzw. Anpassung von Mindeststandards bei der kommunalen Daseinsvorsorge erfolgen und eine regionale Koordination des Angebots geprüft werden.

These 2

Der Rückzug von staatlichen, halbstaatlichen und privaten Einrichtungen der Daseinsvorsorge aus weiten Teilen der peripheren ländlichen Räume ist mit einem Anstieg der Wegstrecken für die Bevölkerung sowie mit höheren Kosten und Umweltbelastungen verbunden.

Begründung

- Anhaltende Konzentrationsprozesse von Versorgungsangeboten auf zumindest mittelzentrale Standorte bedingen eine hohe Bereitschaft und Notwendigkeit zur persönlichen Mobilität, die aufgrund stagnierender oder rückläufiger klassischer ÖPNV-Angebote zunehmend mit dem eigenen Pkw erledigt werden muss.
- Bedingt durch den demographischen Wandel wird die Zahl älterer, immobiler Bevölkerungsgruppen zunehmen, die durch den Rückzug aus der Fläche von beispielsweise Post, Bank, aber auch kultureller und gesellschaftlicher Einrichtungen von den Auswirkungen der Auslastungs- und Tragfähigkeitsproblematik in hohem Maße betroffen sein werden.

Handlungsempfehlungen

- Spezifizierung der globalen Aussagen des Landesentwicklungsprogramms (LEP) zu ländlichen Teilräumen durch flexible, den jeweiligen lokalen Rahmenbedingungen angepasste Ziele.
- Stärkere Unterstützung und Vermarktung alternativer ÖPNV-Angebote.
- Breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit der Nutzen stiftenden Effekte sowohl hinsichtlich der Mobilitätsvorteile

als auch der in Bezug auf den Klimawandel positiv zu wertenden Energieeinsparpotenziale dieser Angebote.

- Information über die und Unterstützung bei der Bildung von privaten, sozialen Netzwerken auf kommunaler Ebene, die eine tragende (Versorgungs-) Säule gerade in peripheren ländlichen Teilräumen sein werden.

These 3

Die Bündelungsprozesse bei Infrastruktureinrichtungen werden sich weiter fortsetzen. Ohne rechtzeitige Planung ist eine flächenbezogene Daseinsvorsorge bestimmter Bevölkerungsgruppen gefährdet. Die Politik muss mit den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen Festlegungen der Mindeststandards treffen.

Begründung

- Gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilen des Freistaats waren und sind ein Ziel der Raumordnungspolitik Bayerns.
- Dem Rückzug halböffentlicher Einrichtungen, wie etwa der Post oder auch privater Versorgungsunternehmen wie Banken und Sparkassen, wurde in den 1980er-Jahren durch Dezentralisierungsmaßnahmen staatlicher Stellen und in den letzten Jahren durch die Unterstützung für Gründer- und Technologiezentren oder die High-Tech-Initiative der bayerischen Staatsregierung durch die Schaffung von regionalen Schwerpunkten zu begegnen versucht.
- Über die zunehmende Forderung nach mehr Marktorientierung in der neueren Regionalpolitik gilt es nun, die Kräfte der ländlichen Räume gezielt auf regionale Zentren hin zu bündeln. Allerdings muss dabei Sorge getragen werden, dass damit in erreichbarer Nähe der Wohnstandorte der Bevölkerung Mindeststandards gewährleistet werden.

Handlungsempfehlungen

Die Clusterpolitik der bayerischen Staatsregierung erhält in Ergänzung zu den 19 überregional wirkenden Clustern durch regional bezogene Cluster eine wichtige Funktion:

- Die überregionalen Ansätze der Technologie-, Cluster- und Qualifizierungspolitik wirken auf die wirtschaftliche Entwicklung strukturschwacher, ländlicher Räume allenfalls indifferent. Dem Vorrangprinzip der Landesentwicklung zugunsten der ländlichen Räume tragen sie keinesfalls ausreichend Rechnung.
- Die Schwerpunktsetzung auf technologische Innovationen bzw. Cluster von zumindest landesweiter Bedeutung sowie die Hervorhebung von „High Tech“-Clustern erschweren den Aufbau und die Bestandspflege bereits funktionierender, auf teilräumlichen Begabungen aufbauender, regionaler Clusterinitiativen.
- Regionalmanagement kann die Clusterpolitik unterstützen, indem es sich besonders um die Entwicklung teilräumlicher Clusterinitiativen bemüht. Umgekehrt kann aber auch eine landesweite Clusterpolitik dem Regionalmanagement Impulse geben, indem sie auf

besonders zukunftssträchtige Nischen für einzelne Teilräume hinweist und damit auf mögliche Aktionsfelder des Regionalmanagements aufmerksam macht.

These 4

In peripheren ländlichen Räumen sollte das System der Zentralen Orte zur Gewährleistung einer eigenbestimmten, selbsttragenden Entwicklung neu definiert werden. Im Übergang zur wissensbasierten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft kommt der Sicherung eines leistungsfähigen Netzes von Zentralen Orten z. B. mittlerer Stufen eine wesentliche Bedeutung zu.

Begründung

- In peripheren, ländlichen Räumen treten oftmals eine geringe Wachstumsdynamik der Wirtschaft und eine unbefriedigende Innovationstätigkeit auf. Erhebliche Anstrengungen sind deshalb erforderlich, gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen auch in peripheren, ländlichen Räumen zu sichern und zu schaffen. Im Übergang zur wissensbasierten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft gibt es dabei folgende wesentliche Handlungsfelder:
- Leistungsfähige Mittelzentren und mögliche Mittelzentren üben aufgrund ihres Angebots an Arbeitsplätzen und Einrichtungen eine hohe Anziehungskraft auf abwanderungswillige Bevölkerungsgruppen aus.
- Ferner kann in Zentralen Orten mittlerer Stufen eher ein Nährboden für innovative Ideen entstehen und bei den Akteuren können sich kooperative Handlungsansätze entwickeln, die den Raum nach vorne bringen, als dies in einer dispersen Siedlungsstruktur der Fall ist. Somit haben voll funktionsfähige Zentrale Orte mittlerer Stufen eine wichtige, unterstützende Funktion für eine von unten getragene räumliche Entwicklung.

Handlungsempfehlungen

- Definition von Mindeststandards von Zentralen Orten der mittleren Stufen bezüglich ihrer Versorgungs- und wirtschaftlichen Impulsgeberfunktion sowie hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Entwicklung der Siedlungsstruktur als Aufgabe von Wissenschaft sowie örtlichen und regionalen Entscheidungsträgern. Die so erarbeiteten Standards müssen von der Regionalplanung geprüft und in einen neuen Entwurf des Landesentwicklungsprogramms eingebracht werden.
- Vorrangiger Ausbau von sogenannten Entwicklungsfällen auf der mittelzentralen Stufe zu voll funktionsfähigen Mittelzentren. Dabei bedarf es des Einsatzes besonderer finanzpolitischer Förderinstrumente und eines bevorzugten Standortmarketings für Mittelzentren im peripheren, ländlichen Raum.

These 5

Frauen sind häufig Innovationsmotoren für Entwicklungen im ländlichen Raum. In Regionen, in denen es nicht gelingt, Arbeitsplätze für Frauen in erreichbarer Entfernung zu schaffen, wird der Trend zur Abwanderung weiter anhalten.

Begründung

- Ein wesentliches Merkmal der Lebensverhältnisse von Frauen im ländlichen Raum ist die ausgeprägte Familienorientierung, verbunden mit einer starken Erwerbsorientierung. Dabei haben sich durch den Strukturwandel in der Landwirtschaft und durch die Veränderungen der Wirtschaftsstruktur und des Arbeitsmarktes (Tertiärisierung und Qualifizierung) die Lebens- und Erwerbsbedingungen grundlegend verändert.
- Die von vielen Frauen gewünschte Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird wesentlich erschwert durch die hohen Mobilitätsanforderungen. Arbeitsplätze, insbesondere Teilzeitarbeitsplätze liegen oft in relativ weiter Entfernung vom Wohnort, sind nicht mit dem ÖPNV und nur durch Inkaufnahme längerer Fahrtzeiten, verbunden mit entsprechend höheren Kosten, zu erreichen. Auch Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen sind häufig nicht vor Ort und nur mit entsprechendem Organisationsaufwand zu erreichen.
- Immer mehr ländliche Regionen versuchen deshalb, unter dem Leitziel der Kinder- und Familienfreundlichkeit junge Familien zu umwerben und bessere Angebote zu schaffen. Angesichts begrenzter Ressourcen und Angebote kommt dabei der Eigeninitiative der Betroffenen, sei es im Ehrenamt oder durch bedarfsgerechte Dienstleistungen, z. B. in der Kinder- und Jugendbetreuung, bei der Nachbarschaftshilfe oder im Gesundheitsbereich, also den traditionellen Betätigungsfeldern von Frauen, immer mehr Bedeutung zu.
- Gerade von Frauen als Hauptbetroffene dieser Entwicklungen gehen sowohl bei der Schaffung neuer Erwerbsmöglichkeiten als auch im Ehrenamt viele Impulse aus. Kommunikation und Vernetzung sind dabei die Basis vieler Tätigkeiten.

Handlungsempfehlungen

- Wohnortnahe Förderung von (Teilzeit-)Arbeitsplätzen unterschiedlicher Art und Qualifikation für Frauen durch verschiedene organisatorische Maßnahmen
- Flexible Arbeitszeitmodelle und Kinderbetreuungsangebote
- Förderung von Frauen auf dem Weg zu Führungs- und Entscheidungspositionen
- Verbesserung des Fortbildungs- und Umschulungsangebotes für Frauen
- Bildung von Netzwerken, z. B. für Existenzgründerinnen

These 6

Für eine integrierte Entwicklung des peripheren ländlichen Raumes ist die Landwirtschaft nach wie vor ein entscheidender Faktor. Ihre Multifunktionalität (Nahrungsmittelproduktion/Biomasseerzeugung/Kulturlandschaftspflege usw.) muss gesellschaftspolitisch noch mehr ins Bewusstsein gerückt werden.

Begründung

- Prioritäre Bedeutung für ländliche Räume besitzt immer noch die Nahrungsmittelproduktion.
- Biomasseerzeugung stellt eine neuere Einkommensmöglichkeit dar, wobei die damit verbundene Problematik (z. B. Flächenkonkurrenz) nicht übersehen werden darf.
- Zur notwendigen Diversifikation der Einkommensquellen führen auch öffentliche Gelder, die als Leistungsentgelt für gesellschaftspolitisch erwünschte Dienstleistungen (u. a. Landschaftspflege) gewährt werden müssen.

Handlungsempfehlungen

- Maßnahmen der ländlichen Entwicklungspolitik müssen stärker auf die große Vielfalt unterschiedlicher Raumstrukturen Bezug nehmen.
- Die Diskussion strategischer Leitbilder muss Aufgaben, Ziele und Lebenssituationen landwirtschaftlicher Betriebe stärker einbeziehen und den hohen Wert von Natur und Landschaft verdeutlichen.
- Erwerbskombinationen im außerlandwirtschaftlichen Bereich erfordern auch Weiterbildungsmöglichkeiten.
- Förderprogramme sollten mehr auf die tatsächlich benachteiligten Standorte konzentriert werden, auch Entwicklungsmöglichkeiten offen lassen.

These 7

Die ländlichen Räume müssen für die bisher weitgehend unentgeltliche Bereitstellung von flächenbezogenen öffentlichen Gütern wie beispielsweise Kulturlandschaft eine entsprechende Vergütung erhalten.

Begründung

- Gleichzeitig ablaufende Prozesse agrarischer Intensivierung und Extensivierung, zumal vor dem Hintergrund von finanziellen Kürzungen der 2. ELER-Säule (ELER-Verordnung des Rates über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums), sowie anhaltende Freiflächeninanspruchnahme durch das Siedlungs- und Verkehrsnetz gefährden den Erhalt der Kulturlandschaft und damit auch der gelebten regionalen Kultur.
- Die Kulturlandschaft stellt nicht nur durch ihr attraktives Landschaftsbild, ihr soziales Umfeld und ihre identitätsstiftende Wirkung einen wichtigen weichen Standortfaktor dar, sondern ist auch die Grundlage für die touristische Inwertsetzung. Auch die städtischen Zentren profitieren von einer intakten Kulturlandschaft.

Handlungsempfehlungen

- Zum Erhalt und zur Entwicklung der tradierten Kulturlandschaft sind Direktzahlungen weiterhin unentbehrlich.
- Durch eine offensivere Vermarktung attraktiver Kulturlandschaften als weicher Standortfaktor können die Neuschaffung oder der Erhalt von Arbeitsplätzen gestärkt und ländliche Räume als hochwertige Wohnstandorte für qualifizierte Fachkräfte etabliert werden.
- Das Vereinsleben innerhalb der Gemeinden sollte gestärkt werden, da es einen wichtigen Faktor für die Erhaltung der regionalen Kultur und die Bindung vor allem jüngerer Bevölkerungsschichten in der Region darstellt (Verhinderung von Abwanderung).

These 8

Der Wirtschaftsfaktor Tourismus bedarf eines adäquaten interkommunalen Destinationsmanagements sowie Investitionen in zeitgemäße Ausstattung des betrieblichen und öffentlichen Angebots.

Begründung

- Die Bedeutung des Tourismus für die peripheren ländlichen Räume Bayerns ist als hoch einzuschätzen.
- Die Entwicklung der Tourismuswirtschaft erfordert heute weit mehr Aufwendungen, da globalisierte Tourismusmärkte sowie Billigflieger-Destinationen den Konkurrenzdruck erhöhen und zugleich überalterte Angebotsstrukturen und – auf den unteren Ebenen – wenig professionelle Destinationsmanagement- und -marketingstrukturen zugleich die Konkurrenzsituation verschärfen und die Wettbewerbsfähigkeit bayerischer Destinationen mindern.

Handlungsempfehlungen

- Zielgebietbezogenes Marketing verlangt Ressourceneinsatz, ein Umdenken in Richtung interkommunaler Partnerschaft und professionelle Zusammenarbeit sowie die Bereitschaft aller Akteure, Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten aufzugeben und beispielsweise in Dachmarken aufzugehen.
- Im touristischen Angebot müssen Strukturschwächen in Beherbergung, Gastronomie und Infrastruktur abgebaut werden, unter besonderer Berücksichtigung von IT- und EDV-Einsatz (beispielsweise bei elektronischen Buchungssystemen, Online-Buchbarkeit und Tourist Cards).
- Für die Wintersaison ist neben der konzeptionellen Fortschreibung des bayerischen Tourismusprogramms eine Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen an die Standards des internationalen Wettbewerbs (beispielsweise Aufhebung des Beschneidungsverbots oberhalb der Baumgrenze) angebracht.

These 9

Information und Partizipation der betroffenen Bevölkerung bei diesen Veränderungsprozessen durch Staat und Kommunen stellt eine der wesentlichen Aufgaben der Regionalentwicklung dar.

Begründung

Ein guter sozialer Zusammenhang in einer Gemeinde führt zu einer guten Stimmung unter der Bevölkerung und Unternehmerschaft, was auch die Standortattraktivität steigert. Diese Stärkung der räumlichen Identifikation und des Selbstbewusstseins der Einwohner sowie die Förderung partizipativer Strukturen sind wesentliche Ansatzpunkte für die Entwicklung ländlicher, strukturschwacher Räume. Von unten getragene, freiwillige und auf Kooperation angelegte Instrumente der Regionalentwicklung können hierzu einen Beitrag leisten, wobei das Denken in größeren räumlichen Zusammenhängen einen gewissen Egoismus überwinden muss.

Handlungsempfehlungen

- Aufbau effizienter regionaler Kooperations- und Organisationsstrukturen
- Intensive Einbindung der regionalen Bevölkerung in den regionalen Entwicklungsprozess
- Aufbau von Informations- und Kommunikationsstrukturen (Internet-Plattformen, Newsletter, regionale Informationsblätter usw.)
- Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls im Sinne einer nachhaltigen Regionalentwicklung (z. B. Aufbau eines „Büros für Zukunftsfragen, innovative Konzepte und neue Kommunikationsstrukturen“).

These 10

Eine offene Kommunikation zwischen staatlichen Institutionen und öffentlichen bzw. privaten Entscheidungsträgern auf lokaler Ebene fördert aktive Partizipation bei Entwicklungsprozessen sowie die Identifikation mit der Region.

Begründung

Regional verankerte Persönlichkeiten und deren Verhalten sind Erfolgsfaktoren der Regionalentwicklung. Partizipation und Eigeninitiative der Betroffenen vor Ort tragen wesentlich zur Ausschöpfung endogener Potenziale und zum Erfolg von Selbsthilfemaßnahmen bei. Die Bindung an die heimatliche Region wird aber gerade in hochqualifizierten Tätigkeitsfeldern aufgrund höherer Mobilität und häufigerer Umbrüche in Lebenslauf und Berufsleben beeinträchtigt.

Handlungsempfehlungen

- Querschnittsorientierte, akteurszentrierte LEADER-Projekte können regionale Persönlichkeiten, Akteure und Entscheidungsträger erfolgreich in die bottom-up

orientierte Regionalentwicklung einbinden und sollten fortgesetzt werden.

- Partizipation bedeutet auch Mitentscheidung, weshalb eine Einbindung der regionalen Akteure auch in übergeordnete Politiken notwendig ist.
- Der konsequente Ausbau und die Nutzung von E-Government-Angeboten der öffentlichen Hand verbessert die direkte Kommunikation mit den Bürgern und ermöglicht zivilgesellschaftliches Engagement.

**RAUMFORSCHUNG
UND RAUMORDNUNG**

3/2007

Wissenschaftliche Beiträge

- Klaus Brake
.....
„Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ und Wirkungskräfte der Raumstrukturierung. Zum Umgang mit einer Programmatik zu Zeiten von Globalisierung
- Dirk Huchtemann
.....
Effizienzgewinn durch Regionalisierung? Abgrenzung homogener Politikaktionsräume in Flusseinzugsgebieten
- Stefanie Föbker / Nina Leister / Daniela Temme / Claus-Christian Wiegandt
.....
Zuzug, Fortzug, Umzug – die Stadtregion Bonn in Bewegung

Berichte aus Forschung und Praxis

- Horst Zimmermann
.....
Anmerkungen zum Argument der Verantwortungsgemeinschaft
- Peter Jakubowski
.....
Wachsende Bedeutung der Europäischen Investitionsbank und der deutschen Förderbanken für eine nachhaltige Stadtentwicklung
- Marcus Baumgarten / Klaus Zehner
.....
Standortverlagerungen des Lebensmitteleinzelhandels und ihre Folgen für die Nahversorgung. Eine GIS-gestützte Identifizierung unterversorgter Wohngebiete am Beispiel von Köln-Merheim

ISSN 0034-0111

Bestellungen an: Carl Heymanns Verlag KG
Luxemburger Str. 449, 50939 Köln
Tel.: (0221) 943730, Fax: (0221) 94373901
E-Mail: vertrieb@heymanns.com
www.heymanns.com

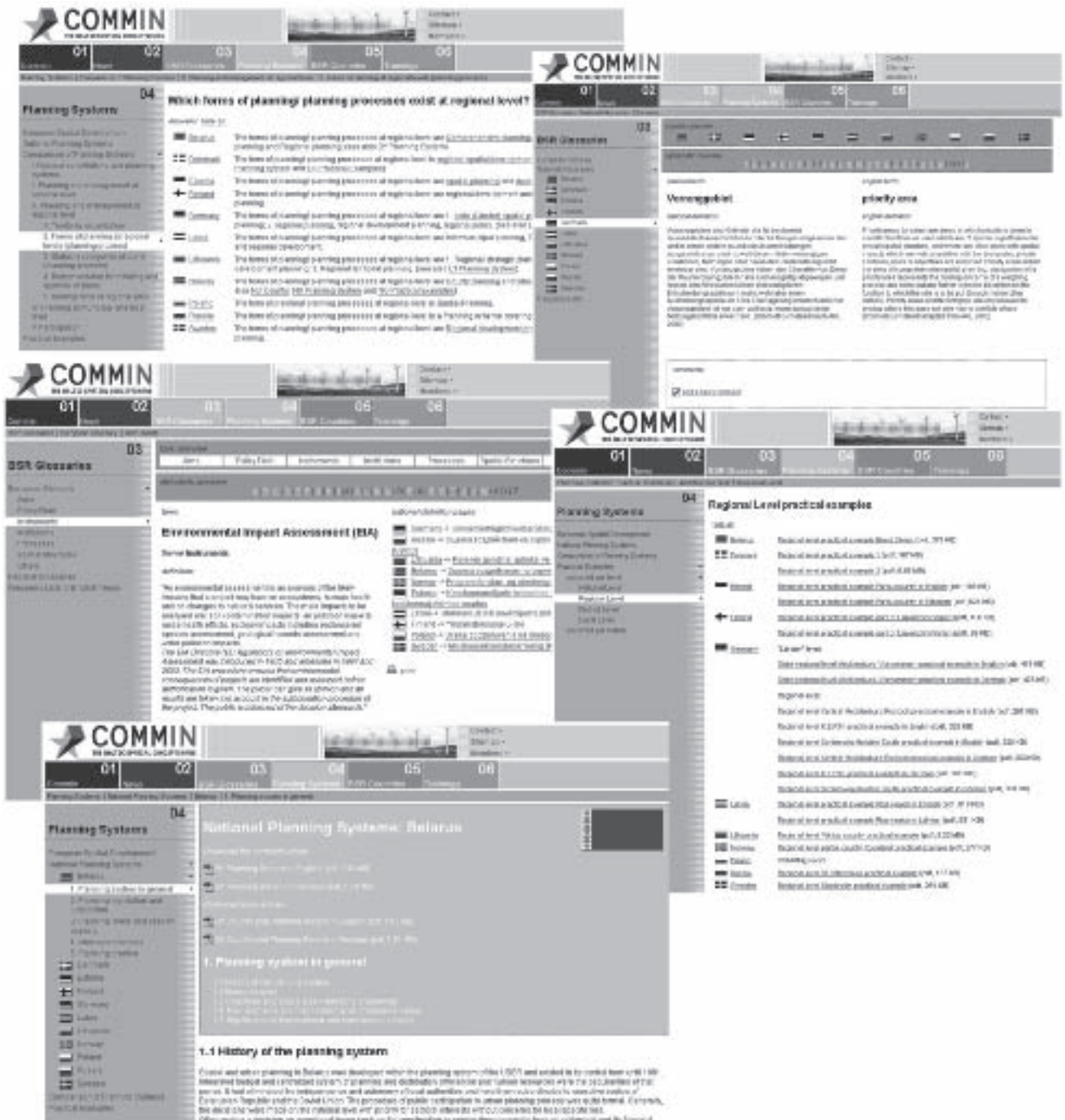


COMMIN.org

Raumplanung im Ostseeraum

Die Website www.COMMIN.org ist im Rahmen des von der ARL geleiteten BSR INTERREG III B-Projektes COMMIN (09/2004 – 08/2007) erarbeitet worden. Sie enthält neben allgemeinen Projektinformationen im Kern alle Ergebnisse und Produkte von COMMIN. Es handelt sich um die insgesamt umfangreichste Informationsquelle für räumliche Planung und Entwicklung im Ostseeraum auf Englisch sowie vielfach in den nationalen Sprachen für die Staaten Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Norwegen, Russland, Polen, Schweden und Weißrussland. Der Fortbestand von COMMIN.org ist auch nach dem Projektende gesichert.

Die Website eignet sich zur Beantwortung vieler Fragestellungen der Raumwissenschaft und der raumplanerischen Praxis. Welche planerischen Ebenen gibt es in Finnland? Wie findet Beteiligung in Polen statt? Wie sieht ein Regionalplan in Schweden aus? Gibt es eine UVP in Litauen? Welche Verbindlichkeit haben raumordnerische Pläne der verschiedenen Ebenen in Russland? Welche Begrifflichkeiten werden in Lettland verwendet und was ist deren Bedeutung? COMMIN.org liefert hierzu und zu vielen weiteren Fragen frei zugängliche Antworten mit vielen Hintergrundinformationen.



Die Website eignet sich hervorragend dazu, raumplanerische Themen eines einzelnen Landes, einzelne Themen für mehrere Länder oder insgesamt die Raumplanung im Ostseeraum zu betrachten. Insofern können die Inhalte auch eine erste Grundlage darstellen, um weitere Forschung zu betreiben, Lehr- und Seminarmaterialien zusammenzustellen, einen Einstieg in die umfangreiche Thematik zu erhalten oder einfach nur zum interessierten Stöbern.

Neu ist jetzt auf der Grundlage der vielfältigen Informationen u. a. ein Ansatz zum Vergleich der 11 Planungssysteme, der über identische Fragen länderspezifische Antworten liefert. In der Ergebnisansicht sind individuell einzelne oder alle Länder zusammen darstellbar.

Insgesamt stellt COMMUN.org neben den englischsprachigen HTML-Inhalten über 4.000 Seiten als Download auf Englisch sowie in den 11 nationalen Sprachen zur Verfügung. Zusätzlich sind weitere Informationen über Verlinkungen zu ergänzenden Websites oder externe Downloads erreichbar.

Unter anderem sind zu finden:

Planungssysteminformationen und Länderinformationen

- Umfangreiche Beschreibung aller 11 Planungssysteme nach ähnlicher Textstruktur
- Staatssystem, politisches System und Verwaltungssystem
- Europäische Raumentwicklungspolitik
- Tabellen, Illustrationen, Graphiken, Karten
- Praxisbeispiele verschiedener Planungsebenen

Vergleich der 11 Planungssysteme

- Matrix als Instrument
- Gegenüberstellung der einzelnen Planungssysteme mittels einheitlicher Fragen und länderspezifischer Antworten
- Individuelle Darstellungsweise der Ergebnisse

Glossare zur Planungsthematik

- Ca. 150–300 Begriffe für jeden der 11 Staaten
- Beschreibung für jeden Begriff
- Nationalsprachlich sowie Englisch
- Zusätzliches thematisch sortiertes englischsprachiges Glossar mit ca. 130 Begriffen inkl. Beschreibung und Quellenangabe sowie entsprechender Begriff und Bedeutung in einzelnen Staaten
- Kommentarfunktion für öffentliche Nutzer

Informationen und Material zu Trainingsaktivitäten

- Acht durchgeführte 3-tägige Trainingskurse
- Zwei durchgeführte Summer Schools
- Trainingsprogramm, Trainingsinstitutionen, Evaluierung, Empfehlungen

Abschlusskonferenz

- Präsentationen, Reden und Poster
- Workshops
- Veranstaltungspublikation

Zusätzliche Ergebnisse

- Thematische Empfehlungspapiere zu TEN-T und IKZM
- „Good Practices“-Bericht zu BSR INTERREG III B- und II C-Projekten

Dennis Ehm, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 49
E-Mail: Ehm@ARL-net.de

Katastrophenvorsorge im Klimawandel

8. Forum Katastrophenvorsorge des DKKV

Mit den Möglichkeiten der Verringerung der Verwundbarkeit gegenüber Extremwetterereignissen unter einem sich wandelnden Klima beschäftigte sich das diesjährige Forum Katastrophenvorsorge, veranstaltet vom Deutschen Komitee Katastrophenvorsorge (DKKV) und dem Center for Disaster Management and Risk Reduction Technology (CEDIM) der Universität Karlsruhe am 15. und 16. Oktober 2007 in Karlsruhe. Der Großteil der Veranstaltung fokussierte Deutschland und einige seiner Nachbarländer; thematisiert wurde in einer der vier Sitzungen jedoch auch der Umgang mit Naturgefahren und Umweltbelastungen in „Megacities“. Darüber hinaus wurde deutlich gemacht, dass die Herausforderungen durch den Klimawandel in den Entwicklungsländern noch erheblich größer sind als

bei uns: Nicht nur sind viele Entwicklungsländer ungleich stärker von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen, sie sind vor allem auch, insbesondere aufgrund von geringeren finanziellen und institutionellen Ressourcen oder auch mangelndem Bewusstsein in Bezug auf Risikofaktoren, z.T. deutlich stärker verwundbar gegenüber Katastrophenergebnissen.

In der ersten Session „Klimawandel und Wandel der Anfälligkeit der Gesellschaft“ wurde die Bedeutung eines integrativen Risikomanagements betont, in dem insbesondere auch Katastrophenschutz und räumliche Planung stärker miteinander vernetzt werden. Es gelte, so Dr. Jörn Birkmann, United Nations University, in seinem einführenden Vortrag, langfristige Strategien zu entwickeln, statt auf

einzelne Katastrophenereignisse zu reagieren. Eine grundlegende Bedeutung kommt auch bei uns der Entwicklung eines verbesserten gesellschaftlichen Risikobewusstseins zu: Dieses entspricht, wie mehrere Vorträge anschaulich herausstellen, häufig nicht der tatsächlichen Gefahr. Insgesamt verdeutlichte die Sitzung sowohl Forschungsbedarf, z. B. auch zu den Grenzen der Anpassungsfähigkeit gegenüber einzelnen Naturgefahren, als auch die Notwendigkeit einer aktiven Risikokommunikation und der Verbesserung der Akzeptanz von Anpassungsmaßnahmen.

Der Schutz kritischer Infrastrukturen stand im Fokus des zweiten Blocks. Das Funktionieren kritischer Infrastrukturen – Einrichtungen mit großer Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Störung mit nachhaltigen Versorgungsengpässen, erheblichen Störungen der inneren Sicherheit oder weiteren schwerwiegenden Folgen gerechnet werden muss – ist grundlegend für unsere Gesellschaft. Viele dieser Infrastrukturen sind hochkomplex und interdependent, und die Abhängigkeit von ihnen nimmt dramatisch zu. Gerade in Agglomerationsräumen besteht eine besonders hohe Verwundbarkeit vor dem Hintergrund der durch den Klimawandel steigenden Naturgefahren von besonderer Brisanz. Erforderlich ist somit die Sensibilisierung von Behörden, Betreibern und Bevölkerung, die Identifi-

kation von Verwundbarkeiten und Interdependenzen und darauf aufbauend die Entwicklung angepasster Strukturen und die Vorbereitung von Maßnahmenplänen für mögliche Ausfallszenarien.

„Frühzeitiges Erkennen und Warnen“ war der Schwerpunkt der dritten Sitzung. Im Zentrum der Vorträge standen aktuelle Ansätze zur Hochwasserfrühwarnung und zum Hochwassermanagement; angesprochen wurden dabei z. B. Möglichkeiten der Frühwarnung durch staatliche Stellen, Hochwasserwarnsysteme von Verkehrsunternehmen sowie Monitoringsysteme zur Überprüfung von Schutzanlagen wie Deichen. Deutlich wurde die Notwendigkeit, auch bei längeren Phasen ohne Extremereignisse Vorsorge zu treffen und das Risikobewusstsein zu erhalten.

Der letzte Teil der Veranstaltung widmete sich dann den „Megacities“, in denen die sozialen, gesundheitlichen, ökologischen und ökonomischen Konsequenzen von Extremwetterereignissen häufig besonders schwerwiegend sind. Grund hierfür sind oft auch die rapiden Landnutzungsveränderungen und raschen Urbanisierungsprozesse, die Entscheidungsträger und Behörden überfordern und z. T. noch durch Planungsfehler verschärft werden.

Gerhard Overbeck, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 22
E-Mail: Overbeck@ARL-net.de

Raumentwicklungsstrategien im Klimawandel

Fachtagung von BMVBS und BBR in Berlin

Strategien zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel stehen aktuell weit oben auf der politischen Agenda – so wird derzeit eine nationale Anpassungsstrategie an den Klimawandel erarbeitet (s. gesonderten Beitrag in dieser Rubrik) – und betreffen auch Raumplanung und Raumentwicklung unmittelbar. Wie genau Letztere zur Reduktion der Treibhausgasemissionen und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels beitragen können, ob bestehende Steuerungsinstrumente ausreichen und wie die Zusammenarbeit mit den Fachpolitiken aussehen sollte, ist jedoch noch weitgehend offen.

Ziel der Fachtagung „Raumentwicklungsstrategien im Klimawandel“, veranstaltet von BMVBS und BBR am 30.10.2007 im Umweltforum in Berlin, waren der Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen Wissenschaft und Praxis, der Anstoß von Diskussionen zur Rolle von Raumordnung bzw. Raumentwicklung im Umgang mit dem Klimawandel sowie die Fokussierung von Forschungsleitfragen. Von seiner Bedeutung für die Raumplanung her ist der Klimawandel, so Manfred Sinz in seinem einleitenden Vortrag, mit dem demographischen Wandel vergleichbar: Die Auswirkungen werden in einer Vielzahl von Aufgabenbereichen räumlicher Planung zu spüren sein. Unbestritten war bei der Fachtagung, dass Raumplanung wichtige Beiträge zur Mitigation, also der Reduktion der Treibhausgasemissi-

onen, leisten könne und müsse. Im Fokus der Veranstaltung stand jedoch der Aspekt der Anpassung.

Handlungsfähigkeit trotz inhärenter Unsicherheit

Eine immer wieder gerade auch aus Sicht der Raumplanung genannte Schwierigkeit beim Umgang mit dem Klimawandel ist die Unsicherheit bezüglich der zu erwartenden Auswirkungen. Diese ergibt sich zwangsläufig schon dadurch, dass den Klimamodellen – unabhängig davon, welches der verschiedenen Modelle verwendet wird – immer Szenarien der Entwicklung der globalen Treibhausgasemissionen und somit Annahmen über die gesellschaftliche bzw. wirtschaftliche Entwicklung zugrunde liegen. Wichtig sei daher, so ein Fazit des Referats von Dr. Paul Becker, Deutscher Wetterdienst, mit Ensembles zu arbeiten, also mit mehreren Modellen bzw. Szenarien. Dadurch würde die Unsicherheit zumindest deutlich gemacht – der Umgang damit müsse aber dennoch gelernt werden. Auch Jürgen Kropp, Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) e.V., wies in seinem Vortrag darauf hin, dass die Entwicklungen der Zukunft davon abhingen, welche Entscheidungen wir heute treffen, und eine gewisse Unsicherheit somit inhärent sei. Dennoch sei es wichtig – und die Ergebnisse der Klimaforschung

stellen hierfür auch hinreichend klare Trends zur Verfügung – von der Diagnosephase zur Aktion zu kommen, nämlich robuste und fehlerresistente Infrastrukturen aufzubauen und somit die Resilienz zu stärken. Essentiell für die Bewältigung der Probleme sei die Entwicklung von Problemlösungskompetenzen durch die Zusammenarbeit von Planern und Wissenschaftlern sowie das Lernen von Beispielen, da dies die Such- und Entwicklungskosten verringere.

Notwendigkeit integrativer Ansätze

In der folgenden Diskussionsrunde (auf dem Podium: Dr. Achim Daschkeit, Umweltbundesamt, Prof. Dr. Wilfried Endlicher, Humboldt-Universität zu Berlin, Dr. Bettina Matzdorf, Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaften (ZALF) e.V., Dr. Karl-Heinz Rother, Deutsches Komitee Katastrophenvorsorge (DKKV) e.V.) wurde dezidiert auf die Notwendigkeit integrativer Ansätze bei der Entwicklung von Anpassungsstrategien hingewiesen – und dies sei auch Aufgabe der Raumplanung. Es dürfe nicht nur um die Nachrüstung vorhandener Schutzmaßnahmen gehen, vielmehr sei eine Minderung der Vulnerabilität selbst durch angepasste Raumnutzungen notwendig. Generell müsse sich Raumplanung dabei stärker in Richtung Risikomanagement entwickeln. Angesprochen wurde auch die Notwendigkeit, Anpassungskonzepte in Gesamtstrategien für die Entwicklung von Räumen zu einzubetten, z. B. für den ländlichen Raum. Schwierigkeiten könnten sich auch dadurch ergeben, dass viele Bereiche der Ressourcennutzung von Märkten geregelt werden und die Regulatorien der Planung häufig begrenzt seien, z. B. bei der Nutzung von Biomasse zur Energieerzeugung.

Breites Spektrum von Anpassungsmaßnahmen notwendig

In drei verschiedenen Arbeitsgruppen beschäftigen sich die Teilnehmer der Fachtagung nachmittags mit einzelnen Spezialthemen („Flussgebietsmanagement und Küstenschutz“, „Anpassungsstrategien der Freiraumnutzung“, „Integrierte Anpassungsstrategien für Stadt und Region“), deren wesentliche Ergebnisse im Folgenden gebündelt wiedergegeben sind. Große Herausforderungen wurden insbesondere bei „Hotspots“ der Nutzung, also bei Bereichen mit hohem Nutzungsdruck und hoher Nutzungskonkurrenz, sowie bezüglich der Abstimmung der Anpassungsmaßnahmen der unterschiedlichen Fachplanungen gesehen. Eine Beschränkung auf technische Anpassungsmaßnahmen sei problematisch, da diese vielfach Sicherheit vortäuschten und eben nicht zu einer wirklichen Reduktion der Vulnerabilität führten. Wichtig sei grundsätzlich, die Bandbreite der Anpassungsmaßnahmen auszuloten – gerade der Einbezug aller Alternativen mache Anpassung aus – und v. a. auch einen Diskurs über den Wert der Schutzgüter anzustoßen.

Diskursorientierung, Risk-Governance und Flexibilisierung der Vorgaben, z. B. über räumliche Zonierungen, wurden als wichtige Elemente des Umgangs mit dem Klimawandel in der Raumplanung genannt, wobei auch bezweifelt wurde, dass eine rein moderierende Rolle der Raumplanung den Anforderungen gerecht würde. Das Instrumentarium der

Planung wurde insgesamt als ausreichend bewertet: gerade Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) und Strategische Umweltprüfung (SUP) seien geeignete Grundlagen für das „Climate Proofing“, wobei jedoch belastbare Datengrundlagen erforderlich seien. Notwendig sei es, Wege zu finden, mit der Unsicherheit umzugehen – diese könnte beispielsweise über eine stärkere Prozessorientierung der Raumplanung kompensiert werden.

Gesellschaftliche Leitbilder grundlegend

Abschließend wurden die Ergebnisse der Arbeitsgruppen von Prof. Dr. Manfred Stock, PIK, und Dr. Mark Fleischhauer, Universität Dortmund, aus Sicht der Klimafolgenforschung und der Planungswissenschaft reflektiert. Stock begrüßte, dass die Veranstaltung einen Prozess ins Leben gerufen habe. Er betonte die Bedeutung gesellschaftlicher Leitbilder: Es müsse geklärt werden, welche Werte wichtig seien und wie die Raumplanung hier einbezogen werden könne. Wichtig sei ein flexibler Umgang mit Risiken – nicht im Gegensatz zu den Märkten; diese müssten vielmehr mit eingebunden werden. Die Aufgaben gerade in den Städten seien immens und aufgrund der begrenzten Einflussmöglichkeiten im Bestand eine große Herausforderung, was auch Dr. Fleischhauer aus Sicht der Raumplanung bestätigte. Fleischhauer wies darauf hin, dass die Raumplanung die erforderlichen Kompetenzen im Umgang mit raumbedeutsamen Ansprüchen auch im nun notwendigen Risikomanagement habe und zunächst das bestehende Instrumentarium nutzen müsse, hier jedoch auch Grenzen und damit Forschungs- und Anpassungsbedarf bestünden. Auch er betonte die Bedeutung von gesellschaftlichen Wertentscheidungen als Grundlage für alle Anpassungsmaßnahmen und plädierte dafür, den Mut zu haben, die Gedanken hin zu Szenarien zu öffnen.

Hanno Osenberg, BMBVS, fasste abschließend die Workshopergebnisse zusammen. Voraussetzung dafür, dass die Raumplanung ihre Informations- und Integrationsfunktion wahrnehmen könne, sei zum einen eine sektoral und räumlich differenzierte Aufbereitung der Wirkungen des Klimawandels sowie die grundlegende Erkenntnis, dass wir selbst durch die Nutzung des Raumes für unsere Vulnerabilität verantwortlich sind. Die Veranstalter planen, auf den Ergebnissen der Veranstaltung aufzubauen und den Austausch von Praktikern und Wissenschaftlern weiter zu fördern. Zur Umsetzung sind Modellvorhaben (MORO) „Regionale Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel“ ab 2009 geplant.

Gerhard Overbeck, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 22
E-Mail: Overbeck@ARL-net.de

3. Nationaler Workshop „Klimafolgen und Anpassung“

Auf dem Weg zu einer nationalen Anpassungsstrategie

Das Umweltbundesamt veranstaltete am 6. und 7. November 2007 in Dessau den dritten nationalen Workshop „Klimawandel in Deutschland: Strategien der Anpassung“. Auf der Veranstaltung wurde diskutiert, wie das Wissen über regionale Klimaänderungen in das vorhandene rechtliche, organisatorische und technische Instrumentarium integriert werden kann.

Ziel der Bundesregierung ist, bis November 2008 ein nationales Konzept zur Anpassung an den Klimawandel vorzulegen. Erste Schritte hierzu waren bislang die Erarbeitung regionaler Klimamodelle als fachlicher Hintergrund sowie die Einrichtung des „Kompetenzzentrums Klimafolgen und Anpassung“ (KomPass) am Umweltbundesamt, das die Erarbeitung der deutschen Anpassungsstrategie begleitet. Federführend bei der Erarbeitung der nationalen Anpassungsstrategie ist das Bundesumweltministerium (BMU) mit Unterstützung durch KomPass als Geschäftsstelle; begleitend wurden ein Ressortarbeitskreis mit verschiedenen Bundesministerien sowie eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe ins Leben gerufen. Die unterschiedlichen Interessensgruppen werden über Workshops – wie die Veranstaltung in Dessau – eingebunden. Momentan befindet man sich, wie Almut Nagel vom BMU erläuterte, noch in der Bestandsaufnahme, die mit einer Fachkonferenz im April 2008 beendet und bewertet werden soll. In der zweiten Arbeitsphase sollen dann vorrangige Handlungsfelder identifiziert werden, prioritärer Forschungsbedarf festgelegt und ein Konzept der nationalen Anpassungsstrategie entwickelt werden, das

letztlich jedoch als iterativer Prozess zu verstehen sei.

Der erste Tag der Veranstaltung war u. a. einleitenden Vorträgen zu Klimaänderungen in Deutschland und Europa, einem Überblick über die Entwicklung der deutschen Anpassungsstrategie sowie über die relevante Forschungsförderung des BMBF gewidmet. Am zweiten Tag widmeten sich einzelne Foren den Themenbereichen „Menschliche Gesundheit“, „Katastrophenvorsorge und Bevölkerungsschutz“, „Biodiversität und Naturschutz“ sowie „Modellregionen: Anpassungsstrategien und Beteiligungsprozesse“.

Die Veranstaltung machte deutlich, dass in den einzelnen Bereichen zwar einerseits noch viele offene Fragen hinsichtlich Strategie- und Leitbildentwicklung, konkreter Anpassungsmaßnahmen und notwendiger Datengrundlagen bestehen, andererseits aber die Entwicklungstrends klar genug sind, um erstes Handeln zu ermöglichen bzw. zu fordern. Vielfach werden auch schon erste Anpassungsmaßnahmen umgesetzt, auf denen aufgebaut werden kann. Festhalten lässt sich die Notwendigkeit, sektorales Wissen zusammenzuführen und die Auswirkungen von Maßnahmen in einem Fachbereich auf andere Fachbereiche mit zu berücksichtigen. Wichtig erscheint auch, dass die Entwicklung von Anpassungsmaßnahmen als ein Prozess angesehen wird, in dem ein ständiges „Nachjustieren“ möglich sein muss.

Die Ergebnisse der Veranstaltung sind auf der Internetseite von KomPass (<http://osiris.uba.de/gisudienste/Kompass/>) verfügbar.

Gerhard Overbeck, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 22
E-Mail: Overbeck@ARL-net.de

Umweltdatenkatalog und aktualisierte Indikatoren

Das Umweltbundesamt (UBA) hat sein Internetangebot um einen neuen Katalog erweitert. Unter www.env-it.de/umweltdaten/ findet man eine aktualisierte Umweltdatenbank mit ausgewählten Indikatoren, die einen schnellen Überblick über die Umweltsituation in Deutschland liefern.

Gemäß dem 6. Umweltaktionsprogramm der EU werden dem interessierten Nutzer Umweltinformationen aus vier Themenbereichen angeboten: Klimaschutz, Biologische Vielfalt, Gesundheit und Ressourcenschonung. Dies ermöglicht beispielsweise auch den Vergleich mit anderen europäischen Ländern. Im Vordergrund stehen jedoch die Umweltinformationen, die über positive wie negative Trends der Umweltsituation den Zustand der Umwelt in Deutschland aufzeigen können. Bei ausführlicher Ausein-

andersetzung mit den Indikatoren kann sogar eine direkte Erfolgskontrolle der Umweltpolitik der Bundesregierung durchgeführt werden.

Das Informationsangebot des Umweltdatenkatalogs reicht von detaillierten Karten über anschauliche Diagramme bis hin zu Tabellen. Das eigentliche Highlight sind jedoch die ausführlichen Erläuterungen, die die einzelnen Indikatoren und Daten verständlicher machen. Hier kann sich auch der Nicht-Experte mit sinnvollen Zusatzinformationen (etwa zur Bedeutung der Daten oder zu deren fachlicher Bewertung) versorgen und dadurch in neue (Umwelt-)Sachgebiete einlesen. Darüber hinaus sind die einzelnen Informationen querverlinkt.

Pedro Campos Silva

Deutsche Klimaforschung erhält eine gemeinsame Stimme

Die Debatte um den Klimawandel und den Umgang mit seinen Folgen nimmt zurzeit (nicht nur) in der Raumplanung bzw. -entwicklung eine herausragende Rolle ein. Die Erkenntnis, dass dieser Wandel menschengemacht ist und dass gerade die Raumplanung als langfristige, vorausschauende und vorsorgende Zukunftsplanung auf die Klimafolgen reagieren muss, ist dabei nicht neu und sollte heute niemanden mehr verblüffen.

Dabei stellt sich allerdings die Frage nach dem Wie, zumal komplexe Klimamodelle und -prognosen sowie fehlende Handlungsempfehlungen den Umgang mit diesem Thema erschweren. Neue Erkenntnisse und Impulse darf man sich nun vom Mitte Oktober neu gegründeten Deutschen Klima Konsortium (DKK) erhoffen, einem Zusammenschluss namhafter Universitäten und außeruniversitärer Forschungseinrichtungen. Der Forschungsverbund zielt auf eine Bündelung der wissenschaftlichen Expertise auf dem Feld der Klimaforschung, also der Erforschung des Klimawandels, der Klimafolgen und des Klimaschutzbetriebs. Das ausgewiesene Ziel ist hierbei die Entwicklung von handlungsorientierten Ergebnissen für die Bereiche Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt, nicht zuletzt also auch für die Planung. Darüber hinaus sollen klimapolitische Optionen und Instrumente entwickelt werden, die Eingang in die Wirtschafts- und Umweltpolitik finden sollen. Es bleibt abzuwarten, ob die mit der Gründung des DKK verbundene Hoffnung, dass die deutsche Klimaforschung eine gemeinsame Stimme erhält, die noch stärker die Notwendigkeit neuer Denkweisen betont, auch tatsächlich eintrifft.

Weitere Infos sind auf der Homepage des Helmholtz Zentrums für Umweltforschung UFZ (www.ufz.de, >Aktuelles/Presse, >Pressemitteilungen) zu finden, u. a. mit einer Liste der beteiligten Institutionen.

Pedro Campos Silva

Konferenzergebnisse zur Zukunftspolitik für den ländlichen Raum in Europa

Am 19. und 20. September d.J. fand unter Federführung der britischen Land Use Policy Group und des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) die Konferenz „Future Policies for Rural Europe – 2013 and Beyond“ in Brüssel statt. Mit über 200 Teilnehmern aus 13 Ländern war es eine erfolgreiche Erstveranstaltung zur stärkeren Vernetzung der europäischen Naturschutz- und Umweltbehörden, mit dem Ziel, die Zusammenarbeit im Bereich der europäischen Politik des ländlichen Raumes zu intensivieren.

Die Teilnehmer waren sich grundlegend darüber einig, dass die zukünftige europäische Agrarpolitik stärker eine gemeinsame Entwicklungspolitik für den ländlichen Raum sein müsse, denn viele Ziele des Naturschutzes ließen sich nur durch eine nachhaltige Landbewirtschaftung erreichen. Die Vision, dass die Landwirtschaft für ihre Ökosystemdienstleistungen durch eine Reform der Agrar-

politik angemessen entlohnt wird, und damit verbunden die Betonung der Funktion des ländlichen Raumes bzw. der Agrarwirtschaft auch im Hinblick auf den Klimawandel wurden als Zielvorgabe formuliert. Des Weiteren wurde auf der Konferenz eine Bestandsaufnahme zum Umweltzustand Europas durchgeführt, der Klimawandel und die ländliche Umwelt im europäischen Kontext wurden diskutiert und Konsumentennachfrage und Angebotsketten wurden untersucht. Als mögliche Strategien für den ländlichen Raum benannte man die Handelsliberalisierung und die ländliche Entwicklung.

Auch die Hauptrednerin der Konferenz, EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer-Boel, betonte die neuen Herausforderungen für den ländlichen Raum, etwa die Sicherstellung der umwelt- und naturschutzbezogenen Nachhaltigkeit sowie die Sicherstellung der Ernährungs- und Energieversorgungssicherheit bei wachsender Nachfrage nach Lebensmitteln und erneuerbaren Energien aus Biomasse.

Fischer-Boels Rede und weitere Konferenzergebnisse – u. a. Referate und Studien – wurden nun auf der Seite des BfN (www.bfn.de/0103_laendl_raeume.html) aufbereitet und stehen dort bzw. auf verlinkten Seiten zum Herunterladen bereit.

Pedro Campos Silva

Schrumpfende ostdeutsche Gemeinden verursachen finanzielle Haushaltsprobleme

Die Auseinandersetzung der Raumplanung mit den neuen Herausforderungen und Folgen des Demographischen Wandels standen im Mittelpunkt der Untersuchungen, die das BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung) kürzlich unter dem Titel „Die demografische Entwicklung in Ostdeutschland und ihre Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen“ veröffentlichte. Das Hauptaugenmerk der Untersuchung galt, wie der Titel bereits suggeriert, dem eher auf Wachstum ausgelegten deutschen (Gemeinde-)Finanzsystem, das ohnehin in Ostdeutschland schon mit zahlreichen Problemen zu kämpfen hat. Die Bevölkerungsentwicklung der neuen Bundesländer ist darüber hinaus in besonderem Maße problematisch, weil die Prozesse des allgemeinen Bevölkerungsrückganges und der Verschiebung der Altersstruktur sich überlagern und schon heute gravierende Auswirkungen zeigen. Haushaltsprobleme und Bevölkerungsentwicklung stehen in einem sich wechselseitig beeinflussenden Verhältnis, wobei dieses komplexe Beziehungsgeflecht vor allem bei Entscheidungsträgern noch nicht hinreichend bekannt ist.

Das BBR untersuchte vor diesem Hintergrund die Auswirkungen schrumpfender Gemeinden auf die kommunalen Einnahmen und Ausgaben und die Finanzlage der Gemeinden. Darüber hinaus formuliert die Projektgruppe Handlungsempfehlungen für die kommunale Ebene und zeigt Schwachstellen bzw. Anpassungsbedarfe im deutschen Finanzsystem ganz allgemein auf. Diese Forderungen des BBR sind beispielsweise, stabile Einnahmeflüsse für Kommunen mit demografiebedingten Mehrbelastungen

zu schaffen oder die Abhängigkeit von den Landesfinanzen zu verringern, d. h. Stärkung originärer Einnahmen bei den Kommunen. Die Untersuchungsergebnisse sollen nicht alleine auf die neuen Bundesländer beschränkt bleiben, sondern allgemeine Erkenntnisse für die zukünftig auch im restlichen Bundesgebiet einsetzende Entwicklung liefern.

Die ausführlichen Untersuchungsergebnisse können auf der Homepage des BBR (www.bbr.bund.de) abgerufen werden (unter Forschungsprogramme den Reiter „Aufbau Ost“ öffnen, dann das Projekt anwählen).

Pedro Campos Silva

Auftaktkonferenz zur transnationalen Zusammenarbeit im „Ostsee-Adria-Entwicklungskorridor“

Am 29. und 30. November 2007 fand in Berlin die deutsche Auftaktveranstaltung zum länderübergreifenden „Ostsee-Adria-Entwicklungskorridor“ unter dem Titel „Raumentwicklungsstrategie 2030: Transport – Innovation – Raumentwicklung im Ostsee-Adria-Entwicklungskorridor“ statt. Veranstalter war die Gemeinsame Landesplanungsstelle Berlin-Brandenburg in Zusammenarbeit mit den weiteren Landesplanungsbehörden Ostdeutschlands.

Auf der zweitägigen Konferenz wurde die Idee eines gemeinsamen Entwicklungskorridors von der Ostsee bis an die Adria veranschaulicht und diskutiert. Die Veranstalter sehen eine strategische Bedeutung in der Zusammenarbeit entlang dieses Korridors und betonen, dass eine gemeinsame Raumpolitik Chancen für dringend benötigte wirtschaftliche Impulse bieten kann. Vor dem Hintergrund der Territorialen Agenda der EU wurden auf der Konferenz außerdem erste Grundsteine für konkrete Projekte der gemeinsamen transnationalen Kooperation gelegt.

Pedro Campos Silva

Deutscher Studienpreis 2008

Unter der Schirmherrschaft des Bundestagspräsidenten zeichnet die Körber-Stiftung jährlich Beiträge junger Forschung von herausragender gesellschaftlicher Bedeutung mit dem Deutschen Studienpreis aus. Die Stiftung vergibt Preise im Gesamtwert von über 100.000 Euro. Zehn Beiträge werden für den Studienpreis nominiert, die besten drei werden mit einem Preis von je 30.000 Euro ausgezeichnet, die übrigen sieben mit einer Anerkennungsprämie von je 3.000 Euro. Alle prämierten Beiträge werden veröffentlicht.

Promovierte aller wissenschaftlichen Disziplinen können sich bewerben, wenn

- sie ihre Dissertation im Jahr 2007 mit magna oder summa cum laude abschließen oder abgeschlossen haben,
- sie über den wissenschaftsinternen Kontext hinaus die gesellschaftliche Bedeutung ihrer Forschung überzeugend darlegen können,
- sie bereit sind, der Körber-Stiftung die zentralen Ergebnisse der Forschungsarbeit sowie deren besondere gesellschaftliche Bedeutung in einem Text von maximal 40.000 Zeichen so verständlich zu präsentieren, dass damit das Interesse der Öffentlichkeit gewonnen werden kann.

Teilnahmeberechtigt sind Personen, die an einer deutschen Hochschule oder als deutscher Staatsbürger an einer ausländischen Hochschule im Jahr 2007 promoviert haben. Es gibt keine Altersbeschränkung.

Weitere Informationen für die Bewerbung und die vollständigen Teilnahmebedingungen findet man im Internet unter www.studienpreis.de. Einsendeschluss für den Deutschen Studienpreis 2008 ist der 1. März 2008.

Neue Veröffentlichungen aus anderen Verlagen

Baugesetzbuch für Planer

Das Baugesetzbuch ist die Grundlage jeder örtlichen Planung. Durch die Novelle 2007 haben sich zahlreiche Rechtsänderungen ergeben, die zukünftig viele Planungen beschleunigen und vereinfachen. Dadurch eröffnen sich vielfältige Chancen, insbesondere beim Bauen im Bestand, bei der Umnutzung und in der Projektentwicklung.

Das Baugesetzbuch für Planer von Folkert Kiepe und Arnulf von Heyl enthält den aktuellen Wortlaut des Baugesetzbuches. Die neuen und geänderten Passagen sind dabei fett hervorgehoben. Unmittelbar neben den Paragraphen stehende Erläuterungen ermöglichen die einfache und schnelle Anwendung des Gesetzestextes und Beispiele erleichtern das Verständnis der komplexen gesetzlichen Regelungen.

Das Buch vermittelt die komplizierte Materie des Baurechts anschaulich, praxisnah und leicht verständlich (ISBN 978-3-481-02421-5).



Europäische Landschaftskonvention

Am 2./3. Mai 2006 fand unter der Mitwirkung des Europarats in Altenberg eine Fachtagung zum Thema „Europäische Landschaftskonvention“ statt. Ausrichter waren das Umweltamt und das Rheinische Amt für Bodendenkmalpflege des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) in Zusammenarbeit mit dem Berufsverband Beruflicher Naturschutz (BBN), dem Bund Deutscher Landschafts-

architekten (BDLA) und dem Arbeitskreis für historische Kulturlandschaftsforschung in Mitteleuropa (ARKUM).

Hierzu ist in der Schriftenreihe „Beiträge zur Landesentwicklung“ eine Tagungsdokumentation erschienen. In 21 Fachbeiträgen wird über die Europäische Landschaftskonvention informiert und aus verschiedenen Fachdisziplinen zur noch offenen Frage der Ratifizierung durch die Bundesrepublik Deutschland Position bezogen. Beispiele zum Umgang mit der Konvention aus Staaten, in denen sie schon Anwendung findet, runden den Überblick über den gegenwärtigen Stand der Diskussion zum Thema der Europäischen Landschaftskonvention ab. Die Publikation kann beim Landschaftsverband Rheinland (www.lvr.de) bestellt werden.



Auswirkungen des demografischen Wandels auf das seniorengerechte Wohnen in Nordrhein-Westfalen

Seit mehreren Jahrzehnten zeichnet sich in fast allen Industrienationen ein zunehmender Alterungsprozess der Gesellschaft ab. Durch die demografischen Veränderungen ergeben sich auch für den Wohnungsmarkt weitreichende Konsequenzen. Die Dissertation „Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf das seniorengerechte Wohnen in Nordrhein-Westfalen“ von Klaus-Hendrik Mester untersucht die Entwicklung der Nachfrage nach seniorengerechtem Wohnraum in den einzelnen Regionen Nordrhein-Westfalens und die Wohnwünsche älterer Menschen. Daraus können sowohl für die Wohnungswirtschaft als auch für die politischen Entscheidungsträger Handlungsempfehlungen abgeleitet werden. So werden für Wohnungsunternehmen regionsspezifisch Handlungsstrategien entwickelt. Für den Bereich der Wohnungspolitik werden die aktuellen Instrumente und Maßnahmen beschrieben, systematisiert und ökonomisch bewertet. Abschließend erarbeitet der Autor alternative politische Handlungsoptionen für das Marktsegment des seniorengerechten Wohnens (ISBN 978-3-89971-392-3).

Veranstaltungshinweise

11. Januar 2008 in Leipzig

Hot Spots der Stadtentwicklung – Housing Improvement Districts (HID)

Veranstalter: SRL – Vereinigung für Stadt-, Regional-, und Landesplanung e.V.

Information und Anmeldung: Universität Leipzig, Institut für Stadtentwicklung und Bauwirtschaft, Jahnallee 59, 04109 Leipzig

Tel. 0341-9733-768, Fax 0341-9733-749

E-Mail: mziegler@wifa.uni-leipzig.de

Weitere Informationen: www.srl.de/termine

Standortsteuerung durch Landesplanung und kommunale Bauleitplanung – Hoheitliche Einflussnahme auf die Standortwahl Privater, dargestellt am Beispiel der Factory Outlet Center

Die juristische Analyse zum Thema Factory Outlet Center von Kathleen Ernst wurde im Wintersemester 2005/2006 von der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilian-Universität zu München als Dissertation angenommen. Factory Outlet Center stehen seit mehreren Jahren im Blickfeld der Diskussion um Möglichkeiten und Grenzen der Ansiedlungssteuerung privater Großvorhaben mit landesplanerischen und bauleitplanerischen Mitteln. Nach einleitenden Ausführungen zum Strukturwandel im Einzelhandel und zum Betriebstyp der Factory Outlet Center nebst seiner Ansiedlungsvoraussetzungen beschäftigt sich die Autorin schwerpunktmäßig mit der landesplanerischen Regelung von Factory Outlet Centern. Dabei wird auf Zulässigkeit sog. Soll- und In-der-Regel-Zielen ebenso eingegangen wie auf das zentralörtliche Gliederungsprinzip und dessen Anwendbarkeit auf private Vorhaben. Ausgewählte landesplanerische Regelungen werden im Hinblick auf die Wettbewerbsfreiheit und die kommunale Planungshoheit einer Rechtmäßigkeitskontrolle unterworfen. Dabei kommt die Verfasserin zu dem Ergebnis, dass insbesondere die Einbindung privater Vorhaben in ein durch das Kongruenzgebot erweitertes zentralörtliches Gliederungsprinzip zu starr ist. Des Weiteren werden kooperative Handlungsinstrumente als Alternative zu landesplanerischen Regelungen dargestellt. Im dritten Kapitel geht Ernst auf Möglichkeiten und Grenzen der städtebaulichen Steuerung der Ansiedlung ein. Dabei findet die Regelung des § 2 Abs. 2 Satz 2 BauGB besondere Berücksichtigung, wobei die Verfasserin die Auffassung vertritt, dass allein die Geltendmachung der zentralörtlichen Funktion nicht ausreicht, um gegen die Ansiedlung eines Factory Outlet Centers in einer Nachbargemeinde vorzugehen. Vielmehr bedarf es einer Beeinträchtigung der zentralörtlichen Funktion, welche durch einen prognostizierten Kaufkraftabzug festgestellt werden kann (ISBN 3-428-12268-2).

24. Januar 2008 in Berlin

Rohstoffproduktivität und Ressourcenschonung – Zukunftsdialo (Abschlussveranstaltung des Projekts)

Veranstalter/Kontakt: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH, Döppersberg 19, 42103 Wuppertal
Tel. 0202-2492-139, Fax 0202-2492-138

E-Mail: thomas.lemken@wupperinst.org, rainer.lucas@wupperinst.org

Weitere Informationen: www.ressourcenproduktivitaet.de

24. – 25. Januar 2008 in Erkner
10. Werkstattgespräch zur Bau- und Planungsgeschichte der DDR

Veranstalter: Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung e.V. (IRS)

Organisation: Dr. Christoph Bernhardt, Flakenstraße 28-31, 15537 Erkner

Tel.: 03362-793-0, Fax 03362-793-111

E-Mail: bernhardt@irs-net.de

Weitere Informationen: www.irs-net.de/index.php, unter Veranstaltungen\Werkstattgespräche


28. – 30. Januar 2008 in Leipzig
EuMon – Monitoring and Biodiversity

Veranstalter: Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ)

Anmeldung: F&U-confirm

Tel. 0341-235-2264

E-Mail: eumon@fu-confirm.de

Weitere Informationen: www.ufz.de


14. – 15. Februar 2008 in Berlin
Lärmaktionsplanung

Veranstalter: Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)

Kontakt: Dipl.-Ing. Michael Lehm Brock, Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Ernst-Reuter-Haus, Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin

Tel. 030-39001-252, Fax 030-39001-241

E-Mail: lehm Brock@difu.de

Weitere Informationen: www.difu.de, unter Seminare


25. – 26. Februar 2008 in Berlin
Kinderfreundliche Stadt- und Verkehrsplanung – Investitionen in die Zukunft

Veranstalter/Kontakt: Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Ernst-Reuter-Haus, Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin

Tel. 030-39001-0, Fax 030-39001-100

E-Mail: difu@difu.de

Weitere Informationen: www.difu.de, unter Seminare


17. – 18. April 2008 in Sofia
Urban Green Spaces – a Key for Sustainable Cities

Koordination/Anmeldung: Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e.V. (IÖR), Weberplatz 1, 01217 Dresden

Tel. 0351-46 79 -221 / -231 / -216, Fax 0351-46 79 -212

E-Mail: urbangreen_conference@ioer.de

Weitere Informationen: www.greenkeys.org, unter CONFERENCE


Umfangreiche Linksammlung auf der ARL-Website

Die ARL bietet in der Rubrik „Links“ ihrer neu gestalteten Website (www.arl-net.de) eine umfangreiche Linksammlung an. Die darin enthaltenen Themenbereiche richten sich mit ihrer Auswahl verschiedener Webseiten vor allem an Personen, die mit raumwissenschaftlichen Fragen und mit der Praxis räumlicher Planung befasst sind.

Das Erscheinungsbild und die Inhalte der Linksammlung sind umfassend überarbeitet und ergänzt worden. Sie finden hier folgende Unterrubriken:

- **Hochschulinstiute in Deutschland und Europa**
Institute, Fakultäten und Fachbereiche mit Ausrichtung auf Raumwissenschaften und verwandte Arbeitsgebiete des ARL-Netzwerks an Universitäten und anderen Hochschulen
- **Außeruniversitäre Einrichtungen in Deutschland und Europa**
Institutionen mit Arbeitsschwerpunkten im raumwissenschaftlichen Bereich sowie in weiteren Forschungsgebieten des ARL-Netzwerks
- **Informationsdienste der Regionalplanungsstellen in Deutschland und Europa**
Zugang zum Webangebot „Links zur Regionalplanung“ des Regionalen Planungsverbandes Oberlausitz-Niederschlesien in Zusammenarbeit mit der ARL
- **Weitere Behörden und Institutionen in Deutschland und Europa**
Behörden und Einrichtungen mit Zuständigkeit für Raumordnung und Landesplanung sowie für weitere Interessengebiete des ARL-Netzwerks (z. B. Wirtschaft, Landwirtschaft, Umwelt und Verkehr)
- **Bibliotheken, Kataloge, Datenbanken, Fachverlage**
Ausgewählte Links zur Unterstützung bei der Literaturrecherche im raumwissenschaftlichen Bereich und in verwandten Fachgebieten
- **Raumwissenschaftliche Foren und Portale**
Informationssysteme und Diskussionsplattformen im raumwissenschaftlichen Bereich und in verwandten Forschungsgebieten
- **Veranstaltungskalender**
Kalender mit Hinweisen auf Veranstaltungen externer Anbieter mit raumwissenschaftlichem Bezug



4R beim Deutschen Geographentag in Bayreuth

Vom 29. September bis 5. Oktober 2007 fand in Bayreuth der Deutsche Geographentag 2007 – Kongress für Wissenschaft, Schule und Praxis – statt, bei dem sich die 4R-Einrichtungen mit einem gemeinsamen Stand der Fachöffentlichkeit präsentierten.

Erstmals wurde mit dem Deutschen Geographentag 2007 ein Kongress veranstaltet, der als Gesamtveranstaltung für alle geographischen Teilverbände und ihre Fragen an das Fach diente. Dementsprechend waren die Angebote der Tagung und im Umfeld der Tagung noch breiter als sonst, was sich nicht zuletzt in einer Zahl von über 2.000 Teilnehmenden zeigte. Das Thema des Kongresses lautete „Umgang mit Risiken: Katastrophen – Destabilisierung – Sicherheit“. Es betrifft ein derzeit sowohl im wissenschaftlichen Diskurs als auch in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit besonders wichtiges Feld, nämlich die Frage, wie stark Menschen (natürlichen oder durch menschliches Handeln verursachten) Risiken ausgesetzt sind und wie sie darauf reagieren (können).

Dieses Thema korrespondiert mit aktuellen Forschungsfragen innerhalb der ARL in den Bereichen Klimawandel und räumliche Planung sowie Risikomanagement. Zahlreiche Vortragende waren Mitglieder der Akademie und Mitwirkende in einem der Vorhaben in diesen Bereichen. Darüber hinaus hat die ARL gemeinsam mit ihren Partnerinstituten im 4R-Verbund auch eine sogenannte Fachsitzung zum Thema „Kulturlandschaftswandel als Chance für eine nachhaltige Regionalentwicklung“ organisiert, die von Prof. Dr. Winfried Schenk (Bonn) und Prof. Dr. Stefan Heiland (Berlin) moderiert wurde.

Der gemeinsame 4R-Stand, der an prominenter Stelle unweit des Ausstellungsstandes der Deutschen Gesellschaft für Geographie platziert war, entwickelte sich zum gut nachgefragten Treffpunkt. Alle vier Einrichtungen hatten ausgewählte Publikationen ausgelegt sowie Informationen zu größeren Projekten vorgehalten. Die Nachfrage nach den Arbeiten der 4R war sehr groß – und dies nicht nur bei Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, sondern auch bei den zahlreich vertretenen Lehrerinnen und Lehrern sowie Studierenden.

*Andreas Klee, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 39
E-Mail: Klee@ARL-net.de*

Zeitzeugeninterviews bereichern Bestände zur Territorialplanung

Im Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) stehen ab sofort 40 autorisierte Transkriptionen von leitfadengestützten Experteninterviews mit Zeitzeugen aller ehemaligen Büros für Territorialplanung (BfT) der Bezirke der ehemaligen DDR, aus einigen Bezirksplankommissionen (BPK) und aus der Forschungsleitstelle bei der Staatlichen Plankommission (FLS) für die Forschung zur Verfügung. Zu den in den Interviews angesprochenen Themenkomplexen gehören Profil und Aufgabengebiete der jeweiligen Einrichtung, Status und Stellenwert der Einrichtung, Quellenbestände und ihr Verbleib sowie Fragen zur Person und zum beruflichen Werdegang.

Die Interviews sind aus dem Kooperationsprojekt des 4R-Netzwerkes zur „Territorialplanung in der DDR“ hervorgegangen. Der Arbeitskreis setzte sich aus Vertretern aller 4R-Einrichtungen und aus der Planungspraxis zusammen. Anliegen war vorrangig eine umfassende Quellenerhebung und Dokumentation zur Territorialplanung in der DDR. Ein erstes Resümee der Arbeit ist in den „Berichten zur deutschen Landeskunde“ (Bd. 80, H. 2, 2006, S. 221-234) erschienen. Die Tondokumente, Transkriptionen und Autorisierungen werden abschließend im IRS aufbewahrt.

*Kontakt im IRS: Ingrid Apolinarski, Tel. 03362/793-276
E-Mail: apolinai@irs-net.de*

Landschaftsforschung im IÖR europäisch vernetzt

Im September 2007 ist das Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) dem Netzwerk LANDSCAPE EUROPE (<http://www.landscape-europe.net>) als assoziiertes Mitglied beigetreten. Damit soll die landschaftsbezogene Forschung im IÖR gestärkt und international noch besser vernetzt werden.

LANDSCAPE EUROPE hat das Ziel, angewandte Landschaftsforschung zu fördern. Dabei sollen ökologische, kulturelle, soziale und ökonomische Aspekte integriert erforscht und für die Politikberatung aufbereitet werden. LANDSCAPE EUROPE dient insbesondere als Plattform für die Konzipierung und Bearbeitung von Projekten des Europäischen Forschungsrahmenprogramms. Dem Netzwerk, das vom niederländischen Forschungsinstitut ALTEERRA aus Wageningen koordiniert wird, gehören zurzeit 19 Mitglieder aus 14 Staaten an. LANDSCAPE EUROPE ist darüber hinaus Partner der PEER-Initiative (Partnership for European Environmental Research – Environmental Research for a Sustainable Society).

*Kontakt im IÖR: Dr. Markus Leibenath
E-Mail: m.leibenath@ioer.de*

ARL Zeitschriftenschau

Als Informationsservice für die Forschung und zur Förderung des Transfers raumwissenschaftlicher Forschungsergebnisse in die Praxis wird in den ARL-Nachrichten in jedem Heft auf raumrelevante Beiträge aus national und international bedeutsamen Zeitschriften hingewiesen. Vollständigkeit wird nicht angestrebt. Autoren und Leser werden gebeten, die Redaktion auf erwähnenswerte Arbeiten aufmerksam zu machen.

Die Zeitschriftenschau ist wie folgt gegliedert:

1. Theoretische und methodische Grundlagen

(Theorie der Raumentwicklung, Konzeptionen der Raumpolitik, Methodenfragen)

2. Raum- und Siedlungsentwicklung in Deutschland

(alle räumlichen Ebenen einschl. der Kommunen, Raumtypenbetrachtung: Agglomerationsräume, ländliche Räume; Wohnen)

3. Raum- und Siedlungsentwicklung in Europa und dem sonstigen Ausland

(alle räumlichen Ebenen einschl. der Kommunen, Raumtypenbetrachtung: Agglomerationsräume, ländliche Räume; Wohnen)

4. Nachhaltige Raumentwicklung

5. Umwelt

6. Wirtschaft

(Öffentliche Finanzen, Arbeitsmarkt, regionale Wirtschaftspolitik, Agrarpolitik, Tourismus)

7. Soziales

(Bevölkerung, Bildungspolitik, Sozialpolitik, Lebensstile etc.)

8. Infrastruktur

(Verkehr, Kommunikation, Ver- und Entsorgung, Bildung etc.)

9. Raumbezogene Planung

(Planung auf allen Ebenen: Raumordnung, Landes- und Regionalplanung, Stadt- und Regionalplanung, Kommunalplanung; Planungsrecht; neue Planungsformen; Arbeitsmittel der räumlichen Planung)

10. Grenzüberschreitende Kooperation und Planung

Die Aufsätze werden nur einmal – nach ihrem inhaltlichen Schwerpunkt – einer dieser Rubriken zugeordnet.

1. Theoretische und methodische Grundlagen

Brake, Klaus: „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ und Wirkungskräfte der Raumstrukturierung. Zum Umgang mit einer Programmatik zu Zeiten von Globalisierung. Raumforschung und Raumordnung, Bd. 65 (2007), H. 3, S. 175-185.

Caruso, Geoffrey / Peeters, Dominique / Cavailhès, Jean / Rounsevell, Mark: Spatial configurations in a periurban city. A cellular automata-based microeconomic model. Regional Science and Urban Economics, vol. 37 (2007), no. 5, pp. 542-567.

Görg, Christoph: Landscape governance: The „politics of scale“ and the „natural“ conditions of places. Geoforum, vol. 38 (2007), no. 5, pp. 954-966.

Growe, Anna: Metropolregionen und Wissensgesellschaft. Die Ressource Wissen in metropolitanen Strategiedokumenten. RaumPlanung, H. 132-133 (2007), S. 151-155.

Krüger, Thomas: Alles Governance? Anregungen aus der Management-Forschung für die Planungstheorie. RaumPlanung, H. 132-133 (2007), S. 125-130.

Müller-Mahn, Detlef: Perspektiven der geographischen Risikoforschung. Geographische Rundschau, Bd. 59 (2007), H. 10, S. 4-11.

Priemus, Hugo: Systems Innovation in Spatial Development: Current Dutch Approaches. European Planning Studies, vol. 15 (2007), no. 8, pp. 992-1006.

Taylor, Peter J.: Space and sustainability: an exploratory essay on the production of social spaces through city-work. The Geographical Journal, vol. 173 (2007), no. 3, pp. 197-206.

Ward, Kevin: „Public intellectuals“, geography, its representations and its publics. Geoforum, vol. 38 (2007), no. 6, pp. 1058-1064.

Yarwood, Richard: The geographies of policing. Progress in Human Geography, vol. 31 (2007), no. 4, pp. 447-465.

Zimmermann, Horst: Anmerkungen zum Argument der Verantwortungsgemeinschaft. Raumforschung und Raumordnung, Bd. 65 (2007), H. 3, S. 213-216.

2. Raum- und Siedlungsentwicklung in Deutschland

Bähr, Jürgen / Meyer-Kriesten, Kerstin: Santiago de Chile – eine fragmentierte Stadt? Eine faktorenanalytische Untersuchung der Stadtstruktur in 2002 im Vergleich zu 1970. ERDKUNDE, Bd. 61 (2007), H. 3, S. 258-276.

Baumgarten, Marcus / Zehner, Klaus: Standortverlagerungen des Lebensmitteleinzelhandels und ihre Folgen für die Nahversorgung. Eine GIS-gestützte Identifizierung unterversorgter Wohngebiete am Beispiel von Köln-Merheim. *Raumforschung und Raumordnung*, Bd. 65 (2007), H. 3, S. 225-230.

Föbker, Stefanie / Leister, Nina / Temme, Daniela / Wiegandt, Claus-Christian: Zuzug, Fortzug, Umzug – die Stadtregion Bonn in Bewegung. *Raumforschung und Raumordnung*, Bd. 65 (2007), H. 3, S. 195-212.

Glasze, Georg / Graze, Philip: Raus aus Suburbia, rein in die Stadt? Studie zur zukünftigen Wohnmobilität von Suburbaniten der Generation 50+. *Raumforschung und Raumordnung*, Bd. 65 (2007), H. 5, S. 467-473.

Liebmann, Heike: Zwischenbilanz Stadtumbau Ost. *Bundesbaublatt*, Bd. 56 (2007), H. 7-8, S. 40-42.

3. Raum- und Siedlungsentwicklung in Europa und dem sonstigen Ausland

Alves, Teresa: Art, Light and Landscape. New Agendas for Urban Development. *European Planning Studies*, vol. 15 (2007), no. 9, pp.1247-1260.

Herzog, Lawrence A.: Return to the Center: Culture, Public Space, and City Building in a Global Era. *Journal of Regional Science*, vol. 47 (2007), no. 4, pp. 840-842.

Kahn, Matthew E.: Green Cities: Urban Growth and the Environment. *Journal of Regional Science*, vol. 47 (2007), no. 4, pp. 852-854.

Smid, Karsten: Wer überleben will, muss gehen. Klimaflüchtlinge. *politische ökologie*, Bd. 25 (2007), H. 106-107, S. 64-66

4. Nachhaltige Raumentwicklung

Bertenrath, Roman: Emissionshandel im Verkehrssektor – Konzept für einen umsetzbaren Up-Stream-Handel im Verkehr. *Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht*, Bd. 30 (2007), H. 3, S. 287-324.

Bohle, Hans-Georg: Geographien von Verwundbarkeit. *Geographische Rundschau*, Bd. 59 (2007), H. 10, S. 20-25.

Borken, Jens / Keimel, Hermann: Mobilität und Verkehr im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung. *Internationales Verkehrswesen*, Bd. 59 (2007), H. 10, S. 440-445.

Jakubowski, Peter / Dosch, Fabian / Bergmann, Eckhard: Zur theoretischen Konzeption einer Flächenkreislaufwirtschaft. *Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht*, Bd. 30 (2007), H. 3, S. 325-350.

Kolivas, Georges: JESSICA: Developing New European Instruments for Sustainable Urban Development. *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 9, (2007), S. 563-571.

Pollermann, Kim: Prozessintegrierte Evaluationen zur nachhaltigen Regionalentwicklung. *disP*, Bd. 43 (2007), H. 169, S. 68-79.

Rydin, Yvonne: Indicators as a governmental technology? The lessons of community-based sustainability indicator projects. *Environment and Planning D: Society and Space*, vol. 25 (2007), no. 4, pp. 610-624.

Schmaus, Bruno: Heidelberger Nachhaltigkeitsbericht. Indikatorensystem zum Stadtentwicklungsplan 2010. *Stadtforschung und Statistik*, H. 2 (2007), S. 12-17.

Wisner, Ben: Regions at Risk or People at Risk? Wie natürlich sind „Naturkatastrophen“? *Geographische Rundschau*, Bd. 59 (2007), H. 10, S. 12-18.

Woods, Michael: Engaging the global countryside: globalization, hybridity and the reconstitution of rural place. *Progress in Human Geography*, vol. 31 (2007), no. 4, pp. 485-507.

5. Umwelt

Albers, Thorsten / Lieberman, Nicole von: Risikoabschätzung für die Küstenstadt Emden. *Berichte zur deutschen Landeskunde*, Bd. 81 (2007), H. 2, S. 131-144.

Benz, Arthur / Suck, André: Auswirkungen der Verwaltungsmodernisierung auf den Naturschutz. *Natur und Landschaft*, Bd. 82 (2007), H. 8, S. 353-357.

Bieling, Claudia: Behindert die Förderung der Erstaufforstung die Offenhaltung der Landschaft? Das Beispiel Baden-Württemberg. *Naturschutz und Landschaftsplanung*, Bd. 39 (2007), H. 9, S. 273-280.

Blackbourn, David: The Conquest of Nature: Water, Landscape, and the Making of Modern Germany. *Journal of Regional Science*, vol. 47 (2007), no. 4, pp. 847-848.

Brokmann, Rainer / Kriege, Jörg / Krämer, Rolf: Forschungsvorhaben Leitfadens und Musterkarten LAP. Methodik zur Umsetzung der Eingriffsregelung und Musterkarten zur Landschaftspflegerischen Ausführungsplanung unter besonderer Berücksichtigung des DV-Einsatzes. *Naturschutz und Landschaftsplanung*, Bd. 39 (2007), H. 8, S. 255-260.

Daschkeit, Achim: Integriertes Küstenzonenmanagement (IKZM) als Instrument der räumlichen Planung zur Bewertung von Klimaänderungen im Küstenraum. *Berichte zur deutschen Landeskunde*, Bd. 81 (2007), H. 2, S. 177-187.

Dickau, Richard: Wenn Berge sich bewegen. Gefahren, Risiken und Katastrophen durch gravitative Massenbewegungen. *Geographische Rundschau*, Bd. 59 (2007), H. 10, S. 58-65.

Dwyer, Janet / Ward, Neil / Lowe, Philip / Baldock, David: European Rural Development under the Common Agricultural Policy's „Second Pillar“: Institutional Conservatism and Innovation. *Regional Studies*, vol. 41 (2007), no. 7, pp. 873-888.

Faßbender, Kurt: Aktuelle Fragen und Entwicklungen des Hochwasserschutzes. *Deutsches Verwaltungsblatt*, Bd. 122 (2007), H. 15, S. 926-935.

- Fuchs, Daniel / Hänel, Kersten / Jeßberger, Jens / Lipski, Astrid / Reck, Heinrich / Reich, Michael / Sachtleben, Jens / Finck, Peter / Riecken, Uwe: National bedeutsame Flächen für den Biotopverbund. *Natur und Landschaft*, Bd. 82 (2007), H. 8, S. 345-352.
- Hendrichske, Oliver: „Allgemeine Grundsätze“ als abweichungsfester Kern der Naturschutzgesetzgebung des Bundes. *Natur und Recht*, Bd. 29 (2007), H. 7, S. 454-458.
- Höppe, Peter / Loster, Thomas: Klimawandel und Wetterkatastrophen. Aktuelle Trends und Beobachtungen zur Rolle der Versicherungswirtschaft. *Geographische Rundschau*, Bd. 59 (2007), H. 10, S. 26-31.
- Knapp, Hans D. / Nickel, Elsa / Plachter, Harald: Buchenwälder – ein europäischer Beitrag zum Waldarbeitsprogramm der CBD. *Natur und Landschaft*, Bd. 82 (2007), H. 9-10, S. 386-389.
- Köck, Wolfgang: Klimawandel und Recht. *Zeitschrift für Umweltrecht*, Bd. 18 (2007), H. 9, S. 393-400
- Loske, Karl-Heinz: Auswirkungen von Windkraftanlagen auf Gastvögel im Windfeld Sintfeld. *UVP-report*, Bd. 21 (2007), H. 1-2, S. 130-142.
- Lüttmann, Jochen: Artenschutz und Straßenplanung. Spannungsfeld zwischen rechtlicher Norm und praktischer Umsetzung. *Naturschutz und Landschaftsplanung*, Bd. 39 (2007), H. 8, S. 236-242.
- Möckel, Stefan: Der Feinstaubschleier lichtet sich – rechtlich. *Natur und Recht*, Bd. 29 (2007), H. 9, S. 602-608.
- Müller-Pfannenstiel, Klaus / Borkenhagen, Jörg: Der LBP für Natur und Landschaft. Erst das Konzept und dann die Details. *Naturschutz und Landschaftsplanung*, Bd. 39 (2007), H. 8, S. 248-254.
- Rahmstorf, Stefan / Schellnhuber Hans J.: Die Vorboten ernst nehmen. Klimawandel und die Folgen. *politische ökologie*, Bd. 25 (2007), H. 106-107, S. 16-20.
- Ruth, Matthias: Smart Growth and Climate Change: Regional Development, Infrastructure, and Adaptation. *Journal of Regional Science*, vol. 47 (2007), no. 5, pp. 1017-1020.
- Schäffer, Stefan: Schutz und nachhaltige Nutzung als Verpflichtungen aus dem Waldarbeitsprogramm der CBD. *Natur und Landschaft*, Bd. 82 (2007), H. 9-10, S. 429-430.
- Scherfose, Volker / Hoffmann, Andreas / Jeschke, Lebrecht / Panek, Norbert / Riecken, Uwe / Ssymank, Axel: Gefährdung und Schutz von Buchenwäldern in Deutschland. *Natur und Landschaft*, Bd. 82 (2007), H. 9-10, S. 416-422.
- Schuchardt, Bastian / Schirmer, Michael: Wie können wir den Klimawandel an der Küste bewältigen? Die Perspektive 2050. Ergebnisse aus dem Verbundvorhaben KRIM. *Berichte zur deutschen Landeskunde*, Bd. 81 (2007), H. 2, S. 159-176.
- Schultze, Christian / Köppel, Johann: Gebietskulissen für den Energiepflanzenanbau? Steuerungsmöglichkeiten der Planung. *Naturschutz und Landschaftsplanung*, Bd. 39 (2007), H. 9, S. 269-272.
- Sparwasser, Reinhard / Wöckel, Holger.: Ökologische Flutungen von Rückhalteräumen zum Hochwasserschutz und naturschutzrechtliche Eingriffsregelung. *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht*, Bd. 26 (2007), H. 7, S. 764-769.
- Stevens, Berthold: Das CO₂-emissionsarme Kohlekraftwerk. *Umwelt- und Planungsrecht*, Bd. 27 (2007), H. 8, S. 281-287.
- Trillmich, Nela: Umweltmediation – Ein Überblick über verschiedene Aspekte der Mediation im Umwelt- und Planungsrecht. *Natur und Recht*, Bd. 29 (2007), H. 7, S. 475-476.

6. Wirtschaft

- Alemann, Annette von: Unterrepräsentanz ohne Ende? Geschlechterungleichheit bei Führungseliten der deutschen Wirtschaft. *WSI Mitteilungen*, Bd. 60 (2007), H. 9, S. 487-493.
- Bach, Stefan / Buslei, Hermann / Dwenger, Nadja / Fossen, Frank: Aufkommens- und Verteilungseffekte der Unternehmensteuerreform 2008. *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung*, Bd. 76 (2007), H. 2, S. 74-85.
- Bachtler, John / McMaster, Irene: Sustainable Growth, Competitiveness and Employment: Will EU Cohesion Policy Deliver on the Lisbon Strategy? *Raumforschung und Raumordnung*, Bd. 65 (2007), H. 4, S. 259-274.
- Bahn, Christopher / Potz, Petra: Das Immobilieninvestment als Determinante für den Strukturwandel im Einzelhandel. Ergebnisse aus Deutschland und Grossbritannien. *disP*, Bd. 43 (2007), H. 169, S. 31-40.
- Belke, Ansgar / Spies, Julia: Die Außenhandelspolitik der EU gegenüber China. *Wirtschaftsdienst*, Bd. 87 (2007), H. 7, S. 458-466.
- Berger, Johannes: Warum sind einige Länder so viel reicher als andere? Zur institutionellen Erklärung von Entwicklungsunterschieden. *Zeitschrift für Soziologie*, Bd. 36 (2007), H. 1, S. 5-24.
- Bradley, John / Untiedt, Gerhard: Die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen der EU-Strukturpolitik in den Konvergenzregionen. *Methodische Anmerkungen und empirische Ergebnisse für die Förderperiode 2007-2013. Raumforschung und Raumordnung*, Bd. 65 (2007), H. 4, S. 301-314.
- David, Andrea / Kugele, Wolfgang / Ratzenberger, Ralf: Demografischer Wandel und Mobilitätsentwicklung. *Internationales Verkehrswesen*, Bd. 59 (2007), H. 9, S. 380-385.
- Deubel, Ingolf: Vom kommunalen Stabilisierungsfonds zu einem Stabilisierungsfonds der Länder. *Wirtschaftsdienst*, Bd. 87 (2007), H. 8, S. 512-518.

- Dieterich, Thomas: Das Arbeitsrecht der Zukunft im globalen Wettbewerb. WSI Mitteilungen, Bd. 60 (2007), H. 8, S. 411-415.
- Donzelot, Jacques: Stadtpolitik in Frankreich. Informationen zur Raumentwicklung, H. 6 (2007), S. 371-380.
- Eltges, Markus / Lackmann, Gregor: Europa findet Stadt – die städtische Dimension in der EU-Strukturpolitik. Raumforschung und Raumordnung, Bd. 65 (2007), H. 4, S. 327-336.
- Fachinger, Uwe: Verkannte Gefahr: Erodierende Finanzierungsbasis der sozialen Sicherung. Wirtschaftsdienst, Bd. 87 (2007), H. 8, S. 529-536.
- Franke, Thomas / Strauss, Wolf-Christian: Integrierte Stadtentwicklungspolitik für benachteiligte Stadtteile in Europa. Informationen zur Raumentwicklung, H. 7-8 (2007), S. 465-477.
- Freytag, Tim: Städtetourismus in europäischen Grossstädten. Eine Hierarchie der Standorte und aktuelle Entwicklungen der Übernachtungszahlen. disP, Bd. 43 (2007), H. 169, S. 56-67.
- Geißler, Helmut / Jakubowski, Peter / Neumann, Uwe: Stärkung der lokalen Wirtschaft – Ansätze für eine dritte Säule der Stadtentwicklungspolitik. Informationen zur Raumentwicklung, H. 6 (2007), S. 423-433.
- Glötz-Richter, Michael / Loose, Willi / Nobis, Claudia: Car-Sharing als Beitrag zur Lösung von städtischen Verkehrsproblemen. Internationales Verkehrswesen, Bd. 59 (2007), H. 7-8, S. 333-337.
- Göddecke-Stellmann, Jürgen / Kocks, Martina: Die Soziale Stadt – acht Jahre Städtebauförderung für eine sozial orientierte Stadtpolitik. Informationen zur Raumentwicklung, H. 6 (2007), S. 391-403.
- Gundel, Sebastian / Van Suntum, Ulrich: Ist die Kritik an internationalen Standortrankings berechtigt? Wirtschaftsdienst, Bd. 87 (2007), H. 7, S. 473-479.
- Häger, Astrid / Kirschke, Dieter: Politik für den ländlichen Raum 2007+. Raumforschung und Raumordnung, Bd. 65 (2007), H. 4, S. 275-287.
- Haufler, Andreas: Sollen multinationale Unternehmen weniger Steuern bezahlen? Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Bd. 76 (2007), H. 2, S. 8-20.
- Hesse, Markus: Logistischer Wandel in der Region. Standortdynamiken und -strategien der Distributionslogistik im transatlantischen Vergleich. Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, Bd. 51 (2007), H. 2, S. 93-107.
- Höing, Werner / Lenzen, Wilhelm / Steinhoff, Jens: Landwirtschaft und Ökokonto. Modellprojekt für die Anwendung von produktionsintegrierten landwirtschaftlichen Kompensationsmaßnahmen in Dortmund. Naturschutz und Landschaftsplanung, Bd. 39 (2007), H. 10, S. 311-317.
- Jakubowski, Peter: Stadtentwicklungsfonds im Sinne der JESSICA-Initiative – Idee und Organisation. Informationen zur Raumentwicklung, H. 9 (2007), S. 579-589.
- Jakubowski, Peter: Wachsende Bedeutung der Europäischen Investitionsbank und der deutschen Förderbanken für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Raumforschung und Raumordnung, Bd. 65 (2007), H. 3, S. 217-224.
- Jakubowski, Peter / Zarth, Michael: Stärkung der lokalen Ökonomie in benachteiligten Stadtquartieren. Gute Beispiele in Europa. Informationen zur Raumentwicklung, H. 7-8 (2007), S. 499-510.
- Konrad, Kai A.: Vorschläge zur wirksamen Verschuldungsbegrenzung der Länder. Wirtschaftsdienst, Bd. 87 (2007), H. 9, S. 581-585.
- Kónya, István / Ohashi, Hiroshi: International Consumption Patterns among High-income Countries: Evidence from the OECD Data. Review of International Economics, vol. 15 (2007), no. 4, pp. 744-757.
- Kremer, Stefanie: Tarifautonomie aus ökonomischer, juristischer und gesellschaftstheoretischer Sicht. WSI Mitteilungen, Bd. 60 (2007), H. 8, S. 441-447.
- Kronauer, Martin: Neue soziale Ungleichheiten und Ungerechtigkeitserfahrungen: Herausforderungen für eine Politik des Sozialen. WSI Mitteilungen, Bd. 60 (2007), H. 7, S. 365-372.
- Lammers, Konrad: Die EU-Regionalpolitik im Spannungsfeld von Integration, regionaler Konvergenz und wirtschaftlichem Wachstum. Raumforschung und Raumordnung, Bd. 65 (2007), H. 4, S. 288-300.
- Libbe, Jens / Moss, Timothy: Wandel in der Wasserwirtschaft und die Zukunft kommunalpolitischer Steuerung. Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht, Bd. 30 (2007), H. 3, S. 381-403.
- López, Jesús R. / Mendizábal, Hugo R.: The Optimal Degree of Exchange Rate Flexibility: a Target Zone Approach. Review of International Economics, vol. 15 (2007), no. 4, pp. 803-822.
- Pak, Henry: Der demografische Wandel und die Nachfrage nach Urlaubsreisen. Internationales Verkehrswesen, Bd. 59 (2007), H. 7-8, S. 316-321.
- Parkinson, Michael: Social Cohesion in English Cities: Policy, Progress and Prospects. Informationen zur Raumentwicklung, H. 6 (2007), S. 363-370.
- Scheuplein, Christoph: Branchenkompetenz und Qualifizierung: der Beitrag regionaler Netzwerke in Brandenburg. Raumforschung und Raumordnung, Bd. 65 (2007), H. 5, S. 407-420.
- Scheuplein, Christoph: „Ein geographisch bestimmtes System der Wirtschaftslehre“: Raumkonzepte und Standorttheorien des ökonomischen Historismus. ERDKUNDE, Bd. 61 (2007), H. 3, S. 225-238.
- Schratzenstaller, Margit: Unternehmensbesteuerung in der Europäischen Union: Aktuelle Entwicklungen und Implikationen für die deutsche Steuerpolitik. Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Bd. 76 (2007), H. 2, S. 21-38.

Schulten, Thorsten: Europäischer Tarifbericht des WSI – 2006/2007. WSI Mitteilungen, Bd. 60 (2007), H. 9, S. 475-482.

Spörel, Ulrich: Grenzüberschreitender Tourismus in Europa: Einreise- und Ausreiseverkehr. Wirtschaft und Statistik, H. 7 (2007), S. 663-669.

Walther, Uwe-Jens / Güntner, Simon: Vom lernenden Programm zur lernenden Politik? Stand und Perspektiven sozialer Stadtpolitik in Deutschland. Informationen zur Raumentwicklung, H. 6 (2007), S. 349-362.

Wink, Rüdiger: Innovationsförderung durch die EU-Strukturpolitik nach 2007: neue Ansätze, alte Probleme? Raumforschung und Raumordnung, Bd. 65 (2007), H. 4, S. 315-326.

Zarth, Michael: Nationaler Strategischer Rahmenplan – ein neues Koordinierungsinstrument in der europäischen Strukturpolitik 2007+. Raumforschung und Raumordnung, Bd. 65 (2007), H. 4, S. 349-360.

7. Soziales

Aschauer, Wolfgang: Ethnische Gruppen in Grenzregionen unter dem Einfluss von Globalisierung – ein Annäherungsversuch. geographische revue, Bd. 8 (2006), H. 1, S. 7-22.

Borck, Rainald: Consumption and Social Life in Cities: Evidence from Germany. Urban Studies, vol. 44 (2007), no. 11, pp. 2105-2121.

Flöthmann, E.-Jürgen: Regionale Auswirkungen der demographischen Alterung – Kleinräumige Analysen am Beispiel der Kreise und kreisfreien Städte Nordrhein-Westfalens. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Bd. 32 (2007), H. 1-2, S. 137-160.

Herfert, Günter: Regionale Polarisierung der demographischen Entwicklung in Ostdeutschland – Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse? Raumforschung und Raumordnung, Bd. 65 (2007), H. 5, S. 435-455.

Heye, Corinna / Van Wezemaal, Joris E.: Herausforderungen des sozio-demographischen Wandels für die Wohnbauindustrie. disP, Bd. 43 (2007), H. 169, S. 41-55.

Höhn, Charlotte: Bevölkerungsforschung und demographischer Wandel – Zur politischen Würdigung der Demographie seit den 1970er Jahren. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Bd. 32 (2007), H. 1-2, S. 73-98.

Holt, Louise: Children's sociospatial (re)production of disability within primary school playgrounds. Environment and Planning D: Society and Space, vol. 25 (2007), no. 5, pp. 783-802.

Khalatbari, Parviz: Die weibliche Emanzipation und der Prozess der Wandlung der generativen Verhaltensweise. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Bd. 32 (2007), H. 1-2, S. 11-34.

Kramer, Caroline / Pfaffenbach, Carmella: Alt werden und jung bleiben – Die Region München als Lebensmit-

teltpunkt zukünftiger Senioren? Raumforschung und Raumordnung, Bd. 65 (2007), H. 5, S. 393-406.

Lüdemann, Christian / Peter, Sascha: Kriminalität und Sozialkapital im Stadtteil. Eine Mehrebenenanalyse zu individuellen und sozialräumlichen Determinanten von Viktimisierungen. Zeitschrift für Soziologie, Bd. 36 (2007), H. 1, S. 25-42.

Nuissl, Henning / Bigalke, Bernadett: Altwerden am Stadtrand – zum Zusammenhang von Suburbanisierung und demographischem Wandel. Raumforschung und Raumordnung, Bd. 65 (2007), H. 5, S. 381-392.

Schulz, Reiner: Die Weltbevölkerungsentwicklung nach den Bevölkerungsvorausrechnungen der Vereinten Nationen. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Bd. 32 (2007), H. 1-2, S. 333-352.

8. Infrastruktur

Haustein, Sonja / Hunecke, Marcel / Manz, Wilko: Verkehrsmittelnutzung unter Einfluss von Wetterlage und -empfindlichkeit. Internationales Verkehrswesen, Bd. 59 (2007), H. 9, S. 392-396.

Maretzke, Steffen / Zarth, Michael: „Beschäftigung, Bildung und Teilhabe vor Ort“ – ein Sonderprogramm in den Programmgebieten der Sozialen Stadt. Informationen zur Raumentwicklung, H. 6 (2007), S. 405-410.

Riesling-Schärfe, Heike: Aktive Bildungs- und Ausbildungspolitik für Kinder und Jugendliche in benachteiligten Stadtquartieren. Ergebnisse guter Praxisbeispiele in Europa. Informationen zur Raumentwicklung, H. 7-8 (2007), S. 519-528.

Uhlenhut, Bernd H.: Bedingungen des transalpinen Eisenbahnverkehrs. Internationales Verkehrswesen, Bd. 59 (2007), H. 10, S. 456-459.

Wendt, Claus: Sinkt das Vertrauen in Gesundheitssysteme? Eine vergleichende Analyse europäischer Länder. WSI Mitteilungen, Bd. 60 (2007), H. 7, S. 380-386.

9. Raumbezogene Planung

Asche, Hartmut: Stand und Zukunftstendenzen der Atlaskartographie im Spiegel digitaler Atlanten. Kartographische Nachrichten, Bd. 57 (2007), H. 4, S. 183-191.

Bechmann, Arnim / Steitz, Matthias: Erfahrungen mit computergestützten Assistenz-Systemen der UVP-EXPERT-Familie – Von der Checkliste zur internetgestützten Orientierungs-Plattform. UVP-report, Bd. 21 (2007), H. 1-2, S. 47-53.

Bull, Hans Peter: „Umweltverwaltungen unter Reformdruck: Herausforderungen, Strategien, Perspektiven“. Ein Sondergutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen. Die öffentliche Verwaltung, Bd. 60 (2007), H. 16, S. 695-697.

Danielzyk, Rainer: Strategische Entwicklungen in der Regionalplanung in Deutschland – Stand und Perspektiven. UVP-report, Bd. 21 (2007), H. 1-2, S. 20-23.

- Eltges, Markus / Hatzfeld, Ulrich / Selke, Welf: Deutsche Ratspräsidentschaft – Charta von Leipzig. Bundesbaublatt, Bd. 56 (2007), H. 7-8, S. 37-39.
- Erbguth, Wilfried: Städtebaurecht und Raumordnungsrecht im Wandel: Ökologisierung durch Europäisierung, Rechtsschutz, Föderalismusreform. Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Bd. 26 (2007), H. 9, S. 985-990.
- Herberg, Alfred / Brandl, Heinz / Köppel, Johann / Schneider, Thomas: Der Umweltatlas als Informationsquelle bei der Strategischen Umweltprüfung in Berlin. UVP-report, Bd. 21 (2007), H. 1-2, S. 76-82.
- Herbert, Matthias: Inhaltlich-methodische Vereinheitlichung als Beitrag zur Effizienzsteigerung – Erfahrungen aus FFH-VP und Eingriffsregelung. UVP-report, Bd. 21 (2007), H. 1-2, S. 37-40.
- Huchtemann, Dirk: Effizienzgewinn durch Regionalisierung? Abgrenzung homogener Politikaktionsräume in Flusseinzugsgebieten. Raumforschung und Raumordnung, Bd. 65 (2007), H. 3, S. 186-194.
- Jacobsen, Peter: Umweltprüfung in der Bauleitplanung: Verfahrensprobleme und Erfahrungen aus der Praxis. UVP-report, Bd. 21 (2007), H. 1-2, S. 87-90.
- Jansen, Karl-Josef: Umweltprüfung zur Flächennutzungsplanung – Verfahrensmanagement aus Sicht der Kommune am Beispiel der Stadt Ostfildern. UVP-report, Bd. 21 (2007), H. 1-2, S. 83-86.
- Koch, Michael: Landschafts- und Umweltplan – am Beispiel Leinfelden-Echterdingen. UVP-report, Bd. 21 (2007), H. 1-2, S. 96-102.
- Köhler, Stephan: Informationsmanagement und Öffentlichkeitsbeteiligung bei der UVP der Küstenautobahn der A 22. UVP-report, Bd. 21 (2007), H. 1-2, S. 64-67.
- Louis, Hans Walter: Perspektiven des Natur- und Artenschutzrechts. Ein Überblick vor europäischem Hintergrund aus rechtlicher Sicht. Naturschutz und Landschaftsplanung, Bd. 39 (2007), H. 8, S. 228-235.
- Louis, Hans Walter: Die Strategische Umweltprüfung für Landschaftspläne. UVP-report, Bd. 21 (2007), H. 1-2, S. 91-95.
- Pieters, Steven: Grenzüberschreitende SUP und UVP zwischen den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland. UVP-report, Bd. 21 (2007), H. 1-2, S. 115-117.
- Rembierz, Wolfgang: Strategische Umweltprüfung in der Regionalplanung in Nordrhein-Westfalen. UVP-report, Bd. 21 (2007), H. 1-2, S. 110-114.
- Sangenstedt, Christof: Neuausrichtung des Umweltrechts aufgrund der Föderalismusreform: Umweltgesetzbuch und die zukünftige Rolle und Ausgestaltung der Umweltprüfungen. UVP-report, Bd. 21 (2007), H. 1-2, S. 11-15.
- Schmitz, Holger / Müller, Christian: Das Raumordnungsrecht nach der Föderalismusreform. Raumforschung und Raumordnung, Bd. 65 (2007), H. 5, S. 456-466.
- Scholles, Frank: Beitrag von Umweltinformationssystemen zur Umsetzung der Aarhus-Konvention, insbesondere bei Umweltprüfungen. UVP-report, Bd. 21 (2007), H. 1-2, S. 24-30.
- Schön, Karl P. / Selke, Welf: Territoriale Agenda der EU – ein Ansatz für ein neues Planungs- und Entwicklungsverständnis in Europa. Informationen zur Raumentwicklung, H. 7-8 (2007), S. 435-440.
- Segert, Astrid / Zierke, Irene: Regionalinitiativen – Entwicklungsressource strukturschwacher ländlicher Räume. Raumforschung und Raumordnung, Bd. 65 (2007), H. 5, S. 421-434.
- Selle, Klaus: Neustart. Vom Wandel der shared mental models in der Diskussion über räumliche Planung, Steuerung und Entwicklung. disP, Bd. 43 (2007), H. 169, S. 17-30.
- Sieverts, Thomas: Von der unmöglichen Ordnung zu einer möglichen Unordnung im Entwerfen der Stadtlandschaft. Eine persönliche Sicht auf die globale Entwicklung von Stadtlandschaften und ihre Entwicklungschancen. disP, Bd. 43 (2007), H. 169, S. 5-16.
- Sporbeck, Otto: Die UVS im Rahmen von Raumordnung und Linienbestimmung. Was ist neu? Ein Überblick. Naturschutz und Landschaftsplanung, Bd. 39 (2007), H. 8, S. 243-247.
- Stock, Peter / Gründler, Klaus: Informationsmanagement bei der Umweltprüfung des Regionalen Flächennutzungsplans für den Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main. UVP-report, Bd. 21 (2007), H. 1-2, S. 68-75.
- Stür, Bernhard: Umweltprüfung in der Bauleitplanung – Erfahrungen und offene Punkte. UVP-report, Bd. 21 (2007), H. 1-2, S. 16-19.
- Tzschaschel, Sabine: Der Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland – Konzepte, Inhalte, Perspektiven. Kartographische Nachrichten, Bd. 57 (2007), H. 4, S. 191-199.

10. Grenzüberschreitende Kooperation und Planung

- Ahlke, Brigitte / Görmar, Wilfried / Kurnol, Jens / Schäfer, Nicole: Transnationale Zusammenarbeit zur Raumentwicklung – Herausbildung, Stand und Perspektiven bis 2013. Raumforschung und Raumordnung, Bd. 65 (2007), H. 4, S. 337-348.

99. Sitzung der Landesarbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg

Zu Beginn der 99. Sitzung am 8. und 9.11.2007 in Schwäbisch Hall erinnerte der Leiter der LAG, Dr. Stefan Köhler, an den tragischen Tod von LAG-Mitglied Andrea Kilian, die im August 2007 im 47. Lebensjahr an den Folgen von Leukämie verstorben ist, und drückte den Angehörigen seine Anteilnahme aus. Die LAG hat mit dem Tod von Frau Kilian eine sehr geschätzte Kollegin verloren. In einer Schweigeminute gedachten die LAG-Mitglieder der Verstorbenen. Die Landesarbeitsgemeinschaft und die Akademie für Raumforschung und Landesplanung insgesamt werden Andrea Kilian ein würdiges Andenken bewahren.

Gleich doppelt wurde die LAG in Schwäbisch Hall begrüßt: am ersten Sitzungstag von Roland Heckelmann, Stellvertreter des Oberbürgermeisters, und am zweiten Sit-



Foto: Overbeck

v. l.: Stefan Köhler, Hermann-Josef Pelgrim

zungstag von OB Hermann-Josef Pelgrim selbst. Pelgrim gab in seinen Grußworten einen kurzen Überblick über aktuelle Entwicklungstendenzen der Stadt Schwäbisch-Hall und ging auf die Innovationswirkung funktionierender Städte gerade auch für den ländlichen Raum ein. Heckelmann nahm die LAG-Mitglieder mit auf einen kleinen Streifzug durch die wechselvolle Geschichte der Stadt Schwäbisch Hall. Bei einem Stadtrundgang am Morgen des zweiten Sitzungstages (unter der Führung von Albrecht Bedal, Kulturamt Schwäbisch-Hall) wurden der Reiz der mittelalterlichen Stadt sowie einige aktuelle städtebauliche Projekte den LAG-Mitgliedern eindrucksvoll vor Augen geführt.

Die Zukunft des ÖPNV im ländlichen Raum

Rahmenthema der 99. Sitzung war die Zukunft des ÖPNV im ländlichen Raum. Einführend gab Dagmar Starke (Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg, NVBW) einen Einblick in die Tätigkeiten der NVBW. Seit die Länder 1996 die Aufgabenträgerschaft für den Schienengebundenen Personennahverkehr (SPNV) übernahmen, ist landesweit ein Zuwachs an Angeboten und Fahrgastzahlen um rund 50 % zu verzeichnen, ebenso wie zunehmender Wettbewerb. Die NVBW berät und unterstützt das Innenministerium bei der Entwicklung des SPNV, z. B. durch die Weiterentwicklung des integralen Taktfahrplans, die Erarbeitung von Möglichkeiten eines effizienteren Mitteleinsatzes oder Aus-

schreibungen von Verkehrsleistungen. Ziel ist, den ÖPNV als vollwertige Alternative zum motorisierten Individualverkehr zu qualifizieren – für die Bevölkerung, als Beitrag zur Sicherung der Attraktivität des Wirtschaftsstandorts sowie aus Gründen des Ressourcenschutzes.

Dr. Annette Albers (Verband Region Stuttgart) referierte anschließend über das S-Bahn-Netz in der Europäischen Metropolregion Stuttgart. Der Verband Region Stuttgart besitzt – als einziger der baden-württembergischen Regionalverbände – die Trägerschaft für den schienengebundenen Nahverkehr. Somit obliegt dem Verband die Sicherstellung des Betriebs der S-Bahn, dessen Finanzierung sowie die Planung und Finanzierung von Angebotsverbesserungen und Netzausbauten. Ziel des Verbands ist es, die Siedlungsentwicklung entlang von Entwicklungsachsen zu konzentrieren. Dabei ist die Zuständigkeit für Regionalplanung und ÖPNV von Vorteil, weil die Steuerung der Siedlungsentwicklung und die Weiterentwicklung der ÖPNV-Infrastruktur abgestimmt erfolgen können.

Innovative Konzepte im Nahverkehr

Ingrid Kühnel, Geschäftsführerin der KreisVerkehr Schwäbisch Hall GmbH, stellte die ÖPNV-Struktur im Landkreis Schwäbisch Hall dar. Mit dem KreisVerkehr besteht ein innovativer Verkehrsverbund, in dem die einzelnen Verkehrsunternehmer optimal zusammenarbeiten. Eine Besonderheit der Region ist die „Kolibri-Card“, die 2004 mit dem Innovationspreis des Landes Baden-Württemberg ausgezeichnet wurde. Mit dem System wurde ein bundesweit einheitlicher Standard im elektronischen Ticketing entwickelt: Der Kunde benutzt für alle Fahrten eine elektronische Karte, mit der er im Bus oder am Bahnsteig bei jeder Fahrt ein- und auscheckt. Fahrten werden nachträglich genau abgerechnet. Mittlerweile lässt sich die Karte, die auf große Resonanz stößt, bereits in einigen benachbarten Verkehrsverbänden benutzen. Als Vision bezeichnete Kühnel die Idee, dass eines Tages in ganz Deutschland die unterschiedlichen Verkehrsmittel mittels elektronischer Ticketsysteme benutzt werden können – ein erheblicher Zugewinn an Benutzerfreundlichkeit. Aus Sicht der Unternehmen bietet die Karte überdies den Vorteil, dass jede Fahrt einzeln erfasst wird und somit eine optimale Datengrundlage über das Nutzerverhalten und somit für die Linien- und Taktplanung vorliegt. Entsprechend fokussierte die Diskussion zum Vortrag sofort das Thema Datenschutz. Die hiermit zusammenhängenden Probleme konnten jedoch, so Kühnel, alle gut gelöst werden.

Verbandsdirektor Rainer Kaufmann (Regionalverband Schwarzwald-Baar-Heuberg) stellte im folgenden Vortrag den „Ringzug“ in seiner Region vor. Nachdem die vorhandenen Strecken von der deutschen Bahn stillgelegt worden waren, wurde Mitte der 90er-Jahre ein flächendeckendes regionalplanerisches Verkehrskonzept entwickelt: der „Ringzug“ als Rückgrat auf der Schiene kombiniert mit einer guten Flächenerschließung durch Busse und einem

integrierten Taktfahrplan, ebenfalls als Tarifverbund organisiert. Insgesamt erbringen nun 20 Züge jährlich rund 1.250.000 Zugkilometer und bedienen 41 Haltestellen, bei ständig steigender Nachfrage von Seiten der Bevölkerung. Entscheidend war für die Realisierung, dass die aufgelassenen Trassen noch zur Verfügung standen. Kauffmann plädierte entsprechend für Trassensicherung als eine ganz wesentliche Aufgabe der Regionalplanung.

Herausforderungen durch den demographischen Wandel

Eine große Herausforderung stellt für den ÖPNV der Zukunft der demographische Wandel dar. Gerade im ländlichen Raum ist der Anteil der Schüler an der Gesamtzahl der Fahrgäste sehr groß, in Schwäbisch Hall beispielsweise 70%. Allerdings erwarten die Referenten der Vorträge für ihr jeweiliges Arbeitsgebiet, dass der Rückgang der Schüler, die den ÖPNV benutzen, durch eine verstärkte Konzentration auf weniger Schulstandorte kompensiert oder sogar überkompensiert wird, auch wenn dies für die einzelnen Schüler dann längere Fahrzeiten oder häufiges Umsteigen bedeutet und somit nicht unbedingt positiv zu bewerten ist. Gleichzeitig versuchen die Verkehrsunternehmen jedoch auch intensiv, neue Nutzerpotenziale zu mobilisieren, beispielsweise Erholungssuchende, um so die Auslastung zu erhöhen.

Infrastruktur in der Remanenzkostenfalle?

Prof. Dr. Stefan Siedentop, Institut für Raumordnung und Entwicklungsplanung der Universität Stuttgart, ging in seinem Vortrag „Infrastruktur in der Kostenfalle? Wege aus der Remanenzkostenproblematik“ der Frage nach, welche Auswirkungen sich durch den demographischen Wandel für die Kosten von Infrastrukturen ergeben. Die Betriebskosten von Infrastrukturen sind zum einen durch einige zum Teil gut beeinflussbare Rahmenbedingungen bestimmt, vor allem bauliche Dichte, Standort und Siedlungsgröße, sodass durch entsprechende Planung Betriebskosten reduziert werden können. Beim Rückgang der Nutzer von Infrastruktureinrichtungen (z. B. Wasserver- und -entsorgung) sinken jedoch die Betriebskosten vor allem von technischen Infrastrukturen nicht im gleichen Maße wie die Bevölkerungszahl; man spricht von Remanenzkosten. Dieses Problem wird, so Siedentop, bislang bei der Planung von Infrastrukturmaßnahmen viel zu wenig berücksichtigt. Eine Ursache hierfür ist die Asymmetrie von Kosten und Preisen, einerseits aufgrund von staatlichen Subventionen, andererseits aufgrund der globalen Tarifgestaltung der Ver- und Entsorger bzw. der Sozialisierung der Betriebs- und Erneuerungskosten. Wichtig sei somit, Kostentransparenz und Kostengerechtigkeit herzustellen und nicht nur Investitionskosten, sondern gerade auch die Folgekosten einzubeziehen. Zum Erkennen und Bewerten der Kosten stehen mittlerweile erste Möglichkeiten der gesamtfiskalischen Bilanzierung zur Verfügung,



Foto: Overbeck

Sitzung der LAG Baden-Württemberg im barocken Rathaus von Schwäbisch Hall

z. B. LEAN² (www.lean2.de) oder FoKoS. Siedentop betonte abschließend die Bedeutung von Regionalplanung und interkommunaler Kooperation für kostensparende Siedlungsentwicklung.

Neue Anforderungen an urbanes Wohnen

Abschließend berichtete Axel Fricke, Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung der Landeshauptstadt Stuttgart, über die Aktivitäten der Stadt Stuttgart, die urbane Wohnqualität zu erhöhen. „Wohnen in der Stadt“ wird wieder attraktiver, gleichzeitig bestehen große Herausforderungen durch den zunehmenden Anteil älterer Menschen – der Anteil der Generation 55+ macht in Stuttgart bereits über 30% aus – sowie von Menschen mit Migrationshintergrund (aktuell 40%). Hier bestehen somit sehr spezifische Wohnbedürfnisse einerseits, eine hohe Integrationsnotwendigkeit andererseits.

Hauptanliegen der Stadt Stuttgart sind eine geänderte Marktbeurteilung, eine verbesserte Abstimmung unterschiedlicher Zielvorstellungen, die Neudefinierung der Rolle der kommunalen Wohnungspolitik sowie die Verstärkung des Dialogs zwischen den Marktteilnehmern. Fricke stellte ausgewählte Projekte des Wohnungsbaus vor und ging auch kurz auf die Möglichkeiten ein, die sich durch das Projekt „Stuttgart 21“ für das urbane Wohnen ergeben.

Mitgliederzuwahl

In der anschließenden Mitgliederversammlung wurde kurz über den Stand der Vorbereitungen zur 100. Sitzung der LAG im nächsten Jahr berichtet. Bei den turnusgemäß anstehenden Wiederwahlen wurden Hans-Georg Bächtold, Dr. Dirk Vallée und Prof. Dr. Rüdiger von der Weth einstimmig für einen weiteren Berufungszeitraum gewählt. Ebenfalls einstimmig neu in die LAG gewählt wurden Axel Fricke, Jens-Peter Grunau (Universität Stuttgart) sowie Prof. Dr. Stefan Siedentop. Für diejenigen LAG-Mitglieder, die nicht sofort abreisen mussten, gab es anschließend mit einer Führung durch die äußerst sehenswerte Ausstellung „Edvard Munch – Zeichen der Moderne“ in der Kunsthalle Würth noch einen kulturellen Höhepunkt zum Abschluss.

Gerhard Overbeck, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 22
E-Mail: Overbeck@ARL-net.de

Demographischer Wandel und Raumentwicklung in Bayern

Neue Arbeitsgruppe der LAG Bayern

Demographischer Wandel – ein in der jüngeren Zeit viel diskutierter Begriff – wird nun auch in Bayern zum Thema. Die seit vielen Jahren zu beobachtenden Entwicklungen – Rückgang, Alterung und „Heterogenisierung“ der Bevölkerung – wurden lange Zeit mit bestimmten Regionen außerhalb Bayerns verknüpft. Der Osten Deutschlands, altindustrialisierte Räume wie das Ruhrgebiet und das Saarland oder periphere ländliche Räume im Norden Deutschlands waren und sind Räume, in denen sich die Problematik früh zeigte und wo die Entwicklungen gravierende Ausprägungen angenommen haben. Für Bayern werden nach wie vor recht günstige Perspektiven gesehen, befinden sich doch wirtschaftsstarke Räume mit hohem Potenzial im Freistaat.

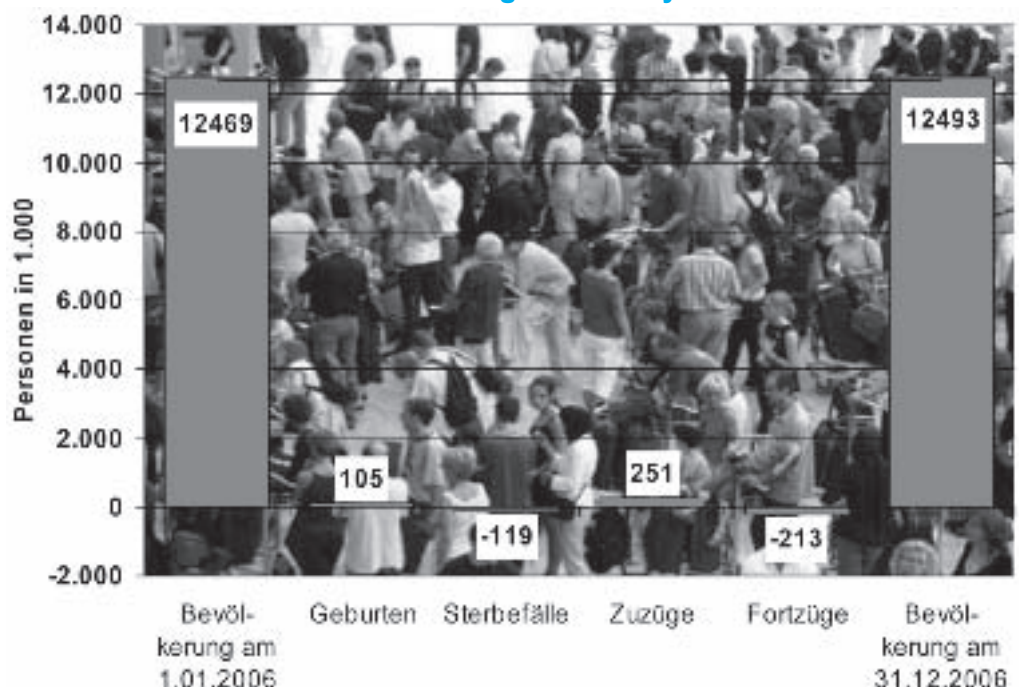
Schärft man den Blick und differenziert die Betrachtungen nach einzelnen Teilräumen, zeigt sich, dass insbesondere Landkreise entlang der Grenze zu Tschechien und zur ehemaligen innerdeutschen Grenze Entwicklungen zu verzeichnen haben, die ein intensives Nachdenken, raumwissenschaftliche Forschungen und raumentwicklungspolitisches Handeln erfordern. Denn dort kommen ein besonders negativer natürlicher Bevölkerungssaldo und relativ starke Abwanderungen zusammen. Dies lässt sich bereits heute beobachten und wird, wie die jüngsten Prognosen zeigen, in Zukunft an Brisanz gewinnen. Hinzu kommt, dass sich die Gegensätze innerhalb Bayerns verstärken dürften: Den peripher gelegenen Räumen mit weiteren Bevölkerungsrückgängen steht vor allem der dynamische Wirtschaftsraum in und um München gegenüber, dem nach wie vor ein Gewinn an Bevölkerung und Arbeitsplätzen vorhergesagt wird. Gründe genug, dass sich die Landesarbeitsgemeinschaft Bayern ausführlich dem Problem „Demographischer Wandel und Raumentwicklung in Bayern“ in einer Arbeitsgruppe widmet.

Am 27. September 2007 fand in München unter der Leitung von Verbandsdirektor Christian Breu die konstituierende Sitzung der Arbeitsgruppe der Landesarbeitsgemeinschaft Bayern statt. Die Mitglieder, die aus Hochschulen und den Planungsbehörden, aus

städtischen wie ländlichen Räumen kommen, haben sich auf ein Programm verständigt, das einerseits eine Aufarbeitung der konzeptionellen Grundlagen und des bisherigen Forschungsstandes – innerhalb und außerhalb der Akademie – vorsieht. Andererseits möchte man sich intensiv mit den aktuellen Prognosen zum demographischen Wandel in Bayern befassen und deren Aussagekraft und Reichweite diskutieren. Der größere Teil der Arbeiten soll sich mit den Auswirkungen des demographischen Wandels auf bestimmte fachliche Bereiche, auf die Instrumente der Raumordnung und auf ausgewählte Teilräume auseinandersetzen. So soll beispielsweise untersucht werden, wie sich die Erwerbspotenziale und -möglichkeiten sowie die Ausbildungsmärkte, der Öffentliche Personennahverkehr, die Schulbedarfsanalysen und die Versorgung mit medizinischen Dienstleistungen sowie mit Banken und Sparkassen unter den zu erwartenden geänderten demographischen Rahmenbedingungen entwickeln werden. Beispiele für Fallstudien werden voraussichtlich die Landkreise Wunsiedel im Fichtelgebirge, Rhön-Grabfeld, die Region München sowie Teile des Bayerischen Waldes sein. Für Anfang 2008 ist die Erarbeitung eines „Positionspapiers aus der ARL“ vorgesehen, eine Veröffentlichung der Arbeitsergebnisse als „Arbeitsmaterial der ARL“ ist für 2009 geplant.

Andreas Klee, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 39
E-Mail: Klee@ARL-net.de

Bevölkerungsbilanz Bayern 2006



Quelle: Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

LAG Nordrhein-Westfalen

Auswirkungen der Föderalismusreform und Novellierung des Raumordnungsgesetzes

Auf ihrer Sitzung am 26. Oktober 2007 in Münster haben sich die Mitglieder der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Nordrhein-Westfalen unter der Leitung ihres Vorsitzenden, Prof. Dr. Rainer Danielzyk, Direktor des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen, mit dem Themenschwerpunkt „Novellierung des Raumordnungsgesetzes“ beschäftigt. Anschließend wurde über die Tätigkeit der beiden Arbeitsgruppen der LAG diskutiert.

Novellierung des Raumordnungsgesetzes

In einem Einführungsbeitrag ging MinDgt. Prof. Dr. Wilhelm Söfker, BMVBS Berlin, auf den Stand der Novellierung des Raumordnungsgesetzes (ROG) des Bundes ein. Wesentlicher Anlass für die beabsichtigte Neufassung des ROG sei die am 1. September 2006 in Kraft getretene Föderalismusreform gewesen, mit der die für das bisherige Raumordnungsrecht des Bundes maßgebliche Rahmengesetzgebungskompetenz beendet wurde. Seither gehört das Raumordnungsrecht kompetenzrechtlich zur konkurrierenden Gesetzgebungsmaterie des Bundes (Art. 74 Abs. 1 Nr. 31 GG), mit Abweichungsmöglichkeit der Länder (Art. 72 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GG). Nach dem Wortlaut des Art. 72 Abs. 3 GG ist die Abweichungsbefugnis der Länder unbeschränkt. Grenzen ergeben sich jedoch aus den dem Bund vorbehaltenen Regelungsbereichen.

Im Weiteren setzte sich Söfker mit den Folgerungen auseinander, die sich aus der neuen Rechtslage für den Aufbau des künftigen ROG ergeben, und behandelte eine Reihe wichtiger Einzelthemen, zu denen u.a. die Überarbeitung der Aufgaben und Grundsätze der Raumordnung (§§ 1, 2 ROG), die Begriffe der Raumordnung, die Bindungswirkung der Erfordernisse der Raumordnung, allgemeine Regelungen über sowie Arten und Inhalte von Raumordnungspläne(n) und die Zusammenarbeit von Bund und Ländern gehörten. Im Hinblick auf die Aktualisierung der Grundsätze der Raumordnung betonte er die Bedeutung funktional strukturierter Grundaussagen, den Grundsatz zur Verflechtung Deutschlands mit Europa und das Verhältnis zu (ergänzenden) Grundsätzen der Länder. Als notwendige inhaltliche Ergänzungen nannte er vor allem den demographischen Wandel, den zunehmenden wirtschaftlichen Wettbewerb in Europa und den Klimawandel.

In zwei ergänzenden Statements behandelten außerdem Staatssekretär a. D. Dr. Ernst-Hasso Ritter, Meerbusch, und die Stellvertretende Leiterin der LAG, Dr. Susan Grotefels, Zentralinstitut für Raumplanung an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Fragen der Novellierung des Raumordnungsrechts. Zu diesem Teil der Sitzung lagen als schriftliche Grundlagen von Prof. Dr. Werner Hoppe, Münster, Mitglied der LAG NRW, vor: ein Statement zu

„Auswirkungen der Föderalismusreform und Novellierung des Raumordnungsgesetzes“ sowie ein Sonderdruck aus „Umweltrecht und Umweltwissenschaft“, Festschrift für Eckhard Reh binder (Hrsg.: Martin Führ, Rainer Wahl und Peter von Wilmowsky), mit einem Beitrag zum Thema „Das Nachhaltigkeitsprinzip und das planungsrechtliche Prinzip der zentralörtlichen Gliederung (Zentrale-Orte-Konzept). Ein Steuerungsinstrument der Raumordnung zwischen Raumforschung und Planungs- sowie Umweltrecht“.

In einer anschließenden Diskussion wurden insbesondere Fragen der stärkeren Synchronisierung des Raumordnungsrechts in Deutschland mit der europäischen Raumentwicklungspolitik, die künftige Bedeutung der Leitvorstellung der nachhaltigen Raumentwicklung, die Bedeutung der materiellen Grundsätze der Raumordnung auf Bundesebene gegenüber den Ländern sowie die inhaltliche Konkretisierung der drei Fachaspekte demographischer Wandel, wirtschaftlicher Wettbewerb und Klimawandel erörtert.

Arbeitsgruppen

In der LAG bestehen zurzeit zwei Arbeitsgruppen: Eine setzt sich mit neuen Regionalisierungsansätzen bzw. neuen Raumkategorien, die andere mit den ländlichen Räumen in Nordrhein-Westfalen auseinander.

Zunächst berichtete Prof. Dr. Ulrike Grabski-Kieron, Münster, über die Tätigkeit der von ihr und Prof. Albert Schmidt, Ratingen, geleiteten Arbeitsgruppe „Entwicklungen in den ländlichen Räumen Nordrhein-Westfalens“ (zu den Arbeitszielen vgl. Heft 2/2007 der ARL-Nachrichten). Als erstes wichtiges Ziel der Arbeit sei – gemeinsam mit Mitgliedern der Landesgruppe der DASL – ein Thesenpapier zur Entwicklung der ländlichen Räume in NRW entstanden. Dieses stieß in der Diskussion auf breite Zustimmung und soll als maßgebliche Grundlage bei der Ausrichtung und Vorbereitung der nächsten Konferenz für Planerinnen und Planer in Nordrhein-Westfalen dienen.

Die zweite Arbeitsgruppe „Neue Raumkategorien in NRW unter besonderer Berücksichtigung der Europäischen Metropolregion Rhein-Ruhr“ (vgl. Heft 2/2007 der ARL-Nachrichten) wird von Dr. Bernd Mielke, ILS NRW, geleitet, der ebenfalls den Stand der Arbeit erläuterte. Mittlerweile habe die Diskussion in der Gruppe zu einem gemeinsamen Themenverständnis geführt, auf dessen Grundlage ein Arbeitsprogramm entwickelt worden ist. Angestrebt wird eine Publikation mit Einzelbeiträgen, aus denen gemeinsam getragene Handlungsempfehlungen abgeleitet werden sollen. Die meisten Fachbeiträge sind bereits an Autorinnen und Autoren vergeben worden.

Gerd Tönnies, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 23
E-Mail: Toennies@ARL-net.de

Perspektiven des Stadtumbaus in Mitteldeutschland

Herbsttagung der LAG Sachsen / Sachsen-Anhalt / Thüringen

Auf ihrer diesjährigen Herbsttagung am 8. und 9. November 2007 widmete sich die südostdeutsche LAG dem Thema Stadtumbau, das nicht nur bei den Mitgliedern der LAG auf Interesse stieß – auch viele Gäste nahmen an der Veranstaltung teil. Der Präsident der ARL, Prof. Dr. Heinrich Mäding, begrüßte die Teilnehmer in der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt in der Lutherstadt Wittenberg.

Stadtumbau Thüringen

Nachdem am ersten Tag die Berichte über aktuelle Themen der Landes- und Regionalplanung in den LAG-Ländern und ein Vortrag über die Stadtentwicklung in Wittenberg auf dem Programm standen, berichtete Hermann Sträß, GRAS – Gruppe Architektur und Stadtplanung Dresden, am zweiten Veranstaltungstag über den Stadtumbau Thüringen. Vom Thüringer Ministerium für Bau und Verkehr ist eine Begleitforschungsgruppe eingerichtet worden, die den Stadtumbau in Thüringen kontinuierlich auswertet und die Ergebnisse in einen Erfahrungsaustausch mit den Programmstädten einbringt. Sie begleitet den Stadtumbau Ost anhand verschiedener Indikatoren, wie Demographie, Wirtschaft, Infrastruktur und Wohnungsmarkt. Die zusammengetragenen Daten werden in ein Landesmonitoring eingestellt, das von Städten und Gemeinden abrufbar ist. Es stellt Informationen zu den Städten, einzelnen Flächen und Gebäuden bereit. Zu Entwicklung und Erfolg des Stadtumbaus lassen sich für Thüringen derzeit folgende wesentliche Aussagen festhalten:

- Die zentrale Aufgabe des Stadtumbaus besteht in der Innenstadtabstabilisierung.
- Aufwertung und Rückbau halten sich die Waage (Letzteres hauptsächlich durch große Unternehmen, im Plattenbau).
- In den Städten Erfurt und Weimar ist entgegen dem allgemeinen demographischen Trend ein Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen.
- Der Stand des Stadtumbaus ist in thüringischen Städten ganz unterschiedlich.

Wirtschaftliche Effekte des Stadtumbaus

Der Leiter der LAG, Prof. Dr. Martin T.W. Rosenfeld, IWH Halle, erläuterte die wirtschaftlichen Effekte des Stadtumbaus. Er betonte, dass der Umbau den Städten die Chance biete, sich im Standortwettbewerb zu profilieren. Wichtige Ziele des Stadtumbaus seien daher, Alleinstellungsmerkmale hervorzuheben, Kosten zu senken sowie die Städte und Umlandgemeinden zu vernetzen. Der Stadtumbau beinhaltet öffentlich geförderte Maßnahmen zum Rückbau von Gebäuden mit Leerstand sowie sog. Aufwertungsmaßnahmen zur Stabilisierung der städtischen Einwohnerzahlen. Bei der Auswahl der unterschiedlichen Strategien seien die wirtschaftlichen Effekte des Stadtumbaus auf Wohnungsanbieter, die Kommunen, Bauunternehmer, Einzelhandel und

Infrastruktur zu bedenken. Aufwertungsmaßnahmen seien besonders in Städten mit hoher Abwanderung und einem hohen Pendlersaldo sinnvoll. Rosenfeld wies darauf hin, dass durch die geringe Förderung von Rückbaumaßnahmen bei der technischen Infrastruktur hohe Folgekosten entstehen können. Darüber hinaus seien auch die Entwicklungen des Bundes zu beachten, z. B. die Diskussionen um die Pendler-Pauschale und deren Auswirkungen auf Suburbanisierung und die Entwicklung des Leerstands.

Stadtumbau und Internationale Bauausstellung Merseburg

Die Konzeption der Internationalen Bauausstellung in Merseburg wurde von Hans-Dieter Weber, IBA-Koordinator der Stadt Merseburg, vorgestellt. Unter der Überschrift „Neue Milieus – Neue Chancen“ werde im Rahmen der IBA insbesondere das Quartier am Burgberg neu gestaltet. Dabei konzentrierte man sich auf Leuchtturmprojekte, wozu u. a. der Aufbau des Europäischen Zentrums für Romanikforschung zähle. Die IBA versteht sich aber auch als Teil des Stadtumbauprozesses und will Arbeitsplätze schaffen, Lebensqualität herstellen und sichern sowie mit Urbanität und Tourismus gegen Leerstand ankämpfen. Für das Ziel, nachhaltige Prozesse zu schaffen, werden Partner (wie die Fachhochschule Merseburg, die Martin-Luther-Universität Halle, Vereine und die Stadtverwaltung) gesucht und man versucht, die Bürger aktiv in die Projekte einzubeziehen.

Stadtumbau und Hauseigentum

Bertram Schiffers, UfZ Leipzig – Department Stadt- und Umweltsoziologie, beschäftigte sich mit dem Thema „Hauseigentum in schrumpfenden Städten“. Er präsentierte eine Fallstudie aus Zeitz, einer Stadt in Sachsen-Anhalt mit ca. 28.000 Einwohnern. Um die Bedingungen für den Stadtumbau herauszufiltern, hatte er Interviews geführt, eine städtebauliche Analyse vorgenommen und Planungsdokumente ausgewertet. Der Wohnungsleerstand konzentriert sich in Zeitz auf den Altbau. Als Ergebnis seiner Untersuchung entwickelte Schiffers für Zeitz eine Eigentübertypologie und zeigte die Schwierigkeiten auf, die sich hinsichtlich des Eigentums für kleine Hauseigentümer, Bauträgermodelle, Wohnungsunternehmer, und Investmentfonds stellen. Die mit dem Eigentum verbundenen Perspektiven umschrieb er mit „Verbleiben“, „Verwerten“ und „Verlieren“, die jeweils zu etwa gleichen Teilen Realität werden.

Da nicht nur die Mitglieder der LAG das Thema Stadtumbau mit großem Interesse verfolgen, wird über eine Fortführung der Diskussion im Rahmen einer weiteren Veranstaltung (ggf. zusammen mit der LAG Berlin / Brandenburg / Mecklenburg-Vorpommern) nachgedacht.

Jana Kenzler, Tel. (+ 49-511) 3 48 42 - 43
E-Mail: Kenzler@ARL-net.de

Herbsttagung des IIK Braunkohlenplanung zu neuen Anforderungen zwischen Lagerstätten-sicherung, Umweltverträglichkeit und Regionalentwicklung

Am 8. und 9. Oktober 2007 fand in Naunhof bei Leipzig die diesjährige Herbsttagung des Informations- und Initiativkreises (IIK) Braunkohlenplanung statt. Sie wurde als eine erweiterte Tagung veranstaltet, die sich nicht nur an die Mitglieder des IIK richtete, sondern auch weitere Interessierte zu einem Gedankenaustausch über Braunkohlenplanung in Deutschland einlud. Der Leipziger Regierungspräsident Walter Christian Steinbach begrüßte die Teilnehmer und Referenten der Tagung. In seinen einführenden Worten verwies er auf den Braunkohlereichtum der Region um Leipzig, der dort angesichts der Braunkohlenpolitik der DDR bis Ende der 1980er-Jahre zu einer erheblichen Umweltverschmutzung geführt hatte. Steinbach würdigte den mittlerweile vollzogenen Landschaftswandel in den ehemaligen Abbaugeländen, der aus den Restlöchern und Bergbaufolgelandschaften das Leipziger Neuseenland entstehen ließ. Vorrangiges Ziel der Politik sei es nun, die neuen Landschaften zu erhalten, zu bewirtschaften und zu vermarkten.

Braunkohlenplanung in der Bundesrepublik Deutschland – Sachstand und aktuelle Entwicklungstendenzen

Einen Überblick über aktuelle Diskussionen und Probleme rund um die Braunkohlenplanung gab Prof. Dr. Andreas Berkner, Leipzig, Leiter des IIK, in seinem Einführungsvortrag. Er skizzierte die neuen rechtlichen Anforderungen, die sich bei der Aufstellung von Braunkohlenplänen stellen. Beispielhaft verwies er auf die erforderlich gewordene Umweltverträglichkeitsprüfung sowie die Strategische Umweltprüfung bei Plänen und Programmen, ggf. durchzuführende Verträglichkeitsprüfungen nach der FFH- und Vogelschutz-Richtlinie, die erhöhten Anforderungen des Artenschutzrechts und die Zunahme der Beteiligungsrechte der Öffentlichkeit. Angesichts der Fülle an zu beachtenden Rechtsvorschriften sind bestandskräftige Pläne ein hohes Gut. Als weiteres im Zusammenhang mit Braunkohleabbau immer wieder aktuell werdendes Thema nannte Berkner die Umsiedlungsproblematik, für die er sich einen sachlichen Umgang zwischen Bergbauunternehmen, betroffener Bevölkerung und Akteuren der Planung wünsche. Insofern haben klare politische Vorgaben seitens der Bundes- und Landespolitik zur Zukunft der Braunkohle eine hohe Bedeutung und Legitimationswirkung für notwendig werdende Umsiedlungen. Solche Leitlinien der Politik seien darüber hinaus auch deshalb wichtig, weil es keine plausible Energiepolitik über 2020 hinaus gebe, weder für Deutschland noch international. Berkner machte weiter deutlich, dass beim Thema Braunkohle auch Fragen zur Verbesserung der

Umweltverträglichkeit eine Rolle spielen. Die Entwicklung umweltschonender Technologien und diesbezügliche Forschungen (z. B. zum kohlendioxidfreien Kraftwerk) seien zu unterstützen. Schließlich müsse Braunkohlenplanung auch als Bestandteil von Regionalentwicklung gesehen werden. Das Know-how der Bergbausanierung ist international gefragt. Von Erfahrungen aus Mitteldeutschland und der Lausitz, der wohl größten Landschaftsbaustelle Europas, können auch andere lernen.

Aktiver Bergbau

In Bezug auf derzeit aktiv betriebenen Bergbau berichtete Prof. Dr. Bernd Dammert, Kanzlei Dr. Dammert & Steinforth Leipzig, über aktuelle Rechtsfragen, die sich insbesondere im Mitteldeutschen und im Lausitzer Revier stellen.

Horst Schmidt, Mitteldeutsche Braunkohlengesellschaft mbH (MIBRAG), informierte über die Lagerstätten-sicherung



v. l.: Bernd Dammert, Andreas Berkner, Peter Heinrich, Horst Schmidt

in Sachsen-Anhalt. Entsprechend dem Energiekonzept des Landes für den Zeitraum zwischen 2007 und 2020 stehen zwei neue Lagerstätten zur Diskussion. Zum einen werden Abbaufelder in Lützen erkundet; hier gebe es bereits eine bergrechtliche Erlaubnis zur Aufsuchung. Zum anderen werde die Egelner Mulde durch die MIBRAG als Abbaugelände ins Auge gefasst.

Dr. Peter Heinrich, Regionaler Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien, legte die langfristige Fortführung der Tagebaue Nochten und Reichwalde dar. Die beiden Tagebaue sind die Hauptversorger des Kraftwerks Boxberg – ihre Inanspruchnahme ist aus energiepolitischen Gründen erforderlich. Für den Abbau im Tagebau Nochten ist im nächsten Jahr der Aufstellungsbeschluss zu erwarten. Die Planung soll bis Dezember 2011 abgeschlossen sein. Im Zuge der Braunkohlengewinnung seien Umsiedlungen

nicht zu vermeiden. In die Gestaltung der Umsiedlungsflächen werden die Bürger jedoch aktiv einbezogen.

Bergbau und Umweltverträglichkeit

Über den Stand des Tagebaus Cottbus-Nord informierte Uwe Sell, Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin/Brandenburg. Der Braunkohlenplan ist letztes Jahr bekannt gemacht worden. Probleme im Braunkohlenplanverfahren bereiteten vor allem die Lakomaer Teiche, die als FFH-Gebiet an die Europäische Kommission gemeldet wurden. Um dieses Gebiet als Abbaugebiet in Anspruch nehmen zu können, war eine FFH-Verträglichkeitsprüfung erforderlich. In der Abwägung sei die Versorgungssicherheit als überwiegend öffentliches Interesse anerkannt worden, sodass der Schutz der Natur in diesem Fall zurückzutreten habe.

Thomas Tschetschorke, Regionaler Planungsverband Westsachsen, erläuterte das Vorgehen bei der Strategischen Umweltprüfung (SUP) zum Braunkohlenplan Tagebau Vereinigtes Schleenhain. Zusammenfassend stellte er fest, dass sehr komplexe und tiefgehende Prüfungen mit einem engen Vorhabenbezug erforderlich gewesen seien, was die Fehleranfälligkeit dieser Pläne erhöhe. Daher richtete sich sein abschließender Appell an Verwaltungsgerichte, bei gerichtlicher Überprüfung derartiger Pläne eine etwaige Unwirksamkeit nur aufgrund wesentlicher Fehler anzunehmen.

Dr. Bernd Bucher, Erftverband, Bergheim, stellte Maßnahmen zur Reduzierung der Kippeneinflüsse auf das Grundwasser im Tagebaubereich Garzweiler vor, mittels derer die durch Braunkohleabbau auftretende Versauerung des Bodens eingedämmt werden kann. Von Bedeutung sei das vor allem dann, wenn in der Bergbausanierung geplant ist, die Tagebaurestlöcher zu fluten.

Fallbeispiele zur Regionalentwicklung

Dr. Dieter Porada, Bezirksregierung Köln, nahm zur Umsiedlungsproblematik im Rheinland Stellung. Im Zeitraum von 1950 bis 2030 werden insgesamt 35.163 Personen umsiedeln müssen. Neue Standorte werden zusammen mit den von der Umsiedlung betroffenen Bürgern gesucht und entwickelt.

Die Kostenträgerschaft für die Erschließung lag bislang beim Land, beim Bergbaubetreibenden und bei den Gemeinden. Das Land werde sich jedoch in Zukunft aus der Finanzierung der Umsiedlungen zurückziehen und diese zu 100 Prozent dem Bergbaubetreibenden auferlegen.

Thomas Worms, IBA-Fürst-Pückler-Land, berichtete über die „Zeit nach der Kohle“ im Lausitzer Seenland. Der Schwerpunkt liege in der touristischen Entwicklung im Revier, die z.B. über verschiedene Projekte der Internationalen Bauausstellung Fürst-Pückler-Land befördert werde.

Abschlussdiskussion und Exkursion ins Leipziger Umland

Zentrales Thema der abschließenden Podiumsdiskussion unter der Leitung von Andreas Berkner und unter Beteiligung von Heiner Krieg, Kaufmännischer Geschäftsführer der MIBRAG, Hans-Harmut Grabmann, Landratsamt für Kreisentwicklung, MinRat Hans Friedrich Wittmann, Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen, Prof. Dr. Carsten Drebenstedt, TU Bergbauakademie Freiberg, und Klaus Zschiedrich, Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV), war die Lagerstättensicherung, die auch in Zukunft die Politik beschäftigen werde. Insofern forderten die Diskussionsteilnehmer ein klares politisches Bekenntnis im Zusammenhang mit Braunkohle, das auch dem hohen Bedarf an Planungssicherheit im Bergbau Rechnung trage.

Eine am zweiten Veranstaltungstag organisierte Exkursion rundete die fachlichen Vorträge und Diskussionen des ersten Tages ab. Sie führte in das Leipziger Umland und gab Gelegenheit, sich sowohl über den aktiven Bergbau als auch die Bergbausanierung vor Ort zu informieren.

Jana Kenzler, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 43
E-Mail: Kenzler@ARL-net.de



Foto: Kenzler

Markkleeberger See

IIK Regionalplanung regt Arbeitskreis an

Auf Einladung des Oberbürgermeisters, Dr. Albrecht Schröter, kamen die Mitglieder des Informations- und Initiativkreises (IIK) Regionalplanung am 21. und 22. September 2007 im Ratssaal des Historischen Rathauses in Jena zu ihrer 22. Sitzung zusammen. Schröter legte dar,



Foto: D. Vallée

Jena, Innenstadt

dass Jena auch wegen 20.000 Studierender (bei 100.000 Einwohnern) eine der Großstädte mit der jüngsten Bevölkerung in Deutschland ist, zudem mit der niedrigsten Arbeitslosenzahl aller ostdeutschen Oberzentren. Auch für die Zukunft erwartet der Oberbürgermeister weitere Einwohnergewinne.

Weiterentwicklung der Regionalplanung

Im Mittelpunkt des Treffens stand der Abschluss des Vorhabens „Weiterentwicklung der Regionalplanung“. Es gehört zu den Kernaufgaben des IIK, sich mit dieser Thematik zu befassen. Wie in Heft 2/2007 der NACHRICHTEN (S. 32) berichtet wurde, geht es u. a. darum, Perspektiven für eine zukunftsfähige, gut funktionierende Regionalentwicklung auf einer mittleren Ebene aufzuzeigen. Dafür ist es notwendig, auf der einen Seite die Aufgaben und fachlichen Themen im Sinne der strategischen Ausrichtung auf den Prüfstand zu stellen und ggf. neu zu definieren sowie auf der anderen Seite neue Organisations- und Steuerungsformen zu entwickeln. Die regionale Ebene als Politikfeld und die Regionalplanung als zentrales Aufgabengebiet bieten vielfältige Chancen, Effizienzvorteile und Synergien, die noch präziser aufgezeigt werden müssen. Wichtige Gesichtspunkte sind darüber

hinaus die Finanzausstattung und die Neuordnung der Finanzsysteme.

Mit der Beratung in Jena haben die Mitglieder des IIK das bisherige Entwurfspapier zur Thematik verabschiedet. Sie sind der Ansicht, dass sich die Akademie gerade auch vor dem Hintergrund der veränderten raumordnungsrechtlichen Rahmenbedingungen nach ihrer Aktivität Anfang der 1990er Jahre (Arbeitskreis Regionalplanung 2000; FuS 200, 1995) wieder einmal grundlegend, umfassend und vor allem auch selbstkritisch mit der Regionalplanung beschäftigen sollte. Sie regen deshalb die Einrichtung eines Arbeitskreises an. Das Präsidium wird sich in seiner nächsten Zusammenkunft mit der Anregung befassen.

Monitoring, Erfolgskontrolle, Controlling in der Regionalplanung

Auch über das Projekt „Monitoring, Erfolgskontrolle, Controlling in der Regionalplanung“ aus dem derzeitigen Arbeitsprogramm des IIK haben wir bereits informiert, zuletzt in Heft 2/2007 der NACHRICHTEN (S. 32 f.). Das Thema ist zweifellos ein wichtiger Teilaspekt bei der Weiterentwicklung der Regionalplanung, sollte jedoch nach Ansicht des IIK schon wegen der Komplexität Erfolg versprechender Ansätze und der nicht nur methodischen Probleme bei Evaluierungen sowie der strategischen Bedeutung des Aus-



Foto: D. Vallée

IIK-Mitglieder beim Gang durch Jena

baus der Dienstleistungsfunktionen der Regionalplanung eigenständig behandelt werden. Monitoring und Controlling sollten zu einer verpflichtenden Daueraufgabe werden. Dieses Feld muss die Regionalplanung besetzen, und dafür muss sie adäquat ausgestattet werden. Chancen werden bei verbesserter Datenlage gerade auch für „heikle“ Debatten,

z.B. im Kontext „Flächenhaushalt“ gesehen. Wichtig ist nach Ansicht des IIK, einen alle Nachhaltigkeitsaspekte umfassenden Ansatz zu wählen.

Die Mitglieder des IIK werden zunächst die Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Monitoring und Evaluation von Stadt- und Regionalentwicklung“ der Landesarbeitsgemeinschaft Bayern der ARL und Zuarbeiten aus den anderen Landesarbeitsgemeinschaften abwarten, um zu schauen, was bislang an Ansätzen in der Praxis erarbeitet worden ist. Als mittelfristiges Ziel will der IIK eine Arbeitshilfe anfertigen, analog zur Umweltprüfung in der Regionalplanung, E-Papier der ARL Nr. 1, 2007 (siehe in diesem Heft unter Neuerscheinungen).

Kosten von Siedlungen und Infrastrukturen

Darüber hinaus beschäftigt sich der IIK seit kurzem mit dem Thema „Kosten von Siedlungen und Infrastrukturen“. Hier stehen die raumwissenschaftliche Forschung und die räumliche Planung noch ganz am Anfang. In einem ersten Schritt haben IIK-Mitglieder in einem Diskussionspapier die Ergebnisse der vorliegenden und zurzeit laufenden Untersuchungen ausgewertet. Auf dieser Grundlage ist am 19.10.2007 in Düsseldorf ein Workshop in Zusammenarbeit von ARL, BBR und Bezirksregierung Düsseldorf durchgeführt worden, der vorrangig an Vertreter aus Politik und Verwaltung adressiert war (siehe den gesonderten Bericht in diesem Heft). Die Ergebnisse der Veranstaltung wird der IIK sorgfältig auswerten. Schritt drei ist ein Positionspapier, mit dem die Mitglieder vor allem Politik und Planungspraxis für die Kosten-Thematik weiter sensibilisieren wollen.

*Dietmar Scholich, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 37
E-Mail: Scholich@ARL-net.de*

RAUMFORSCHUNG UND RAUMORDNUNG

4/2007

Wissenschaftliche Beiträge

■ John Bachtler / Irene McMaster

Sustainable Growth, Competitiveness and Employment: Will EU Cohesion Policy Deliver on the Lisbon Strategy?

■ Astrid Häger / Dieter Kirschke

Politik für den ländlichen Raum 2007+

■ Konrad Lammers

Die EU-Regionalpolitik im Spannungsfeld von Integration, regionaler Konvergenz und wirtschaftlichem Wachstum

■ John Bradley / Gerhard Untiedt

Die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen der EU-Strukturpolitik in den Konvergenzregionen. Methodische Anmerkungen und empirische Ergebnisse für die Förderperiode 2007–2013

■ Rüdiger Wink

Innovationsförderung durch die EU-Strukturpolitik nach 2007: neue Ansätze, alte Probleme?

Berichte aus Forschung und Praxis

■ Markus Eltges / Gregor Lackmann

Europa findet Stadt – die städtische Dimension in der EU-Strukturpolitik

■ Brigitte Ahlke / Wilfried Görmar / Jens Kurnol / Nicole Schäfer

Transnationale Zusammenarbeit zur Raumentwicklung – Herausbildung, Stand und Perspektiven bis 2013

■ Michael Zarth

Nationaler Strategischer Rahmenplan – ein neues Koordinierungsinstrument in der europäischen Strukturpolitik 2007+■

ISSN 0034-0111

Bestellungen an: Carl Heymanns Verlag KG
Luxemburger Str. 449, 50939 Köln
Tel.: (0221) 943730, Fax: (0221) 94373901
E-Mail: vertrieb@heymanns.com
www.heymanns.com

Die Poesie der Regionalplanung: Von „persischen Teppichen“ über „smart shrinking“ zu „regions for all ages“

Die 3. Deutsche Regionalplanungstagung der ARL bot am 6. und 7. September in Gera den Teilnehmenden aus dem gesamten Bundesgebiet und dem angrenzenden Ausland die Gelegenheit, zu Fragen europäischer Regionalplanung, zu Rahmenbedingungen regionalplanerischen Handelns, Kernthemen der Regionalplanung, Regionalplanung in Grenzräumen und zu Implikationen von EU-Politiken in einen Erfahrungsaustausch einzutreten.

Regionen und Europa

Prof. Dr. Klaus Kunzmann, Potsdam, eröffnete den Reigen, indem er von der Frage ausging, wie unterschiedlich „Region“ in Europa definiert wird. Rahmenbedingungen räumlicher Entwicklung, wie beispielsweise wirtschaftliche Konzentration, räumliche Spezialisierung und Polarisierung von Disparitäten nicht nur auf der Makroebene, wurden von ihm aufge-



Rathaus in Gera



Foto: Kenzler

Marktplatz in Gera

vergleichbare Rauminformationen in Europa bereitzustellen und das individuelle Entwicklungskapital sowie die -potenziale der Regionen herauszuarbeiten, verwies Gensheimer auf die fünf vorgesehenen Aktionsprioritäten. Diese enthalten neben der angewandten Forschung, mit dem prozentual höchsten Finanzanteil ausgestattet, auch Elemente des Kapazitätenaufbaus, des Dialogs und der Netzwerkbildung durch Seminare und Workshops sowie den Aufbau von Systemen zur Unterstützung des Wissenstransfers.

zeigt und kulminierte in der Darstellung von Regionen, die zwischen dem „metropolitan fever“ und den „forgotten territories“ schwanken. In Anbetracht des Musters, einem persischen Teppich nicht unähnlich, den die kartographische Darstellung der NUTS 2-Regionen bietet, war die Quintessenz seiner Ausführungen, dass sich strategische Regionalentwicklung zwischen räumlichen Visionen und konkreten Aktionen ausdrücken müsse. Erstere beinhalteten das geistige Fundament für die Aktionen. Letztere seien das praktische Ergebnis und gleichsam Ausdruck der Existenzberechtigung der Visionen.

Michaela Gensheimer gab stellvertretend für Peter Mehlbye (beide ESPON Coordination Unit / Luxemburg) einen umfassenden Überblick über die Aktivitäten von ESPON. Der Rückblick auf die beendete Arbeitsperiode bis Ende 2006 und die Erläuterung einiger markanter Arbeitsergebnisse aus ESPON-Projekten zur Situation der räumlichen Entwicklung in Europa mündete in einen Ausblick auf die Programmphase 2007–2013. Unter der Zielsetzung, eine harmonische räumliche Entwicklung zu unterstützen,

Vielfältige Rahmenbedingungen

Zu den Erläuterungen der Rahmenbedingungen räumlicher Planung trugen Prof. Dr. Alain Thierstein, München, Prof. Dr. Paul Gans, Mannheim, und Prof. Dr. Dietrich Fürst, Hannover, mit ihren Präsentationen im weiteren Verlauf der Tagung bei. Ersterer weitete die bereits von Kunzmann geschlagene Kerbe, wie die spätere Diskussion zeigen sollte. Sein Hauptaugenmerk galt programmgemäß dem Zusammenhang von ökonomischer und räumlicher Entwicklung.

Widerspruch bei den Zuhörenden weckend, erläuterte er sein Thema am Matthäus-Prinzip: „Wer hat, dem wird gegeben.“ Dass daraus der Umkehrschluss „Wer nicht hat, dem wird genommen“ auf die räumliche Entwicklung von Regionen übertragbar ist, könnte unter Umständen zutreffen. Anzuzweifeln ist allerdings, ob es übertragbar sein sollte im Sinne von gegenläufigen politischen Weichenstellungen. Das Credo Thiersteins liegt im „smart shrinking“, worunter er Folgendes versteht: Vor dem Hintergrund, auf kurzfristige Umverteilung konditioniert zu sein, ist die Politik herausgefordert, die Mittelallokation knapper öffentlicher Haushalte stärker strategisch zu orientieren und Investitionsmittel vor allem auf die entwicklungsstärkeren Wertschöpfungs-systeme zu konzentrieren. Für den daraus erwachsenden Monitoring- und Prognosebedarf auf allen Planungsebenen bot Thierstein aus seinem Koffer ein Werkzeug an, das sich auf die plausible Beurteilung der Siedlungsentwicklung stützt. Dieser müssten die Kosten- und Ertragsersparungen gegenübergestellt werden. Darauf aufbauend würde eine Bewertung von Aufwand und Ertrag insgesamt vorgenommen und schließlich im Bedarfsfall zur Festlegung auf räumliche Schwerpunktmaßnahmen führen.

Überaus detailliert schilderte im Anschluss daran Gans die Dimensionen von Alterung und Bevölkerungsdynamik in der EU. Die daraus entstehenden Herausforderungen räumlicher Entwicklung bezögen sich vornehmlich auf die Bereiche Wirtschafts- und Arbeitsmarkt, Infrastruktur und Siedlungsentwicklung. Vorrangiges Ziel bei der Bewältigung dieser Herausforderungen sei, die ältere Generation und die immer größer werdende Summe der Älteren als Potenzial – auch im Sinne von räumlicher Entwicklung – zu begreifen. Eine Einstellungsveränderung gegenüber dieser gesellschaftlichen Gruppe müsse dem allerdings vorausgehen, mindestens aber parallel dazu erfolgen.

Fürst klärte anschließend darüber auf, welches Ziel mit der Verwaltungsreform verfolgt wurde, welchen Reformansatz man gewählt hatte, welche Probleme und Konsequenzen damit verknüpft seien, worin ihre Potenziale und Risiken für die Regionalplanung lägen und welche Perspektiven schließlich daraus abzuleiten seien. Seine Kritik fiel harsch aus: Trotz einer eingehaltenen formalen Logik würde Verwaltungsreform „insparorientiert“, „mit partialen Lösungen und Stärkung der Sektoralisierung“, unter „Entwertung kollektiver Güter wie der räumlichen Planung“ zu einem „fragmentierten Staat“ führen, in dem wegen des Mangels an Verjüngung des Personals die „Beharrungskraft der überlieferten Routinen“ vorherrschen würden und „konservierende Kräfte etablierte Macht- und Interessensstrukturen“ erhielten. Allerdings könne daraus die Renaissance einer strategischen Planung abgeleitet werden, in der die planerische Entwicklungsfunktion über neue Governanceformen gestärkt würde. Unter anderem müsse daher die Fähigkeit wachsen, als „Querschnitt-Agent“ zu fungieren.

Kontroverse Diskussion

In den ersten Diskussionsrunden unter der Leitung von BauDir. Dr.-Ing. Friedhelm Budde, Hannover, zeigte sich, dass die verschiedenen Referierenden hinreichend provozierende Thesen in den Raum gestellt hatten. Es war die

Rede von einem düsteren Bild der Regionalplanung, das insbesondere in den ersten Beiträgen gezeichnet wurde. Als Argument wurde vor allem hervorgehoben, dass Regionalplanung auch gerade deswegen notwendig sei, weil sich an ihren Aussagen die Allokation von Mitteln begründen ließe. Allerdings seien dazu auch die Förderprogramme zunächst einmal vom Kopf auf die Füße zu stellen: Nicht die Regionen sollten sich für die Förderprogramme verbiegen müssen, sondern diese müssten auf die Bedarfe der Regionen eingehen.

Zweifel daran, ob die in den vergangenen Jahren geführte Diskussion über Governance nicht doch eher eine Chimäre sei und zur Verwischung von Verantwortung beitrage, konnten nicht wirklich ausgeräumt werden, da der Begriff als eine Übergangslösung zur Institutionalisierung bezeichnet wurde und die Aufzählung von funktionierenden Governance-Modellen – z. B. die Regionalkonferenzen in NRW seit 1989 – nicht gänzlich überzeugte; zumal es „die“ regionale Governance, also ein für alle Fälle passendes Modell, nicht gebe. Es drängt sich die nachträgliche Frage auf, ob unter diesen Umständen nicht alter Wein in neue Schläuche gefüllt wird.

Von großer Bedeutung scheint eine Antwort zu sein, die im Zuge der Diskussion auf die Frage gegeben wurde, wo Grundversorgung beginne und ende. Dies sei offen zu diskutieren – was hier betont werden soll –, und man könne die Augen nicht davor verschließen, dass darunter vor allem die langfristige finanzielle Tragfähigkeit falle. Die mit dieser Antwort einhergehende Gegenfrage lautete, ob Individuen ein Recht auf Wohnen und vor allem ihren Wohnort hätten. Es sei darüber hinaus unumgänglich, sich mit dem Auseinanderdriften zwischen funktionaler und territorialer Logik auseinanderzusetzen. Dies verlange nach einer neuen Definition von Region und müsse auch das Nachdenken über kommunale Fusionen einschließen.

Arbeitsgruppe I

Kernthemen der Regionalplanung

Die Arbeitsgruppe I unter Leitung von Wiss. Dir. Dr. Hans-Jörg Domhardt, Kaiserslautern, befasste sich mit den grundlegenden Themen der Regionalplanung. Dazu gehört zum einen die Koordination. Zum anderen befindet sich die Regionalplanung im stetigen Wandel, befördert durch den ständigen Aufgabenzuwachs, der eine große Herausforderung darstellt.

Gewandelte Nutzungsansprüche und steigender Koordinationsbedarf

Das erste Impulsreferat von AbtDir. Heinz Konze, Düsseldorf, beschäftigte sich mit dem Thema „Koordination der Raumnutzungen“. Wichtig für die Koordination seien Stichworte wie Abstimmung, überfachlich und neutrale bzw. kompetente Moderation. Ein steigender Koordinationsbedarf besteht durch den stetigen Wandel der Nutzungsansprüche an den Raum, um Nutzungskonflikten vorzubeugen. Die Regionalplanung bietet hierfür einige Instrumente und Verfahren, die überörtlich, vorsorgend, langfristig und zusammenfassend die Raumnutzungen

koordinieren sollten. Zuständig seien, so der Referent, kommunale und staatliche Organisationsformen, die neutral, konfliktmindernd, vorsorgend, mittel- bis langfristig, perspektivisch und Grenzen überschreitend arbeiten müssen. Diese Instrumente können in verfahrensgebundene/verbindliche Instrumente und in verfahrensungebundene/informelle Instrumente unterschieden werden. Insbesondere die informellen Instrumente gewinnen an Bedeutung und müssten daher von den Planern noch stärker beachtet und akzeptiert werden. Weiter konstatierte Konze einen Wandel von der querschnittsorientierten Gesamtplanung hin zu der Projektplanung, in der Prozesssteuerung und Projektförderung immer wichtiger werden. In diesem Zusammenhang plädierte er für einen vielseitigen Gesamtplan und damit eine Abkehr von einer unübersichtlichen sektoralen Plänevielfalt.

Kulturlandschaft als Rettung der Freiräume

Das zweite Impulsstatement von Prof. Dr.-Ing. Catrin Schmidt, Dresden, widmete sich dem Thema Freiraumsicherung und -entwicklung, das sie in Bezug zur Kulturlandschaftsdebatte setzte. Kulturlandschaften sollten eine regionsspezifische Eigenart und einen hohen Wiedererkennungswert aufweisen und damit dem Uniformierungsprozess, der die Landschaften zu vereinheitlichen droht und diese austauschbar macht, entgegenwirken. Durch Kulturlandschaften wird die Notwendigkeit zur Freiraumsicherung legitimiert, was Aufgabe der Regionalplanung ist und ihre Rolle damit weiter stärken kann. Weiter setzte sich Schmidt mit dem Klimawandel auseinander und sprach sich für übergreifende Analysen und Gesamtkonzepte für die einzelnen Regionen aus, denn zu sehr wird die momentane Diskussion sektor- bzw. fachpolitisch dominiert. Die Rolle der Regionalplanung betrifft hier den Bereich der Risikovorsorge und regional abgestimmter Anpassungsstrategien, aber auch die Nutzungskoordination regenerativer Energien (z. B. Biomasseanbau). Eine weitere Koordinationsaufgabe stellen die unterschiedlichen umweltbezogenen Qualitätsanforderungen an den Raum dar, beispielsweise durch Hochwasserrisikomanagement, das nicht immer mit den Bewirtschaftungsplänen der Wasserrahmenrichtlinie zusammenpasst.

Innovation durch MORO

Im dritten Impulsstatement referierte Wiss. Rat Klaus Einig, Bonn, zum Thema „Flächenmanagement – oder wie Innovationen für die Regionalplanung durch Modellvorhaben erzeugt werden“. Einig entlarvte zunächst „Flächenmanagement“ als Modebegriff, der zwar viel verwendet, aber selten definiert wird. Dieser sei gleichbedeutend mit Stadt- und Regionalplanung. Laut Einig ist das regionale Flächenmanagement ein interkommunales Netzwerk von planenden Organisationen und immer mehr auch von Akteuren des Privatrechts, die rechtsverbindliche wie informelle Instrumente untereinander abgestimmt einsetzen. Dies erfordere ein Höchstmaß an Koordination. Das regionale Flächenmanagement lasse sich als zeitlich geordnete Abfolge von Prozessphasen darstellen. Dieses Phasenmodell sollte jedoch nicht als rein linear verstanden werden, da auch Rückkoppelungen und Querverbindungen eine wichtige Rolle spielen. Ein Beispiel zur Umsetzung regionalen

Flächenmanagements ist das Aktionsprogramm „MORO“ (Modellvorhaben der Raumordnung) des BMVBS und des BBR. Ziel von MORO ist es, durch regionales Flächenmanagement die Flächeninanspruchnahme in Richtung Kreislaufwirtschaft zu lenken und damit insbesondere die Erreichung des 30-ha-Ziels zu forcieren. Modellvorhaben aus der Region Stuttgart und aus Mittelthüringen ergaben, dass tradierte Verfahren und Prozessabläufe nur durch starke institutionelle Unternehmer aufgebrochen werden. Sie zeigten auch, wie instrumentelle Innovationen (z. B. Netzwerke) entstehen können, dass diese aber auch von Offenheit und Abhängigkeit der Planungskultur beeinflusst werden. Meist scheitern sie am Gesetzgeber.

Überforderte Regionalplanung?

In der sich anschließenden Diskussion kristallisierten sich als wesentliche Punkte die „Koordinationsaufgabe“ und der „Aufgabenzuwachs“ der Regionalplanung sowie die Notwendigkeit von Reformen heraus. Einigkeit unter den Diskussionsteilnehmern bestand vor allem darin, dass der stetige Aufgabenzuwachs, der u. a. durch die zunehmende Diktion aus Brüssel, aber auch durch neue Herausforderungen verursacht wird, die Regionalplanung zu überfordern droht, vor allem aufgrund mangelnder Ressourcen sowohl finanzieller als auch personeller Art. Daher habe sich Regionalplanung stärker auf bestimmte Kernbereiche zu fokussieren. Letzteres wurde jedoch mehrheitlich abgelehnt. In diesem Zusammenhang wurde der Flächennutzungsplan als redundante Arbeit zum Bauleitplan zur Disposition gestellt und kritisch hinterfragt. Das planerische Instrumentarium sei auch ohne FNP schlagkräftig, so die Meinung einiger Diskutanten. Ohnehin sei das formelle Planen eher auf dem Rückzug. Vielmehr müssen informelle Instrumente weiter gestärkt werden, die ein kooperatives Miteinander ermöglichen. Der formelle Rahmen müsse dabei aber als Druckmittel für die handelnden Akteure auf unterster Ebene bestehen bleiben. Während der Diskussion wurde immer wieder der integrative Ansatz der Regionalplanung hervorgehoben, der eine Koordination der Sektor- bzw. Fachpolitiken ermöglicht. Gerade diese Stärke muss auch gegenüber der Öffentlichkeit und der (Tages-)Politik immer wieder klagemacht und verteidigt werden.

Arbeitsgruppe II

Regionalplanung in Grensräumen

Die zweite Arbeitsgruppe unter der Moderation von VerbDir. Karl Heinz Hoffmann-Bohner, Waldshut-Tiengen, diskutierte über die Regionalplanung in Grensräumen.

Regionalplanung in der Region Syddanmark

In die Diskussion führte zunächst ein Impulsstatement von Gert Gammelgaard über die Region Syddanmark ein. Er erläuterte, dass es in Dänemark seit dem 1. Januar 2007 fünf Regionen gebe, denen u. a. Aufgaben der Regionalentwicklung und -planung übertragen worden sind. Diese haben zusammen mit der kommunalen Ebene Regionalentwicklungspläne auszuarbeiten, die eine ganzheitliche Perspektive zur Stadtentwicklung und Entwicklung ländlicher peripherer

Räume aufzeigen sollen. Die grenzüberschreitende Planung bzw. Zusammenarbeit der Planungsbehörden zwischen Syddanmark und Schleswig-Holstein finde derzeit unter dem Dach einer Partnerschaftserklärung statt. Beispielhaft für einen grenzüberschreitenden Planungsprozess benannte er die 2004 und 2005 entwickelte grenzüberschreitende Wirtschaftsentwicklungsstrategie.

Region Basel: Eine Zukunft à trois

Kantonsplaner Hans-Georg Bächtold, Liestal, lieferte einen Werkstattbericht über die Entwicklungsstrategie der Region um Basel, in der mit Frankreich, der Schweiz und Deutschland drei unterschiedliche Kulturen aufeinander treffen. Die Zusammenarbeit besteht seit der Gründung der Region Basiliensis im Jahre 1963. Seit 1995 werden unter dem Titel „Eine Zukunft zu dritt“ ein gemeinsames Konzept bearbeitet und INTERREG-Gelder für die grenzüberschreitende Raumentwicklung beantragt. 2002 wurde der Verein Trinationale Agglomeration Basel nach französischem Recht gegründet, aus ihm entstand 2007 der Eurodistrict Basel. Im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit steht die Initiierung und Durchführung von Projekten im Vordergrund, weniger die Planung übergreifender Siedlungsstrategien. Das Ziel der länderübergreifenden Zusammenarbeit besteht vor allem darin, die demokratische Beteiligung der Bevölkerung bei grenzüberschreitender Zusammenarbeit zu stärken.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit: eine besondere Herausforderung

Die anschließende Diskussion betrachtete neben den Chancen, die sich in Grenzräumen ergeben, auch die Gefahren. So wurde auf die zunehmende Divergenz im Grenzraum Sachsen, Polen, Tschechien hingewiesen, die zunehmend als Angriffsfläche seitens rechtsextremer Gruppen genutzt werde. Weiter wurde gefordert, auch bei Regionalplanung und -entwicklung im Grenzraum die ökologische Nachhaltigkeit im Blick zu haben. Es könne nicht nur darum gehen, ökonomische Kennziffern zu erfüllen. Planungen und Entwicklungsstrategien müssen sich auch an den Zielen des Natur- bzw. Umweltschutzes orientieren. Zusammenfassend brachte Hoffmann-Bohner die Regionalplanung in Grenzräumen auf die Formel, sie stelle besondere Herausforderungen, biete besondere Chancen und erfordere besondere Leidenschaft. Damit einher gehe ein Wandel des Begriffs der Regionalplanung, die sich an die neuen Herausforderungen und Probleme anpassen muss.

Arbeitsgruppe III

Politik der EU und Implikationen für die Regionalplanung

„Wir haben europäisch gesprochen ... das ist eine neue Sprache, die man wird lernen müssen.“ Mit diesem Zitat von Aristide Briand, einem der französischen Außenminister zu Beginn des 20. Jahrhunderts, kennzeichnete ORegRat Roland Wernig, Trier, die Gesamtdiskussion trefflich, die in dieser Arbeitsgruppe von MinRätin Petra Ilona Schmidt, Schwerin, moderiert wurde.

Aus Sicht der Region Trier

Am Beispiel der Region Trier verwies Wernig auf die „Scharnierfunktion“ der Regionalplanung zwischen Landesplanung und kommunaler Planung und machte gleichzeitig deutlich, dass das in Deutschland mehr oder minder gut funktionierende Prinzip des Gegenstroms für EU-Regelungen nicht zutrefte. Diese würden auf allen Ebenen unmittelbare Wirkung zeitigen und seien allenfalls durch politische Rückkoppelungen zurückzunehmen. So ergäben sich beispielsweise Implikationen durch die Trans-europäischen Netze und Europäische Metropolregionen, welche „gesetzt“ seien und zur Folge haben könnten, dass „gewisse Regionen durch die Ressourcenkonzentration auf die Netze und Knoten weiter zurückfielen“. Wichtig sei daher für die Regionalplanung u. a., Regiopolen zu bilden, ihre Netzanbindung zu verbessern und Regionale Entwicklungskonzepte bereitzuhalten.

Aus Sicht der Region Vorpommern

Dr. Carola Schmidt, Greifswald, machte anschließen deutlich, was Europa für die Regionalplanung einbringt. Auf eine Kurzformel gebracht: Stress und Geld, welches die Region in der Regel nicht – zumindest nicht in ausreichendem Maß – hat. Zustimmung ertete sie für die Aussage, dass der Blickwinkel entscheidend für Beurteilungen sei: So nehme es aus Sicht der übergeordneten Ebene der EU nicht wunder, dass Mecklenburg-Vorpommern als das „große Ausgleichsgebiet“ betrachtet werde. Aus Sicht des Landes selbst muss sich dies anders darstellen. Auch sei im Hinblick auf die EU zu bemängeln, dass „Stille-Post-Effekte“ und Interpretationsspielräume zunehmen. Hervorzuheben sei, dass Planer nicht umhin kämen, sich vor allem damit auseinanderzusetzen, nach welchen Regeln es wo und für welche Zwecke Fonds gibt.

Aus Sicht des Ballungsraums Frankfurt

Erster Beig. Jens Peter Scheller, Frankfurt/M., verdeutlichte, dass die Reduzierung staatlicher Gestaltungsmöglichkeiten, vor allem bedingt durch enger werdende finanzielle Handlungsspielräume insbesondere für die Städte und Gemeinden, die europäische Integration verstärke. Diese habe im Bereich der räumlichen Planung die Einführung neuer Verfahrensschritte zur Umwelt- und Naturschutzqualitätssicherung, zu Feinstaub, Umgebungslärm, Seveso II, zur Strategischen Umweltprüfung sowie FFH-Prüfung zur Folge. Dies seien nur einige der über die EU auf die Nationalstaaten zukommenden Herausforderungen, denen sich die Planung stellen müsse. Am Beispiel der SUP-Richtlinie von 2001 stellte Scheller dar, in welchem Maße die räumliche Planung unter Inkaufnahme eines hohen Bearbeitungsaufwands in programmiertechnischer und kartografischer Hinsicht Nutzen aus derartigen Richtlinien für die Regionalplanung ziehen könne. Die EU-rechtlichen Regelvorgaben böten eine Chance, den Naturschutz, die Landschaftspflege und die Umweltgrundlagenplanung durch moderne Instrumente in aktives Handeln umzuwandeln. Damit werde den heutigen globalen Anforderungen Rechnung getragen und die Demontage ihrer Belange gemindert.



Foto: Kenzler

v. l.: Hans Joachim Schenkstoff, Cornelia Haase-Lerch, Sabine Doht, Andreas Berkner, Dietmar Scholich, Jochen Hanisch, Klaus Kunzmann

Mit dem abschließenden Vortrag von Dr. Ulrike Assig, Potsdam, wurde an Beispielen noch einmal deutlich, welche Erfahrungen mit den INTERREG-Projekten gemacht wurden und welche strategischen Neuorientierungen und Projektideen es gibt. Sie lobte diese Programme als ebenenübergreifendes Werkzeug und vermittelte einen Eindruck davon, an welchen Themen Regionen in der nächsten Programmperiode ansetzen können. Aspekte um einen Nord-Süd-Entwicklungskorridor zählten ebenso dazu wie energiepolitische Fragen der Versorgung, Verbrauchsminderung oder Effizienzsteigerung. Darüber hinaus fanden auch Klimazonenbündnisse Erwähnung.

Diskussion

Direkt anknüpfend an das letzte Impulsstatement kam die Forderung auf, dass Regionen gut daran täten, EU-Berater zu etablieren, um die von der EU gebotenen Chancen umfassend nutzen zu können. Angesichts der Regulierungswut einerseits und der Deregulierungsbestrebungen andererseits blieb die Frage nicht aus, ob bei einem immer differenzierteren EU-Recht nationales Recht noch benötigt werde. Einige anwesende Planer stimmten dem in gewisser Hinsicht zu, da EU-Recht ihnen in manchen Belangen schon die nötige Hilfe geboten habe, solche Interessen durchzusetzen, die weniger einer kurzfristigen Gewinnmaximierung geschuldet sind. Insbesondere „ausgezehrte Fachbehörden“ müssten sich den EU-Spielregeln unterwerfen, was nicht dazu führen dürfe, dass auf der regionalplanerischen Ebene seitens der Politik nach „Extrawürsten“ gerufen werde. In jedem Fall sei der Zuwachs an Erfahrungen unschätzbar hoch, wenn man Gelegenheit habe, sich an INTERREG-Projekten zu beteiligen – auch wenn Kollegen in anderen Ländern jeweils nach anderen Regeln spielen müssen. Schließlich wurde in der Diskussion betont, dass Subsidiarität auch bedeute, dass auf der EU-Ebene bereits eine Verantwortung für räumliche Entwicklung vorhanden sein müsse, auch wenn dies in Deutschland vielfach verneint und abgelehnt werde. Wo an übergeordneter Stelle keinerlei Verantwortung liege, könne im Sinne der Subsidiarität auch nichts „nach unten“ weitergegeben werden. Diese Kompetenzdebatte müsse intensiver geführt werden. Gleichwohl sei auch vor dem Hintergrund fiskalischer Probleme langfristig eine Strategie der Abkoppelung von den Fördertöpfen notwendig.

Worin liegt die Zukunft der Regionalplanung?

Um diese Frage drehte sich die abschließende Podiumsdiskussion unter der Moderation von Prof. Dr.-Ing. Dietmar Scholich, Hannover. Es diskutierten Prof. Dr. Andreas Berkner, Leipzig, Sabine Doht, MdL, Erfurt, Dr. Cornelia Haase-Lerch, Erfurt, Prof. Jochen Hanisch, Hamburg, Prof. Dr. Klaus Kunzmann, Potsdam, und AbtDir. Hans Joachim Schenkstoff, Weimar.

Die Diskussionsrunde unterstrich die Bedeutung der Regionalplanung – einem wichtigen Pfeiler zur Verwirklichung des Prinzips der Nachhaltigkeit. Regionalplanung biete Planungssicherheit für Investoren. Was ohne eine Regionalplanung passiere, hätten eindrucksvoll die Entwicklungen im großflächigen Einzelhandel Anfang der 1990er-Jahre in den neuen Bundesländern gezeigt. Die zentrale Herausforderung, der sich die Regionalplanung in Zukunft zu stellen habe, sei die Sicherung der Daseinsvorsorge bei veränderten demographischen Bedingungen. Dazu kommen Themen wie Windenergie, Ausbau erneuerbarer Energien und Klimawandel. Zur Bewältigung all dessen spiele weiterhin die klassische Ordnungsfunktion der Regionalplanung eine Rolle. Welche Bedeutung daneben der Entwicklungsfunktion beizumessen ist, wurde indes kontrovers diskutiert. Hier gingen die Meinungen von der These, Regionalplanung sei zur Beförderung regionaler Entwicklung nicht geeignet, bis hin zu der Forderung, die Entwicklungsfunktion der Regionalplanung sei hinsichtlich ihrer Kernkompetenzen zu stärken. Deutlich wurde das Dilemma der Regionalplanung: Sie hat eine Fülle an Aufgaben mit geringen personellen und finanziellen Ressourcen zu meistern.

*Evelyn Gustedt, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 29
E-Mail: Gustedt@ARL-net.de*

*Jana Kenzler, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 43
E-Mail: Kenzler@ARL-net.de*

Pedro Campos Silva

Klaus Kröncke

Gestaltung urbaner Kulturlandschaften: Vom Fachdiskurs zur Planungspraxis

Konferenz für Planerinnen und Planer in Nordrhein-Westfalen

Rahmenthema und Ziele der Konferenz

„Kulturlandschaften“ erleben seit den 1990er-Jahren im Fachdiskurs der Raumwissenschaften eine Renaissance. Während ein Bedeutungsgewinn freiraum- und landschaftsplanerischer Aspekte schon länger festzustellen und längst in der Planungspraxis angekommen ist, spielt der Perspektivenwechsel zu einem „kulturellen Blick“ auf Raum und Landschaft erst seit kurzem eine größere Rolle.

Die Konferenz konzentrierte sich auf „urbane Landschaften“, für die mit ihrer Aufnahme als Raumkategorie in die neuen Leitbilder der Ministerkonferenz für Raumordnung ein expliziter Gestaltungsauftrag besteht. Damit soll der besonderen räumlichen Dynamik in unseren Stadtregionen, die zu neuartigen hybriden Raumtypen führt („Zwischenstadt“, „Stadtlandschaften“), Rechnung getragen werden. Besonders in diesen sub- und periurbanen Gebieten besteht ein Qualifizierungs- und Gestaltungsbedarf.

Im Vordergrund der 13. Konferenz für Planerinnen und Planer in Nordrhein-Westfalen, die am 25. Oktober 2007 gemeinsam von der Landesarbeitsgemeinschaft NRW der ARL, dem Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen (ILS) NRW sowie der Landesgruppe der DASL im Rheinischen LandesMuseum Bonn durchgeführt wurde, stand die Frage, inwiefern sich aus dem Konzept der Kulturlandschaften für die räumliche Planung neue Aufgaben ergeben und wie diese am besten zu bewältigen sind. Es galt, die Grenzen zwischen den verschiedenen Disziplinen, Planungsebenen, Verwaltungsräumen, Akteuren und Zuständigkeiten zu überwinden und zugleich Planen und Handeln zusammenzubringen, wozu vor allem integrative Ansätze benötigt werden.

Eröffnung und Einführung

Der Leiter der Landesarbeitsgemeinschaft NRW der ARL, zugleich Direktor des ILS NRW, Prof. Dr. Rainer Danielzyk, Dortmund, konnte ca. 160 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu der Veranstaltung begrüßen. Er gab einen kurzen Überblick über Sinn und Zweck solcher Konferenzen und führte in die Thematik ein. Unter Kulturlandschaft verstand er jede Art einer von Menschen gestalteten Landschaft, sei sie durch ihre Historie (mit der Gefahr der Musealisierung) oder durch ökologische, ökonomische und soziokulturelle Aktivitäten bzw. Funktionen geprägt. Besondere Bedeutung maß er den sozialen und kulturellen Determinanten sowie der je spezifischen Wahrnehmung von Landschaften und der hierdurch beeinflussten Ausbildung lokaler und regionaler

Identität bei. Hierin sei auch und gerade für die räumliche Politik und Planung ein wichtiges Potenzial zu sehen. In Anbetracht ihrer Dichte, Heterogenität, Entwicklungs- und Umstrukturierungsdynamik sowie der hohen Intensität von Nutzungskonflikten zeichneten sich gerade urbane Kulturlandschaften durch einen besonderen Planungs-, Gestaltungs- und Regulationsbedarf aus. Anschließend richtete Dipl.-Ing. Leonore Wolters-Krebs, Coesfeld, von der Landesgruppe NRW der DASL ein Grußwort an die Tagungsteilnehmer/innen.

Urbane Kulturlandschaften – Planerischer Mehrwert?

Im ersten Grundsatzvortrag behandelte Prof. Dr. Winfried Schenk vom Geographischen Institut der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn das Thema „Bringt es einen planerischen Mehrwert, Stadtregionen als Kulturlandschaften zu verstehen? Zwischenbilanz eines Fachdiskurses“. In Anlehnung an den Architekturkritiker Werner Mitsch, der „Gegenden ohne Landschaft“ „Städte“ nannte, griff er einleitend die insbesondere im deutschen Sprachraum weit verbreitete Vorstellung von Landschaft als nichtstädtischem Raum auf. Daher seien Bilder, in denen die Stadt die Landschaft „frisst“, nach wie vor weithin akzeptiert. Von Bedeutung sei es zudem, dass die aktuellen Tendenzen der Raumentwicklung, die oftmals als Verluste erlebt würden (Inanspruchnahme, Zersiedelung, Zerschneidung, Verlärmung von Flächen, Rückgang der Artenvielfalt usw.), zu Ängsten um die Zukunft(sfähigkeit) der Kulturlandschaften bzw. zu gravierenden Einbußen



Foto: ILS NRW

v. l.: Rainer Danielzyk, Winfried Schenk, Catrin Schmidt

beim raumgebundenen kulturellen Erbe (cultural heritage, siehe auch das EUREK) führen. Derartige Wahrnehmungen und Deutungen bildeten den gesellschaftlichen Hintergrund für die seit Anfang der 1990er-Jahre wachsende Konjunktur des Begriffs „Kulturlandschaft“ in der räumlichen Planung (siehe etwa „gewachsene Kulturlandschaft“ im Grundsatz 13 des § 2 Abs. 2 ROG).



Foto: ILS NRW

Podium

Einen – durch die planungsbezogene Betrachtungsweise forcierten – Paradigmenwechsel stellt, so Schenk, die Anwendung des Kulturlandschaftsbegriffs und -konzepts auf suburbane Räume und ganze Stadtregionen dar. Diese Thematik untersucht insbesondere der von ihm geleitete ARL-Arbeitskreis „Suburbane Räume als Kulturlandschaften“. Ausgangspunkt der Untersuchungen seien drei Eigenschaften, die Kulturlandschaften in der Regel zugewiesen werden, nämlich Historizität, gestalterische Qualität und Möglichkeiten der Planung räumlicher Dynamik. Die Verwendung von Kulturlandschaftskonzepten auch für sub- und periurbane Räume könne helfen, folgende Ziele der Raumentwicklung zu erreichen:

- Die Gestaltung des suburbanen Raumes dürfe kein Zufallsprodukt sein und nicht dem Recht des Stärkeren unterworfen werden.
- Der öffentliche, demokratisch legitimierte Anspruch zur Gestaltung der Kulturlandschaft dürfe nicht aufgegeben werden – auch wenn die Durchsetzung dieses Anspruchs angesichts der Deregulierungs- und Entstaatlichungstendenzen immer schwieriger werde.
- Die Raumordnung verkörpere die öffentlichen Gestaltungsmöglichkeiten und könne diese rechtsverbindlich durchsetzen. Deshalb sei sie ein geeignetes Instrument für die Gestaltung der Kulturlandschaft im suburbanen Raum.

Kulturlandschaftlicher Gestaltungsauftrag

Im Mittelpunkt des zweiten Grundsatzreferates von Prof. Dr.-Ing. Catrin Schmidt, TU Dresden, stand die Frage: „Was ergibt sich aus dem ‚kulturlandschaftlichen Gestaltungsauftrag‘ für die Planungspraxis?“ Eingangs wurde betont, dass sich der Begriff Kulturlandschaft vor allem deshalb zunehmender Beliebtheit erfreue, weil er so vielfältig interpretierbar sei. Da die kulturelle Qualität vieler Landschaften durch zahlreiche Beeinträchtigungen gekennzeichnet sei, müsse umso intensiver über die erstrebenswerte Kultur von Landschaften nachgedacht und diskutiert werden.

Die Referentin tat dies anhand von mehreren handlungsorientierten Thesen, von denen hier vier in gekürzter Form wiedergegeben werden:

- In urbanen Räumen sei eine Wiederbelebung von Bezügen zur umgebenden Landschaft anzustreben: Der Bezug urbaner und suburbaner Räume zur umgebenden Landschaft habe sich sowohl gestalterisch als auch im Selbstverständnis gelockert bis aufgelöst. Urbane Räume definierten sich vielfach aus sich selbst heraus; dabei

könne gerade aus der bewussteren Bezugnahme zur umgebenden Landschaft Eigenart erwachsen.

- Insbesondere in suburbanen Räumen würden mehr Gestaltungsformen mit Spezifik und Wiedererkennungswert benötigt: Jede Landschaft sei letztlich Spiegelbild der Gesellschaft. Daher stelle sich die Grundfrage, ob wir, die gespiegelt werden, tatsächlich so ubiquitär sind wie manche suburbanen Räume? Warum sollten also nicht auch suburbane Räume über spezifische Gestaltmerkmale und eine besondere Gestaltqualität verfügen können?
- Zudem sei ein stärkerer regionaler Blick notwendig: Urbane Kulturlandschaften seien schon seit langem mehr als einzelne Städte. Die Gestaltung urbaner Kulturlandschaften müsse deshalb im architektonisch-freiraumplanerischen Detail beginnen, aber weit darüber hinaus gehen. Erforderlich seien ein regionaler Blick, regionale Konzepte und regionale Kooperationen.
- Nötig seien schließlich auch Zeitoasen – Orte der Konstanz: Kulturlandschaftswandel brauche Zeit, um verarbeitet zu werden. Veränderte Gestaltungsformen erforderten Gewöhnungszeit. Diese Zeit sei bei der gegenwärtigen Geschwindigkeit kultureller Überprägungen kaum noch gegeben. Hinzu komme die Zunahme der Geschwindigkeit, mit der Bewegungen durch Kulturlandschaften stattfinden, wodurch nur ein Bruchteil von Landschaft wahrgenommen werden könne – eben Zeitalandschaften. Aus beiden Aspekten resultiere der Bedarf nach Zeitoasen, also Landschaftsteilen, die über eine hohe Nutzungs- und Gestaltungskontinuität verfügten und in denen bewusst reduzierte Geschwindigkeiten angestrebt werden sollten, um wieder vermehrt eine intensivere Wahrnehmung (Kontemplation) zu ermöglichen.

Die mit diesen Thesen verbundenen kulturlandschaftlichen und planerischen Gestaltungschancen wurden anhand verschiedener Projektbeispiele vor allem aus Thüringen und Sachsen konkretisiert und anschaulich dargestellt.

Podiumsdiskussion und Arbeitsgruppen

Im Anschluss an die von Prof. Dr.-Ing. Jörg Dettmar, TU Darmstadt, moderierte Podiumsdiskussion „Kulturlandschaften in Stadtregionen – eine integrative Aufgabe der Landespolitik“ mit namhaften Vertreter/innen aus der Planungswissenschaft, -praxis und -verwaltung wurde die Thematik der Tagung in drei Arbeitsgruppen, an deren Beginn jeweils zwei Kurzreferate standen, vertieft behandelt. Die

Arbeitsgruppen ergaben sich aus den drei Hauptaufgaben der Gestaltung von Kulturlandschaften: Bestandsaufnahme, Planung und Vermittlung:

Arbeitsgruppe 1: Urbane Kulturlandschaften lesen und interpretieren

Moderation: Dr.-Ing. Irene Wiese von Ofen, Beigeordnete für „Planung, Bau und Boden“ der Stadt Essen a. D.; Präsidentin des Internationalen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung

Einführung in die Thematik: Prof. Kunibert Wachten, Lehrstuhl und Institut für Städtebau und Landesplanung an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen

Praxisbeispiel: Kulturlandschaften als Thema der Raumplanung in Luxemburg
Andrea Hartz, Planungsgruppe agl, Saarbrücken, und Philippe Peters, Ministère de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire, Luxembourg

Maya Kohte, Präsidentin des Forums Landschaft; Institut für Landschaftsarchitektur der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich

Arbeitsgruppe 3: Urbane Kulturlandschaften managen und inszenieren

Moderation: Friedrich Wolters, Wolters Partner Architekten BDA und Stadtplaner, Coesfeld

Einführung in die Thematik: Gast-Prof. Dr. Stefanie Krebs, Fachbereich Architektur, Stadtplanung, Landschaftsplanung der Universität Kassel

Praxisbeispiel: REGIONALE 2010 / Zukunft gemeinsam gestalten – das Kulturlandschaftsnetzwerk der Region Köln/Bonn
Dr. Reimar Molitor, Geschäftsführer der Regionale 2010 Agentur, Köln



Foto: ILS NRW

Teilnehmer

Arbeitsgruppe 2: Urbane Kulturlandschaften planen und gestalten

Moderation: Prof. Christl Drey, Fachgebiet Städtebau der Universität Kassel

Einführung in die Thematik: Dr. Fabian Dosch, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

Praxisbeispiel: Landschaftsarchitektur für die Agglomeration des Zürcher Glattals

Im Anschluss an die Veranstaltung bestand die von zahlreichen Tagungsteilnehmer/innen genutzte Möglichkeit, entweder an der Exkursion ZWISCHENSTADTLAND in die urbane Kulturlandschaft zwischen Bonn und Wesseling (in Zusammenarbeit mit der Montag Stiftung Urbane Räume gAG, Bonn, Exkursionsleitung: Prof. Dr. Gerd Schulte, Münster) oder an einem Rundgang durch die Abteilung „Von der Uurlandschaft zur Stadtlandschaft“ des Rheinischen LandesMuseums Bonn teilzunehmen.

Gerd Tönnies, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 23
E-Mail: Toennies@ARL-net.de

Infrastrukturkosten in Zeiten des Bevölkerungsrückgangs

Fragen der Infrastruktur stehen zunehmend im Interesse. Eine sinkende Zahl von Einwohnern führt heute bereits an vielen Orten zu einer Unterauslastung von Infrastruktur bis hin zur Schließung, soweit dies technisch möglich ist (am ehesten bei sozialer Infrastruktur). Dort, wo dies nicht möglich ist (vielfach bei technischer Infrastruktur), steigen zum einen die Kosten pro Einwohner. Zum anderen entstehen teilweise noch zusätzliche Kosten, um technisch erforderliche Minimalauslastungen nicht zu unterschreiten (z. B. beim Abwasser). Daneben neigt sich gleichzeitig in erheblichen Infrastrukturbereichen der Produktlebenszyklus seinem natürlichen Ende zu (insbesondere bei unterirdischen Anlagen). Diese Gemengelage an Problemen hat auch in der jüngeren Vergangenheit mehrfach Anlass für ARL-Arbeiten gegeben. So stand nun im Rahmen einer Gemeinschaftsveranstaltung von ARL, BBR und Bezirksregierung Düsseldorf das Thema „Kosten der Infrastruktur in Zeiten des Bevölkerungsrückgangs“ auf der Agenda einer Fachtagung am 19. Oktober 2007 in Düsseldorf.

Nach der Begrüßung durch Abteilungsdirektor Dipl.-Ökon. Heinz Konze, Bezirksregierung Düsseldorf, der die kommunale Seite des Themas besonders hervorhob, stellte Dipl.-Ing. Klaus Einig, BBR, die „Infrastrukturkosten des Bevölkerungsrückgangs in der wissenschaftlichen Politikberatung“ dar. Er wies auf den trotz stagnierender bzw. sinkender Bevölkerungszahlen anhaltenden Flächenverbrauch hin und veranschaulichte damit die sinkende Siedlungsdichte, aus der sich tendenziell steigende Infrastrukturkosten pro Einwohner ergeben. Das Problem wird seit einiger Zeit in der Politik wahrgenommen, wobei gleichzeitig viele Städte u. a. auf eine Renaissance von Stadtentwicklung hoffen. So ergibt sich insgesamt ein mehr oder weniger erheblicher Beratungsbedarf, der durch eine Reihe von Aktivitäten und namhafte Förderprogramme abgedeckt wird. Einig skizzierte die entsprechenden Vorhaben wissenschaftlich orientierter Politikberatung auf der Ebene des Bundes (zwei Ministerien und drei Ämter), der Länder sowie durch regionale und kommunale Akteure.

An diesen Überblick über eher spezifische Kosten von Infrastruktur schloss sich zunächst eine eingehende Beleuchtung der kommunalen Ebene an. Dr. Jörg Pohlen von der HafenCity Universität Hamburg referierte über „Remanenzkosten des Bevölkerungsrückgangs für kommunale Haushalte“. Grundlage bildete eine aktuelle Untersuchung von Kommunen in Brandenburg in den Jahren 1997–2004. Pohlen verdeutlichte an einer Reihe von Beispielen das erhebliche Maß an relativer Kostensteigerung, das mit dem Bevölkerungsrückgang einhergeht (vor allem bei der technischen Infrastruktur). Interessant war, dass trotz ansonsten grundsätzlicher Unterschiede zu westdeutschen Kommunen im Hinblick auf die Remanenzkosten im Einzelfall durchaus ähnliche Größenordnungen zu beobachten sind, denkt man beispielsweise an die Untersuchungen von Junkernheinrich in Nordrhein-Westfalen (vgl. NACHRICHTEN 2/06, S. 31).

Die besondere Rolle von kommunalen Unternehmen beleuchtete Nikolaus Richter vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie mit seinem Vortrag „Kostenaspekte von Daseinsvorsorgeleistungen und kommunale Unternehmen“. Er wies darauf hin, dass ca. 50% der kommunalen Daseinsvorsorge *nicht* durch die Kernverwaltung getätigt wird, sondern durch städtische Unternehmen. Im Zuge der Liberalisierung sind derzeit in erheblichem Maß Umgründungen (z. B. in GmbHs o. Ä.) zu beobachten, um sich z. B. auch an den vorgeschriebenen Ausschreibungen beteiligen zu können. Auf diese Weise ergeben sich nach seinen Beobachtungen für die Kommune sogar noch gewisse Einsparpotenziale ohne Qualitätsverluste, solange der Prozess des Rückgangs einigermaßen kontinuierlich und in nicht zu starkem Tempo erfolgt.

Andrea Dittrich-Westner und Frank Osterhage vom ILS (Dortmund) stellten aktuelle Ergebnisse einer Arbeit über „Neue Wohngebiete im Kostenvergleich“ vor. Dabei handelt es sich um ein Einzelvorhaben im Rahmen des LEAN²-Projektes (BMBF-Förderung). Ausgehend von einem schematischen Vergleich unterschiedlicher Potenzialflächen wurden Möglichkeiten einer Nutzen-Kosten-Bilanzierung diskutiert, wobei insbesondere kostenseitig eingehend die denkbaren Varianten dargestellt und insbesondere auch der planerische Anteil an Kostenvorläufen herausgestellt wurde. Die Ergebnisse sind anhand von Beispielgemeinden aus Nordrhein-Westfalen erarbeitet worden.

Ein Modell regionaler Infrastrukturkostenrechnung stellt Prof. Dr. Stefan Siedentop, Stuttgart, vor. Es basiert auf einem gemeinsamen Forschungsprojekt des IÖR, des Lehrstuhls Stadttechnik der BTU Cottbus und des Büros Gertz Gutsche Rümenapp, Hamburg. Darin wird unterschieden zwischen sozialer und technischer Infrastruktur. Das Modell erlaubt, die Jahreskosten „normgerechter“ Infrastruktur bei unterschiedlichen Zuständen der Systeme zu berechnen. Die Methode bestätigt die höhere Anpassungsfähigkeit von sozialer Infrastruktur sowie den Remanenzeffekt bei technischen Systemen und erlaubt unter Berücksichtigung unterschiedlicher Gemeindetypen eine Abschätzung von Infrastrukturfolgekosten bei gegebener Siedlungsentwicklung.

Über „Anpassungsszenarien sozialer Infrastrukturen im regionalen Vergleich“ referierte Dr. Jens-Martin Gutsche, Hamburg. Grundlage bildete ein noch laufendes Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) in den Landkreisen Dithmarschen und Steinburg (Schleswig-Holstein), dem Gebiet des Regionalen Planungsverbandes Mecklenburgische Seenplatte und demjenigen der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming (südwestlich von Berlin). Dabei werden Bildungseinrichtungen von der Vorschule über alle Stufen bis zum Abitur sowie der ÖPNV und Einrichtungen der Pflege untersucht. Bei eingehender Beteiligung von Betroffenen vor Ort werden Szenarien für die künftige Entwicklung entwickelt.

Inwieweit die Kosten infrastruktureller Versorgung generell ein Thema für die Raumordnung sind, reflektierte Dr. Dirk Vallée, Stuttgart. Er verwies zunächst einmal auf die einschlägigen gesetzlichen Grundlagen. Darüber hinaus skizzierte er im Einzelnen die Erfordernisse einer nachhaltigen Raumentwicklung und die Sorge für deren infrastrukturelle Voraussetzungen, die angemessen und kostengünstig im Raum langfristig bereitzustellen sind.

Prof. Dr.-Ing. Dietmar Scholich, Hannover, brachte schließlich im Schlusswort die Freude der Veranstalter über

die gelungene Tagung zum Ausdruck und dankte allen Anwesenden. Dabei verwies er auch auf die noch laufenden Untersuchungen des Arbeitskreises „Zukunftsfähige Infrastruktur und Raumentwicklung – Handlungserfordernisse für Ver- und Entsorgungssysteme“, über den hier schon mehrfach berichtet wurde. Die Vorträge der Tagung sind auf der Website der ARL (www.ARL-net.de) unter „Veranstaltungen/Rückblick“ und auf den Websites der beiden Mitveranstalter einsehbar.

Burkhard Lange

Evaluation und Controlling in der Raumplanung – Hinterfragen nicht erwünscht?

Zu diesem Thema fand am 10. September 2007 in Zürich erneut ein Treffen im Rahmen der schon traditionellen deutsch-schweizerischen Kooperation statt, auf dem methodische, definitorische und umsetzungsorientierte Aspekte diskutiert wurden. Beteiligt waren: Kantonsplaner Hans-Georg Bächtold, Kanton Baselland, Liestal (CH); Direktor Lukas Bühlmann, VLP-ASPAN, Bern (CH); Prof. Dr. René Frey, Universität Basel (CH); Kantonsplaner Dr. Christian Gabathuler, Kanton Zürich (CH); Dr.-Ing. Evelyn Gustedt, ARL Hannover; Verbandsdirektor Karl Heinz Hoffmann-Bohner, Regionalverband Hochrhein-Bodensee, Waldshut-Tiengen; Prof. Dr. Christian Jacoby, Universität der Bundeswehr München; Prof. Dr. Heinrich Mäding, Präsident der ARL, Berlin; Prof. Dr.-Ing. Dietmar Scholich, Generalsekretär der ARL, Hannover; Prof. Dr. Bernd Scholl, ETH Zürich (CH); Dr. Peter Stock, Planungsverband Ballungsraum Frankfurt / Rhein-Main, Frankfurt; Daniel Wachter, ARE, Bern (CH); Vizedirektor Fritz Wegelin, ARE, Bern (CH); Prof. Dr. Barbara Zibell, VLP-ASPAN, Zürich (CH).

Schon seit der Etablierung räumlicher Planung in den 1960er-Jahren hat es aus unterschiedlichen Gründen Versuche gegeben, Evaluierung und Controlling als Teil eines ganzheitlichen Planungsprozesses festzuschreiben. Vieles davon muss heute als gescheitert betrachtet werden, so z. B. die umfassenden Ziel-/Indikatorensysteme, die durch die Umweltplanung Ende der 1980er-Jahre wieder auflebten. Diverse Förderinstrumente wie die Strukturpolitik der EU, die Umsetzung des Leitbilds nachhaltiger Raumentwicklung – hier vor allem Flächenmanagement –, aber auch neuere Regelungstatbestände (SUP-, FFH-RL) und Prozesse der Verhaltensmodernisierung forderten und fordern Wissenschaftler, Planer und Politiker dazu heraus, Mechanismen für Evaluierung und Controlling zu entwickeln und einzusetzen.

Obwohl damit planerische Frühwarnsysteme zur Ableitung von Korrekturmaßnahmen geschaffen werden, muss auch heute festgestellt werden, dass diesen noch immer mit Skepsis begegnet wird. Systeminhärente Probleme, die eine solche Skepsis bis hin zur Ablehnung nähren, lassen

sich offenbar auf die Formel reduzieren: Hinterfragen nicht erwünscht!

Vielleicht ist es diese Erkenntnis, die ursächlich ist für eine Methodenentwicklung, welche seit einiger Zeit eher teilträumlich und problembezogen erfolgt.

Trotz der immer wieder aufflackernden Forderungen nach klaren Bilanzierungsmechanismen und des zunehmend erfolgten Rückgriffs auf unternehmerische Prozessstrukturen kann sich die Übernahme von Instrumenten und Strukturen in der räumlichen Planung eher als problematisch erweisen. Im Gegensatz zu den hierarchisch entscheidenden Wirtschaftsunternehmen ist die räumliche Planung Teil eines komplexen Verhandlungssystems, welches seinen Ausgangspunkt bereits im „hauseigenen“ Abwägungsprozess hat.

Nicht zuletzt mangelt es an hinreichend genauen Datengrundlagen, die einen Vorher-/Nachher-Vergleich möglich machen. Auf europäischer Ebene ist dies eindrücklich durch die ESPON-Studien deutlich geworden.

Gerade weil die Komplexität von Evaluation und Controlling sich auch künftig nur bedingt reduzieren lassen wird, verhält es sich mit ihr wohl wie mit dem berühmten Apfelbäumchen des Martin Luther – also, pflanzen Sie mit! Und wenn es Sie interessiert, was die beteiligten Kolleginnen und Kollegen in diesem Zusammenhang beim Treffen in Zürich „gepflanzt“ haben, dann besuchen Sie unsere Website (www.ARL-net.de).

Evelyn Gustedt, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 29
E-Mail: Gustedt@ARL-net.de

„Die Metropolregion lebt“

1. Preis für sehenswerte Online-Bilderserie auf n-tv.de beim Journalistenwettbewerb 2007 der ARL

Nona Schulte-Römer ist beim diesjährigen Journalistenwettbewerb der ARL mit dem ersten Preis ausgezeichnet worden. Der Wettbewerb fand anlässlich der Wissenschaftlichen Plenarsitzung der ARL zum Thema „Metropolregionen und Territoriale Kohäsion“ am 14. und 15. Juni 2007 in Hamburg statt (siehe NACHRICHTEN 3/2007, S. 28 ff.)



Nona Schulte-Römer

In ihrer auf (<http://www.n-tv.de/828540.html>) n-tv.de veröffentlichten Online-Bilderserie „Die Metropolregion lebt“ gelingt es Nona Schulte-Römer eindrucksvoll, die inhaltlichen Schwerpunkte der Veranstaltung plastisch und gut verständlich darzustellen und gleichzeitig kritisch zu diskutieren. Das Ziel des Wettbewerbs, das Tagungsthema einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln, wird durch die Arbeit

voll erreicht. Die unabhängige Jury würdigte insbesondere das gelungene Zusammenspiel von Text und Bild sowie den hohen und gleichzeitig geschickt ironisch gebrochenen Informationsgehalt des Beitrags – trotz der dem Format geschuldeten Kürze der Texte. Der Preis ist mit 1.000,- Euro dotiert. Der prämierte Beitrag ist über die Internet-Seite der ARL (Veranstaltungen/Rückblick) oder direkt unter www.n-tv.de/828540.html zugänglich.

Nona Schulte-Römer hat in Berlin Theater-, Politik- und Kulturwissenschaften studiert. Während des Studiums war sie an der Organisation, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit mehrerer Festivals für Theater, Performance und Comedy in Berlin, London und Edinburgh beteiligt. Seit Anfang 2006 ist sie Redaktionsmitglied des freien Onlinemagazins */e-politik.de/*. Seit Juli 2007 arbeitet Nona Schulte-Römer als Assistentin der Redaktion von n-tv.de.

Mit Raumplanung beschäftigte sie sich aus theaterwissenschaftlicher Sicht im Rahmen ihrer Magisterarbeit über das Leben und Werk des Londoner Architekten Sir John Soane (1753–1837).

Jurymitglieder des Journalistenwettbewerbs 2007 waren Ute Christina Bauer (Pressebüro Transit, Berlin), Rainer Frenkel (DIE ZEIT, Hamburg), Eckhard Jacobs (Pressesprecher der Metropolregion Hamburg, Kiel), Christian Holl (frei04 publizistik, Stuttgart) und Katrin Voermanek (Berlin).

Ermöglicht wurde der Wettbewerb durch die Unterstützung des Förderkreises für Raum- und Umweltforschung (FRU), der HypoVereinsbank, der Landesbausparkasse Hamburg sowie des Lenkungsausschusses der Metropolregion Hamburg. Den Sponsoren sei auch von dieser Stelle aus nochmals gedankt.

Gerhard Overbeck, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 22
E-Mail: Overbeck@ARL-net.de

Ankündigung Junges Forum 2008 Raum und Innovation

Das Junge Forum trifft sich vom 21. bis 23. Mai 2008 in Berlin, um über das Thema „Raum und Innovation“ zu diskutieren. Damit greift das Junge Forum ein hochaktuelles Thema auf, das auch in der Lissabon-Strategie der europäischen Staats- und Regierungschefs als primäres Handlungsfeld benannt wurde: die Förderung von Innovationen.

Die Tagung des Jungen Forums hat das Ziel, die Bedeutung neuer Ideen für den Raum hinsichtlich ökonomischer Aspekte, aber auch im Hinblick auf soziale, ökologische, kulturelle und planerische Gesichtspunkte zu untersuchen. Die Rahmenbedingungen und Wirkungen von Innovationen werden in vier Arbeitsgruppen bearbeitet:

AG 1: Eine Landkarte der Innovation?

Hierbei soll zunächst der Frage nachgegangen werden, ob Innovationen messbar sind. Darüber hinaus sollen Merkmale und räumliche Differenzierungen von Innovationen behandelt werden.

AG 2: Innovationskontexte bestimmen

Diese Arbeitsgruppe soll sich der Entstehung von Innovationen widmen. Was bedingt Innovationen? Wie kann „Erneuerung“ als regionale Strategie konzipiert werden?

AG 3: Innovative Instrumente – konservative Ergebnisse?

In dieser Arbeitsgruppe geht es darum zu erfassen, was Planung innovativ macht. Doch führen innovative Planungsprozesse und -instrumente auch zu innovativen Raumstrukturen und -nutzungen?

AG 4: Der räumliche Fußabdruck von Innovationen

Welche Wirkungen haben Neuerungen im Raum? Die vierte Arbeitsgruppe soll der Frage nachgehen, wie sich Innovationen raum-zeitlich verankern und welche Dynamiken als Ergebnis von Innovationen entstehen können.

Das Treffen ermöglicht es den Mitgliedern des Jungen Forums, ihre Arbeiten vorzustellen. Die Arbeitsgruppen und Abendveranstaltungen bieten zudem vielfältige Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch.

In diesen Tagen wird der Call for Papers für die Veranstaltung an die Mitglieder des Jungen Forums versandt. Das Programm wird vermutlich im März 2008 feststehen. Vor Ort bilden rund zehn Mitglieder des Jungen Forums das Vorbereitungsteam. Die Koordination für Unterkunft und Catering übernimmt Knut Henkel, für das Kulturprogramm Nils Scheffler, für das Sponsoring Carolin Schulz und für die Inhalte Thomas Zimmermann. Die Gesamtkoordination obliegt seit Kurzem Judith Utz, nachdem Heiko Pult dieses „Amt“ aus beruflichen Gründen abgeben musste.

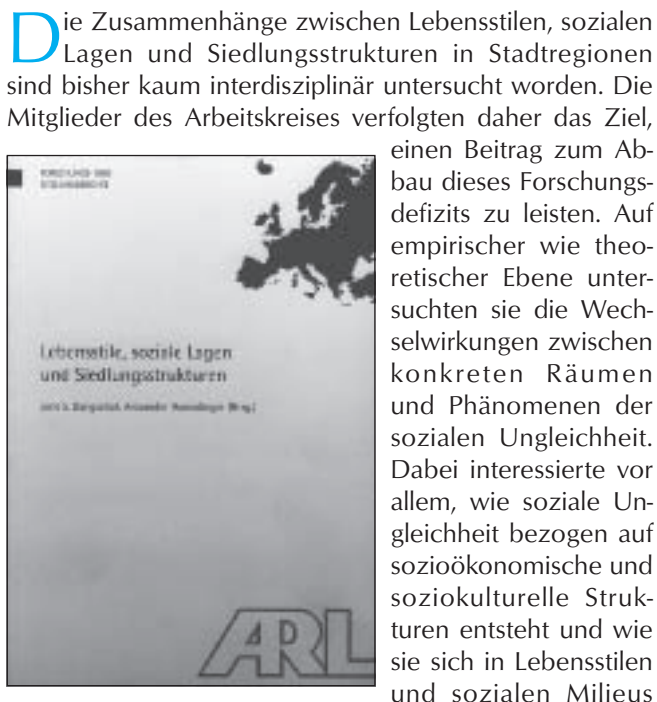
Bereits heute möchten wir herzlich zur Teilnahme und Mitwirkung am Jungen Forum 2008 einladen!

Andreas Klee, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 39
E-Mail: Klee@ARL-net.de

Lebensstile, soziale Lagen und Siedlungsstrukturen

Jens S. Dangschat,
Alexander Hamedinger (Hrsg.)

Forschungs- und Sitzungsberichte
der Akademie für Raumforschung und Landesplanung
Hannover 2007, Bd. 230, 248 S., m. farb. Abb.
ISBN: 978-3-88838-059-4



Die Zusammenhänge zwischen Lebensstilen, sozialen Lagen und Siedlungsstrukturen in Stadtregionen sind bisher kaum interdisziplinär untersucht worden. Die Mitglieder des Arbeitskreises verfolgten daher das Ziel, einen Beitrag zum Abbau dieses Forschungsdefizits zu leisten. Auf empirischer wie theoretischer Ebene untersuchten sie die Wechselwirkungen zwischen konkreten Räumen und Phänomenen der sozialen Ungleichheit. Dabei interessierte vor allem, wie soziale Ungleichheit bezogen auf sozioökonomische und soziokulturelle Strukturen entsteht und wie sie sich in Lebensstilen und sozialen Milieus

niederschlägt und weiterentwickelt. Eine zentrale Frage war darauf gerichtet, inwieweit sich soziale Ungleichheit in Stadtvierteln „spiegelt“ und inwiefern Stadträume das Verhalten unterschiedlicher sozialer Gruppen prägen.

Jens S. Dangschat, Alexander Hamedinger	Vorwort
I	Theoretische Fragestellungen zum Zusammenhang zwischen Siedlungsstrukturen und sozial konstruiertem Raum
Jens S. Dangschat, Alexander Hamedinger	Lebensstile, soziale Lagen und Siedlungsstrukturen – Einführung
Jens S. Dangschat	Soziale Ungleichheit, gesellschaftlicher Raum und Segregation
Elisabeth Holzinger	Raum verloren, Räume gewonnen – Veränderungstendenzen der räumlichen Organisation der Gesellschaft

II Soziale Lagen, Lebensstile und Raum – empirische Ergebnisse

Martin Kronauer	Quartiere der Armen: Hilfe gegen soziale Ausgrenzung oder zusätzliche Benachteiligung?
Heiko Geiling	Probleme sozialer Integration, Identität und Machtverhältnisse in einer Großwohnsiedlung
Dieter Läßle, Gerd Walter	Stadtquartiere und gesellschaftliche Integrationsmuster
Susanne Eder Sandtner, Rita Schneider-Sliwa	Neue Gesellschaftsformen und ihre residenziellen Verteilungsmuster am Beispiel von Basel-Stadt
Hartmut Häußermann	Segregation – Partizipation – Gentrifikation. Zur Bedeutung von kulturellem Kapital in der Stadterneuerung
Annette Spellerberg	Lebensstile im sozialräumlichen Kontext: Wohnlagen und Wunschlagen

III Resümee: Herausforderungen für Politik und Stadtplanung

Jens S. Dangschat, Alexander Hamedinger	Sozial differenzierte Räume – Erkenntnisinteresse, Problemlagen und Steuerung
---	---

Kurzfassungen / Abstracts



Monitoring in der Raumordnung

Beispiele für Ansätze zur Überwachung der Umweltauswirkungen bei der Plandurchführung aus Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland

Theophil Weick, Christian Jacoby,
Stefan M. Germer (Hrsg.)

Arbeitsmaterial
der Akademie für Raumforschung und Landesplanung
Hannover 2007, Nr. 336, 94 S.
ISBN: 978-3-88838-336-6

Das vorliegende Arbeitsmaterial der ARL befasst sich im engeren Sinne mit Ansätzen zur Überwachung der Umweltauswirkungen bei der Plandurchführung an Beispielen aus Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland. Nach einer systematischen Darstellung von Gegenstand, Zielen und Voraussetzungen des Monitorings werden Anforde-

rungen an die planungspraktische Umsetzung formuliert. Zwei Erkenntnisse sind dabei von entscheidender Bedeutung: zum einen, dass es sich bei „Durchführung“ schwerpunktmäßig immer um Verwirklichung im nachfolgenden



Verwaltungshandeln geht, zum anderen, dass Voraussetzung für das Ergreifen von Überwachungsmaßnahmen stets die Annahme einer nachweisbaren Kausalität zwischen beobachtbaren Umweltveränderungen und den Planfestlegungen ist. Ausgehend hiervon werden mögliche Ansatzpunkte für ein Monitoring in den untersuchten Ländern dargestellt und hinsichtlich ihres Relevanzgrades für die Nutzung in der räumlichen Gesamtplanung bewertet. Schließlich werden erste Überlegungen zur Integration von Monitoringansätzen in Evaluierungskonzepte als Grundlage von Planfortschreibungen skizziert.

Verwaltungshandeln geht, zum anderen, dass Voraussetzung für das Ergreifen von Überwachungsmaßnahmen stets die Annahme einer nachweisbaren Kausalität zwischen beobachtbaren Umweltveränderungen und den Planfestlegungen ist. Ausgehend hiervon werden mögliche Ansatzpunkte für ein Monitoring in den untersuchten Ländern dargestellt und hinsichtlich ihres Relevanzgrades für die Nutzung in der räumlichen Gesamtplanung bewertet. Schließlich werden erste Überlegungen zur Integration von Monitoringansätzen in Evaluierungskonzepte als Grundlage von Planfortschreibungen skizziert.

<i>Theophil Weick</i> <i>Christian Jacoby</i> <i>Stefan Germer</i>	1	Einführung
	2	Aufgabe und Funktion
<i>Christian Jacoby</i>	2.1	Aufgabe und Funktion eines Monitorings im Prozess räumlicher Planung
	2.1.1	Begriff Monitoring
	2.1.2	Abgrenzung des Begriffs Monitoring von dem Begriff Controlling
	2.1.3	Vorhandene Monitoring-Systeme
	2.1.4	Neue Monitoring-Aufgaben durch die SUP-Richtlinie von 2001
	2.1.5	Weitergehende Ansätze eines Monitorings in der Raumplanung
<i>Christian Jacoby</i> <i>Dennis Graf</i>	2.2	Rechtliche Anforderungen
	2.2.1	Zusammenstellung der Vorschriften zum Monitoring bei der Durchführung der Pläne und Programme der Raumordnung
	2.2.2	Selektion der relevanten Vorschriften und deren Verhältnis zueinander

	2.2.3	Anforderungen im Einzelnen
	2.2.4	Ausgestaltung der Monitoringverpflichtung durch den Landesgesetzgeber
	2.2.5	Zusammenfassung
<i>Theophil Weick</i>	2.3	Planungspraktische Umsetzung
	1.1.1	Prüfung der Umweltauswirkungen als Baustein einer prozessintegrierten Vermeidungsstrategie
	2.3.2	Monitoring als Instrument zur Überwachung der Plandurchführung
	2.3.3	Monitoring als integraler Teil der Planevaluierung
	3	Zusammenstellung ausgewählter Überlegungen und Ansätze zum Monitoring ...
<i>Ivo Gerhards</i>	3.1	... in Hessen
<i>Stefan Germer</i>	3.2	... in Rheinland-Pfalz
<i>Brigitte Jülch-Schumann</i> <i>Joachim Gerstner</i>	3.3	... im Saarland
<i>Stefan Germer</i>	3.4	Relevanzgrad der dargestellten Ansätze für die räumliche Gesamtplanung
	4	Schlussfolgerungen und Empfehlungen
<i>Ivo Gerhards</i>	4.1	... aus Sicht der Regionalplanung Mittelhessen
<i>Stefan Germer</i>	4.2	... aus Sicht der Regionalplanung Westpfalz
<i>Brigitte Jülch-Schumann</i> <i>Joachim Gerstner</i>	4.3	... aus Sicht der saarländischen Landesplanung
<i>Kirsten Schröder</i>	4.4	... aus Sicht der Regionalen Flächennutzungsplanung für das Gebiet des Planungsverbandes Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main
Literatur		
Anhang I		Tabellarische Übersichten zu Kapitel 3.1 – 3.3
Anhang II		Umweltbericht zum Regionalplan Mittelhessen 2006 – Monitoringkonzept
Anhang III		Der Regionale Flächennutzungsplan – Monitoringkonzept des Planungsverbandes Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main
Kurzfassung/Abstract		

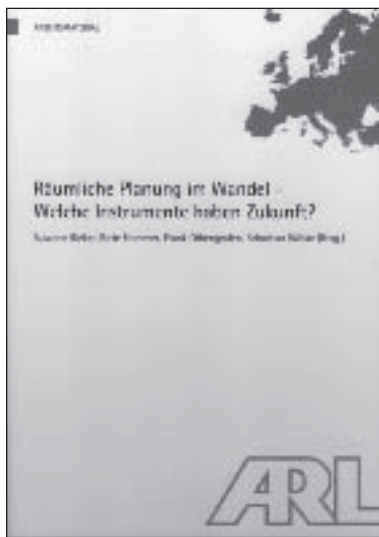
Räumliche Planung im Wandel – Welche Instrumente haben Zukunft?

Susanne Bieker, Birte Frommer,
Frank Othengrafen, Sebastian Wilske (Hrsg.)

Arbeitsmaterial
der Akademie für Raumforschung und Landesplanung
Hannover 2007, Nr. 338, 202 S., m. farb. Abb.
ISBN: 978-3-88838-338-0

Das neunte Treffen des Jungen Forums vom 17. bis 19. Mai 2006 in Darmstadt widmete sich den Instrumenten der Planung angesichts aktueller gesellschaftlicher, technischer und ökonomischer Wandlungsprozesse. Welche Instrumente haben Zukunft?

Warum hat dieses Thema noch immer – oder wieder – eine hohe Aktualität? Schrumpfungsprozesse, Entwicklung von Metropolregionen und Wissenschaftsstädte sind heute zentrale Themen, denen sich Planerinnen und Planer stellen müssen. Auf bewährte Instrumente kann aber nur bedingt zurückgegriffen werden. Wie können die gegenwärtigen gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungen in einer zeitgemäßen und effizienten Weise planerisch begleitet und gesteuert werden? Das Junge Forum bot Gelegenheit, in vier Arbeitsgruppen Fragen der Steuerung von Prozessen, unterschiedliche Strategien im Umgang mit den wichtigen Entwicklungen und die Leistungsfähigkeit moderner Informations- und Kommunikationstechnologien zu diskutieren.



Neben grundlegenden Fragestellungen wurden vier Themenbereiche vertieft behandelt:

- Zukunftsfähige Steuerung durch Kooperation, Kommunikation und Partizipation
- Regionales Wissen, Lernende Regionen – Strategien und Instrumente für eine wissensbasierte Stadt- und Regionalentwicklung
- Formelle Planungsinstrumente in der Sackgasse?
- Informations- und Kommunikationstechnologien – Chance zur Modernisierung traditioneller planerischer Instrumente?

Vorwort

Beiträge

Dirk Vallée

Räumliche Planung im Wandel – Welche Instrumente haben Zukunft? – Beispiele aus der Region Stuttgart

<i>Birte Frommer, Lena Herlitzius</i>	Zukunftsfähige Steuerung durch Kooperation, Kommunikation und Partizipation?
<i>Tine Köhler</i>	Anwendung informeller Instrumente zur interkommunalen Kooperation im Odenwaldkreis
<i>Christian Strauß</i>	Kooperative Verfahren unter Schrumpfungsbedingungen – Stadtumbau mit verteilter Gestaltungsmacht
<i>Markus Beier</i>	Erfolgsmessung in der Raumentwicklung: Die Leistungsfähigkeit von informellen Instrumenten der Regionalentwicklung
<i>Anna Growe, Sabine von Löwis, Fabian Torns</i>	Wissensstädte und -regionen – Eine Einführung
<i>Hans-Peter Hege, Fabian Torns</i>	Wissensregionen – Die Beispiele Frankfurt/Rhein-Main und Rhein-Neckar
<i>Felix Erler</i>	Interpersonelle Kommunikationsprozesse und ihre Folgen für die Innovationstätigkeit in der kunststoffverarbeitenden Industrie und der „Kunststofftechnik Oberlausitz Initiative“
<i>Martina Hagen</i>	Universitärer Wissenstransfer als Instrument der Regionalentwicklung
<i>Diana C. Schödl</i>	Wissensmanagement – Ein Instrument zur Erfassung, Nutzung, Gestaltung und Steuerung von Wissen in der Regionalentwicklung
<i>Sabine von Löwis, Frank Othengrafen</i>	Regionales Wissen, Lernende Regionen – Strategien und Instrumente für eine wissensbasierte Stadt- und Regionalentwicklung
<i>Susanne Bieker, Alexandra Selz, Lisa Kofink</i>	Formelle Planungsinstrumente in der Sackgasse? Die Weiterentwicklung formeller Planungsinstrumente in Südtirol und deren Beitrag zur Planungskultur – Das Beispiel des Landesentwicklungs- und Raumordnungsplans
<i>Stephanie Külzer</i>	Probleme und Hemmnisse formeller Planungsverfahren am Beispiel des Planfeststellungsverfahrens Ausbau Flughafen Frankfurt Main
<i>Wolfgang Jung</i>	Systematisierung der Instrumente räumlicher Planung
<i>Sebastian Wilske</i>	Informations- und Kommunikationstechnologien (IuK) – Chance zur Modernisierung traditioneller planerischer Instrumente? – Vorwort
<i>Sonja Knapp</i>	VEPS – Virtual Environmental Planning Systems: Virtuelle Umwelt- und Stadtplanung. Ein Projektbericht

Jana Liebe,
Sabine Richter

Strategischer Einsatz von virtueller Planungskommunikation – Umsetzung am Beispiel des Aufstellungsverfahrens zum Regionalen Flächennutzungsplan beim Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main

Jana Liebe,
Sebastian Wilske

Internetgestützte IuK-Anwendungen als Chance zur Modernisierung traditioneller planerischer Instrumente?

Anhang

Programm des Jungen Forums in Darmstadt
Teilnehmerliste des Jungen Forums in Darmstadt

Kurzfassungen/Abstracts



**Metropolregionen und Raumentwicklung
Teil 2**

Wie viel „Governance“ braucht eine Metropolregion?

Überlegungen zur organisatorischen und inhaltlichen Ausgestaltung der Metropolregion München

Manfred Miosga, Raymond Saller (Hrsg.)

Arbeitsmaterial
der Akademie für Raumforschung und Landesplanung
Hannover 2007, Nr. 339, 120 S., m. farb. Abb.
ISBN: 978-3-88838-339-7

Das Konzept der Metropolregionen gilt als raumordnungspolitische Erfolgsgeschichte. Ohne zusätzliche Fördermittel oder planerische Vorgaben wurden in Deutschland in den letzten Jahren zahlreiche Initiativen der großräumigen regionalen Kooperation in Verdichtungs-

räumen neu angestoßen oder erfolgreich befördert. Hinsichtlich der Entfaltung metropolregionaler Governance-Initiativen ist die Region München die letzte in der Reihe. Doch auch in der prosperierenden und erfolgreichen Metropolregion ist eine Koordination und Bündelung der Kräfte erforderlich, um eine Position an der Spitze zu erhalten und der Verant-



wortung als Motor der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung auch künftig gerecht zu werden. Metropolregionale Kooperation bedeutet dabei jedoch nicht zwangsläufig, neue Planungs- und Verwaltungsstrukturen aufzubauen. Vielmehr geht es darum, bestehende Initiativen der regionalen Zusammenarbeit neu auszurichten und auf der Ebene der Metropolregion geschickt zu verknüpfen. Dabei kann auf die Erfahrungen anderer Metropolregionen aufgebaut werden, um eine eigene passgenaue Form der Governance für die Metropolregion München zu finden.

Vorbemerkung

Manfred Miosga

1 Einführung:
Metropolregionen als Instrument der Raumentwicklung

- 1.1 Die Diskussion um neue Instrumente und Leitbilder der Raumentwicklungspolitik
- 1.2 Durch die Brille der Metropolregionen – eine neue Geografie Bayerns?
- 1.3 Metropolregionen als Handlungsauftrag für innovative Regionalentwicklung
- 1.4 Intensivierung der Regional Governance in der Metropolregion München – Ziele der Untersuchung

Manfred Miosga

2 Regionale Kooperation in der Metropolregion München – Herausforderungen, aktueller Stand und Notwendigkeiten

- 2.1 Die Metropolregion München: Ausgangsposition und neue Herausforderungen
- 2.2 Die unterschiedlichen Facetten der regionalen Zusammenarbeit in der Metropolregion München
- 2.3 Fazit: Kennzeichen und Defizite der Regional Governance aus der metropolregionalen Perspektive

Hans-Dieter Schulz

3 Gestaltungsspielräume der Raumplanung zur Planumsetzung

- 3.1 Einleitung
- 3.2 Verwirklichung der Planung
- 3.3 Aktivitäten der Verwirklichung

Christa Ständecker

4 Die Europäische Metropolregion Nürnberg

- 4.1 Institutionelle Genesis der Europäischen Metropolregion Nürnberg
- 4.2 Governance und Spielregeln der Zusammenarbeit
- 4.3 Fazit

4.4	Ausblick – Die Metropolregion Nürnberg als Verantwortungsgemeinschaft <i>Raymond Saller</i>
4.5	Von Nürnberg lernen – innovative Aspekte bei der Herausbildung von Metropolregionen
5	Aktuelle Fragen in der Metropolregion München <i>Raymond Saller</i>
5.1	Clusterbildung und -management zur Steigerung der Innovationskraft der Region München <i>Hartmut Keller, Peter Barteit</i>
5.2	Proaktive Verkehrs- und Infrastrukturplanung <i>Hans-Dieter Schulz, Raymond Saller</i>
5.3	Identitätsfördernde Öffentlichkeitsarbeit und Diskursbeteiligung <i>Hans-Dieter Schulz</i>
5.4	Erfolgskontrolle als Frühwarnsystem und Entscheidungshilfe <i>Peter Barteit, Hartmut Keller, Manfred Miosga, Raymond Saller, Hans-Dieter Schulz</i>
6	Perspektiven für die Metropolregion München
6.1	Auftrag und Handlungserfordernisse
6.2	Aufbau metropolregionaler Kooperationsstrukturen
6.3	Erste Schritte: Die Metropolregion München sichtbar machen
6.4	Die Langzeitperspektive: Strategieentwicklung und der Aufbau einer metropolregionalen Managementagentur
Literaturverzeichnis	
Kurzfassung/Abstract	

Die ARL geht neue Wege in ihrer Publikationstätigkeit: Ergänzend zu den etablierten Reihen wurde die neue Reihe „E-Paper der ARL“ ins Leben gerufen. Der erste Band dieser Reihe ist auf der Website der ARL zum Herunterladen verfügbar.

Marie Hanusch, Dieter Eberle, Christian Jacoby, Catrin Schmidt, Petra Schmidt

Umweltprüfung in der Regionalplanung

E-Paper
der Akademie für Raumforschung und Landesplanung
Hannover 2007, Nr. 1, 50 S., m. farb. Abb.
ISBN: 978-3-88838-718-0

Für Raumordnungspläne, deren Aufstellung nach dem 20. Juli 2004 förmlich eingeleitet wurde, ist nach dem Bundesraumordnungsgesetz eine Umweltprüfung durchzuführen. Die Zielsetzung der Umweltvorsorge in der Richtlinie 2001/42/EG über die Umweltprüfung bestimmter Pläne und Programme ist zwar keineswegs neu für die deutsche Planungspraxis, dennoch ergeben sich durch die Inhalte der Richtlinie erhöhte Anforderungen auch an die Verfahren der Raumplanung.

Mittlerweile liegen erste Erfahrungen der Planungspraxis mit der Umweltprüfung in der Regionalplanung vor. Diese fallen aufgrund der Spezifika der einzelnen Regionen und des jeweiligen Planungsauftrags zum Teil sehr unterschiedlich aus – eine einzige richtige Art der Durchführung der Umweltprüfung kann und wird es nicht geben. Die Arbeitshilfe „Umweltprüfung in der Regionalplanung“ stellt mögliche Lösungsansätze sowie Erfahrungen der Planungspraxis bei der Durchführung der einzelnen Schritte der Umweltprüfung vor. Diese werden durch Beispiele ausgewählter Regionalplanungsstellen veranschaulicht. Die Arbeitshilfe soll Anregungen und Hilfestellung bei der Durchführung der Umweltprüfung im Rahmen der Aufstellung von Regionalplänen geben.

Die bisherigen Erfahrungen machen deutlich, dass die Umweltprüfung in der Regel gut in die bestehenden Planungsverfahren integrierbar ist, eine sinnvolle Vorarbeit für raumordnerische Abwägungen darstellt und die Begründungsqualität der Regionalpläne sowie die Transparenz ihrer Erarbeitungsprozesse verbessern kann. Insgesamt kann die Umweltprüfung somit Effizienz und Qualität der Regionalplanung noch verstärken – neben ihrem langfristi-



gen Beitrag zur Steigerung der Umwelt- und Lebensqualität in den Regionen. Dabei greift die Umweltprüfung auf viele bereits vorhandene Ansätze zurück, gleichwohl besteht in einigen Bereichen noch methodischer Weiterentwicklungsbedarf.

Die Arbeitshilfe richtet sich insbesondere an die für die Regionalplanung zuständigen Stellen. Ziel ist, Anregungen zur Gestaltung des „Prozesses Umweltprüfung“ und inhaltliche Hilfestellungen bei der ggf. erforderlichen Beauftragung von Planungsbüros zu geben.

- 1 Einleitung
- 2 Umweltprüfung – Erfahrungen und Hinweise zu einzelnen Verfahrensschritten
 - 2.1 Umweltprüfung als integrierter Teil von Verfahren zur Aufstellung von Regionalplänen
 - 2.2 Screening
 - 2.3 Scoping 9
 - 2.4 Abschichtung
 - 2.5 Form des Umweltberichts
 - 2.6 Inhalte des Umweltberichts
 - 2.6.1 Untersuchungsschwerpunkte
 - 2.6.2 Alternativenprüfung
 - 2.6.3 Bewertung kumulativer Wirkungen und Beurteilung des Gesamtplans
 - 2.7 Verknüpfung der Umweltprüfung mit anderen Prüfungen
 - 2.8 Beteiligung und Abwägung
 - 2.8.1 Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung
 - 2.8.2 Beteiligung anderer Staaten
 - 2.8.3 Einstellen des Umweltberichts und der hierzu eingegangenen Stellungnahmen in die Abwägung
 - 2.9 Zusammenfassende Erklärung zur Umweltprüfung
 - 2.10 Monitoring
- 3 Fazit

Literatur

Beispielverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

Anhang I: Steckbriefe der untersuchten Regionalpläne

Anhang II: Überblick über die rechtlichen Grundlagen sowie Stand der Umsetzung der RL 2001/42/EG in den Ländern

Zusammenfassung/Abstract

Neue Positionspapiere aus der ARL

Nr. 71

Metropolregionen – Innovation, Wettbewerb, Handlungsfähigkeit = Metropolitan Regions – Innovation, Competition, Capacity for Action

Deutsche und englische Ausgabe. Positionspapier aus dem gleichnamigen gemeinsamen Arbeitskreis von Difu, ILS NRW, IRS und ARL. Kurzfassung in diesem Heft, s. „Zur Diskussion“.



Englische Ausgabe

Nr. 72

10 Thesen zu Entwicklungen, Strukturen, Problemen und Lösungsstrategien peripherer, strukturschwacher Regionen in Bayern

Positionspapier aus der AG „Ziele und Strategien einer aktuellen Politik für die ländlichen Räume in Bayern“ der Landesarbeitsgemeinschaft Bayern der ARL. In diesem Heft, s. „Zur Diskussion“.

Die Positionspapiere aus der ARL können als pdf-Datei von der Website der ARL (www.ARL-net.de) heruntergeladen werden oder sind über das Sekretariat der ARL (E-Mail: Berswordt@ARL-net.de, Tel. 0511-34842-13) zu beziehen.

Weiterer Stabwechsel im Sekretariat der ARL

Nach 36-jähriger Tätigkeit ist Dipl.-Vw. Burkhard Lange, Leiter des Wissenschaftlichen Referats „Wirtschaft, Technik, Infrastruktur“ zum 30. November 2007 aus dem Sekretariat der Akademie ausgeschieden und in den Ruhestand getreten. Die Zuständigkeiten und Aufgaben, die er seit seinem Dienstantritt am 1. September 1971 im Sekretariat wahrgenommen hat und für die er verantwortlich war, haben sich vielgestaltig entwickelt. Burkhard Lange war zunächst wissenschaftlicher Referent und seit 1987 Leiter des o. g. Wissenschaftlichen Referats.



Burkhard Lange

Er hat fast seine gesamte berufliche Tätigkeit der ARL gewidmet. Entsprechend groß ist die Zahl zum einen der Forschungs- und Beratungsgremien, die er betreut und in denen er oft auch selbst mitgewirkt hat, allen voran die Landesarbeitsgemeinschaft Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, und zum anderen der Veröffentlichungen, für deren wissenschaftliche Redaktion er verantwortlich war. Hinzu kommen zahlreiche Veranstaltungen, z. B. Wissenschaftliche Plenarsitzungen, die er vorbereitet und für deren reibungslosen Verlauf er mit Sorge getragen hat.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sekretariats wünschen ihrem langjährigen Kollegen für die Zukunft alles Gute und viel Zeit und Muße für andere wichtige Dinge des Lebens. Diese Zeit wird er zweifellos benötigen angesichts der Breite seiner Interessen und Aktivitäten.

Seit dem 1. Dezember 2007 wird das Wissenschaftliche Referat „Wirtschaft, Technik, Infrastruktur“ von Dr. rer. pol. Matthias Schönert geleitet, der seit 1999 am BAW Institut für regionale Wirtschaftsforschung als Projektleiter im Bereich der anwendungsbezogenen Politikberatung

in Bremen tätig war. Sein Arbeitsbereich lag dort in der politischen Strategieberatung und der Koordination von regionalen Struktur- und Branchenanalysen. Die darauf aufbauenden Handlungskonzepte werden in enger Zusammenarbeit mit Auftraggebern und regionalen Akteuren entwickelt und kommuniziert.

Davor war Matthias Schönert Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet Volkswirtschaftslehre/Raumwirtschaftspolitik (Prof. Dr. F.-J. Bade) an der Fakultät Raumplanung der Universität Dortmund. Dort hat er verschiedene Forschungsprojekte über den strukturellen und technologischen Wandel bearbeitet und im Jahr 1999 seine Dissertation mit dem Thema „Das personelle Innovationspotenzial“ abgeschlossen. Er hat während dieser Tätigkeiten vielfältige Erfahrungen in den für die Leitung des



Matthias Schönert

Referats im Sekretariat relevanten Schwerpunktthemen sammeln können. Dabei sind im BAW koordinierende Aktivitäten und das Forschungsmanagement in den letzten Jahren immer stärker in den Vordergrund gerückt. Als Beispiele gelten die Projekte „Umweltwirtschaft im Land Bremen“ sowie „Stadtstaaten und Länderfinanzausgleich“. Bei diesen Vorhaben war Matthias Schönert von der ersten Konzeption über die wissenschaftliche Koordination der Arbeitsgruppen bis hin zur Präsentation der Publikationen im Rahmen von öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen verantwortlich.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sekretariats der ARL freuen sich auf die Zusammenarbeit mit dem neuen Kollegen.

Personalien

Die Vertreter der Mitgliedseinrichtungen des Kompetenzzentrums für Raumforschung und Regionalentwicklung in der Region Hannover haben am 25.10.07 einen neuen Vorstand für die nächste dreijährige Arbeitsperiode gewählt: Prof. Dr. **Carl-Hans Hauptmeyer**, Leibniz-Universität Hannover, Prof. Dr. **Axel Priebes**, Region Hannover, Prof. Dr.-Ing. **Dietmar Scholich**, Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover.



Prof. Dr. **Günter Heinritz**, langjähriges Mitglied und Leiter des Wissenschaftlichen Beirats der ARL, ist in Anerkennung seiner großen Verdienste um das Fach Geographie zum ersten Ehrenpräsidenten der Deutschen Gesellschaft für Geographie (DGfG) ernannt worden.



Eberhard Laux

Kurz vor Vollendung seines 84. Lebensjahres ist am 20. September 2007 in Düsseldorf Prof. Dr. Eberhard Laux verstorben. Bereits Mitte der 1960er-Jahre begann seine langjährige und enge Zusammenarbeit mit der und in der Akademie. Auf seinen Forschungs- und Arbeitsgebieten, den Rechts- und Verwaltungswissenschaften sowie dem Städtebau und der Stadtentwicklung, hat Eberhard Laux zahlreiche viel beachtete, vor allem auch anwendungsorientierte Beiträge in die Untersuchungen eingebracht. Seine vielfältigen Erfahrungen als Referent im Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein, als Geschäftsführer der Helgoland-Aufbau-GmbH, als Landrat des Landkreises Plön, als Mitglied des Vorstandes der WIBERA, als Honorarprofessor an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer oder später als freier Berater machten ihn – verstärkt noch durch seine kollegiale, freundliche und zugleich verbindliche Art – zu einem Bindeglied zwischen Wissenschaft, Verwaltung und Politik und damit geradezu zu einem idealen Netzwerkpartner und Teamarbeiter für die Akademie.

Eberhard Laux war beispielsweise zwischen 1966 und 1972 Mitglied im Forschungsausschuss Recht und Verwaltung und in den Arbeitskreisen zum Thema „Raumordnung – Entwicklungsplanung – Verbundplanung – Bodenordnung“ Anfang der 1970er Jahre und zur Fortentwicklung des Föderalismus in Deutschland Anfang der 1990er Jahre. Darüber hinaus wirkte er an verschiedenen Vorhaben der Politikberatung mit und brachte sich aktiv in verschiedene Veranstaltungen der Akademie ein. Insofern hat Eberhard Laux in erheblichem Maße zum Erfolg der Arbeit in der ARL beigetragen. Bereits 1970 hat ihn das Präsidium in Anerkennung seiner fachlichen Leistungen und seines Engagements für die Akademie zum Korrespondierenden Mitglied der ARL berufen. Wir werden Eberhard Laux ein ehrendes Andenken bewahren.

Die langjährige und erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen der ARL und den Schulgeographen ist in wesentlichen Teilen durch das persönliche Engagement von StDir. Dr. **Frank Czapek**, Hannover, zustande gekommen, der Anfang Oktober d. J. zum ersten Vorsitzenden des Bundesverbandes der Schulgeographen gewählt worden ist.



Dr. **Torsten Wiechmann**, Korrespondierendes Mitglied der ARL, Projektleiter im Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung in Dresden, ist seit Oktober 2007 auch als Gastprofessor für Regionalplanung an der BTU Cottbus tätig.



Prof. Dr. **Beate Jessel** ist vom Bundeskabinett zur neuen Präsidentin des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) berufen worden. Sie tritt die Nachfolge von Prof. Dr. Hartmut Vogtman an. Beate Jessel war zuletzt Professorin für Strategie und Management der Landschaftsentwicklung an der Technischen Universität München.



Wilhelm Schneider

Am 9. September 2007 verstarb im 98. Lebensjahr Dr. Wilhelm Schneider. Der Verstorbene war über viele Jahre hinweg mit der Akademie eng verbunden und hat sich durch eine Reihe viel beachteter wissenschaftlicher Beiträge in den Bereichen Verkehrswissenschaft und Telekommunikation, Regionalforschung und Regionalpolitik ausgezeichnet. Durch seine anerkannte Kompetenz sowie seine kollegiale, freundliche und zugleich verbindliche Art hat er maßgeblich zum Erfolg der Akademiearbeit beigetragen.

Seinen reichhaltigen Erfahrungsschatz hat Wilhelm Schneider auf vielfältige Weise schon seit den 1960er-Jahren in die ARL eingebracht. So war er Mitglied im Forschungsausschuss Raum und Verkehr und im Arbeitskreis zu Verkehrstarifen als raumordnungspolitisches Mittel und brachte sich aktiv in verschiedene Veranstaltungen der Akademie ein, wie die Wissenschaftliche Plenarsitzung 1965 in Hannover. Im Jahr 1971 hat ihn das Präsidium in Anerkennung seiner fachlichen Leistungen und seines Engagements für die Akademie zum Korrespondierenden Mitglied der ARL berufen. Die ARL wird Wilhelm Schneider ein ehrendes Andenken bewahren.

Werner-Ernst-Preis 2008

17. FRU-Förderpreis-Wettbewerb

Internationale Ausschreibung

Der Förderkreis für Raum- und Umweltforschung e.V. (FRU) schreibt den Werner-Ernst-Preis 2008 aus. Das Wettbewerbsthema lautet:

Städte und Regionen im Klimawandel

Hintergrund

Der Klimawandel führt u. a. zu Veränderungen der Lufttemperatur, der Niederschlagsverteilung und -intensität, der Bewölkung und der Schneebedeckung, zum Anstieg des Meeresspiegels und zum Abschmelzen der Gletscher. Er wird sehr wahrscheinlich durch die anthropogene Verstärkung des Treibhauseffekts verursacht. Städte und Regionen haben dabei eine sehr ambivalente Rolle.

Städte und Regionen sind zum einen Betroffene des Klimawandels: Es wird nicht nur wärmer, sondern der erhöhte Energiegehalt der Atmosphäre wird voraussichtlich zu einer Zunahme extremer Wetterbedingungen führen, deren wirtschaftliche Folgekosten immens sein können. Höhere Durchschnittstemperaturen können zwar als angenehm wahrgenommen werden, sie können jedoch andererseits die Verbreitung Wärme liebender Schädlinge und Krankheitserreger begünstigen. Häufigere Hitzeperioden führen zu Beeinträchtigungen der Lebensqualität und zu Gesundheitsrisiken. Der Klimawandel wird auch Anpassungen von Vegetation und Tierwelt und Veränderungen der Artenspektren in Städten mit sich bringen, über deren Art und Ausmaß bisher nur wenige Erkenntnisse vorliegen.

Das Ansteigen des Meeresspiegels bzw. häufigere Starkregen erhöhen das Überflutungsrisiko in der Nähe von Flüssen und Bächen bzw. das Hangrutschungsrisiko. Überflutungen können nicht nur zu Schäden an Gebäuden, sondern auch zu Fließgewässer-, Boden- und Grundwasserkontaminationen führen. Welche Auswirkungen das Abschmelzen der Gletscher auf die Wasserführung der Flüsse und damit auf die Trink- und Brauchwassergewinnung in den Ballungsräumen haben wird, kann zum jetzigen Zeitpunkt nur vermutet werden. Anthropogen verstärkte Naturgefahren wie Überflutungen und Hangrutschungen und die Vulnerabilität gesellschaftlicher Gruppen stehen in einem spannungsreichen Verhältnis zueinander.

Städte und besiedelte Regionen sind auf der anderen Seite wesentliche Verursacher des Klimawandels. Etwa drei Viertel der Treibhausgase werden in den Industrieländern vor allem in den städtischen Siedlungsgebieten emittiert. Die Verbrennung fossiler Energieträger durch Kraftwerke, Kraftfahrzeuge, Gebäudeheizungen und die chemische

Industrie haben den größten Anteil am Ausstoß von Treibhausgasen. Die erhöhten Konzentrationen von Kohlendioxid, Methan, Distickstoffoxid und FCKWs führen zu einer Erhöhung der Temperatur der Erdoberfläche und der unteren Atmosphäre. Weitere Faktoren sind der Ausstoß von Schwebstoffen (Aerosolen) und durch Flugzeuge verursachte Kondensstreifen. Positive Rückkopplungsprozesse verstärken den Treibhauseffekt.

Forschung zum Klimawandel für Städte und Regionen

Die Folgen des Klimawandels für Städte und Regionen sowie Handlungsmöglichkeiten im Klimawandel sind sehr aktuelle Forschungsthemen. Mit dem Werner-Ernst-Preis sollen zum einen Arbeiten gefördert werden, die neue Erkenntnisse zu raum-zeitlichen Wirkungen des Klimawandels für Städte und Regionen behandeln. Dies können Arbeiten zur raum-zeitlichen Verteilung potenzieller Folgen und Risiken des Klimawandels sein oder Arbeiten, die sich mit der Vulnerabilität sozialer Gruppen gegenüber dem Klimawandel, auch in räumlicher Hinsicht, befassen.

Handlungsmöglichkeiten im Klimawandel bestehen zum einen in Bezug auf die Verringerung von Treibhausgasemissionen, die Steigerung der Energieeffizienz und den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energiequellen. Da sowohl das Klima als auch Wirtschaft und Gesellschaft komplexe Systeme sind, die sich nur langsam verändern, kann der Klimawandel nicht mehr verhindert, sondern nur verlangsamt und in seinen Ausmaßen gemildert werden. Deshalb sind auch Anpassungsstrategien erforderlich, wie z. B. die verstärkte Berücksichtigung energetischer und klimatischer Aspekte bei Siedlungsentwicklung und Stadterneuerung, der klimabewusste Entwurf oder Umbau von Gebäuden, das Freihalten bzw. die Absiedlung von Bereichen, die durch Überflutungen oder Hangrutschungen gefährdet sind. Anpassungsstrategien an den Klimawandel sollen nicht isoliert entwickelt werden, sondern es müssen andere gleichzeitig ablaufende Prozesse, insbesondere die Wachstums- und Schrumpfungsprozesse in den Städten und Regionen, berücksichtigt werden.

Der Wettbewerb um den Werner-Ernst-Preis 2008 möchte die Befassung mit dem Thema „Städte und Regionen im Klimawandel“ in zweierlei Hinsicht anregen: Von Interesse sind

- sowohl Arbeiten zu raum-zeitlichen Auswirkungen des Klimawandels für Städte und Regionen, zur Vulnerabilität gegenüber den Folgen des Klimawandels und Untersuchungen zu Risiken des Klimawandels

- als auch Arbeiten, die sich mit politischen und planerischen Handlungsmöglichkeiten im Klimawandel auf verschiedenen politischen bzw. administrativen Ebenen befassen.

Erwartungen an die Wettbewerbsbeiträge

Der Wettbewerb fordert dazu auf, sich mit Auswirkungen des Klimawandels für Städte und Regionen und den Handlungsmöglichkeiten im Klimawandel auf den verschiedenen Ebenen auseinanderzusetzen und Vorschläge zu diskutieren, welche Folgerungen für die raum- und umweltbezogene Politik und Planung im weitesten Sinne gezogen werden sollten. Themen können aus verschiedenen fachlichen Sichtweisen heraus bearbeitet werden, z. B. Raumwissenschaften, Umweltwissenschaften, Stadt- und Regionalplanung, Geographie, Wirtschaftswissenschaften, Rechts-, Politik- und Sozialwissenschaften. Die Berücksichtigung fachübergreifender Gesichtspunkte liegt jedoch nahe und ist zu empfehlen. Da Klimawandel ein weltweites Phänomen ist, wird eine angemessene Berücksichtigung des internationalen Diskurses zum Klimawandel erwartet. Erwünscht sind sowohl Beiträge mit eher theoretischem Ansatz, analytische Betrachtungen, definitorische und methodische Weiterentwicklungen als auch praxisorientierte Erfahrungsberichte mit wissenschaftlicher Fundierung. Bei allem sind persönliche Einschätzungen, eigene Ideen und Vorschläge gefragt.

Interessierte können gern zunächst beim Förderkreis anfragen, ob sich ein vorgesehene Thema für den Wettbewerb eignet. Neben eigens für den Werner-Ernst-Preis 2008 erstellten Beiträgen können auch Arbeiten eingereicht werden, die auf umfassenderen, bereits vorliegenden oder in Arbeit befindlichen Studien-, Projekt- oder Diplomarbeiten sowie Dissertationen beruhen, sofern sie den vorgesehenen Umfang nicht überschreiten und in sich ohne Kenntnis der zu Grunde liegenden Arbeit verständlich sind.

Preise und Preisverleihung

Der Werner-Ernst-Preis 2008 ist mit insgesamt 4.500 EUR dotiert. Vorgesehen ist die Vergabe eines ersten Preises (2.000 EUR), eines zweiten Preises (1.500 EUR) und eines dritten Preises (1.000 EUR). Auf Vorschlag der Jury kann eine Reduzierung der Zahl der Preise und eine andere Aufteilung der Preissumme erfolgen. Als Anerkennung für weitere, nicht mit Geldpreisen ausgezeichnete Wettbewerbsbeiträge stehen wertvolle Buchgeschenke zur Verfügung.

Die Preise werden im Rahmen der Wissenschaftlichen Plenarsitzung der ARL am 5./6. Juni 2008 in Berlin überreicht. Die Verfasserin/der Verfasser des mit dem ersten Preis ausgezeichneten Wettbewerbsbeitrages erhält Gelegenheit zur Vorstellung der Arbeit. Darüber hinaus ist beabsichtigt, die mit Geldpreisen ausgezeichneten Arbeiten zu veröffentlichen.

Teilnahmebedingungen

Teilnehmen können Studierende, Absolventinnen und Absolventen sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Lehre, Forschung und Praxis aller relevanten Fachbereiche.

Das *Höchstalter* beträgt 35 Jahre (Stichtag: 31. März 2008). Zugelassen sind auch Arbeiten von Teams aus bis zu drei Autoren/Autorinnen.

Die eingereichten Arbeiten sollten *nicht mehr als etwa 20 Seiten DIN A 4* umfassen. Sie sind in deutscher Sprache abzufassen und dürfen noch nicht an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung angeboten worden sein. Die Arbeiten müssen bis zum 31. März 2008 (Datum des Poststempels) in vierfacher Printversion und in elektronischer Version – bevorzugt auf CD – zusammen mit dem ausgefüllten Bewerbungsbogen (herunterzuladen von der Homepage des FRU, www.FRU-online.de) bei der Geschäftsstelle des Förderkreises eingereicht werden. Die Printversionen dürfen keinen Hinweis auf die Verfasser enthalten. Pro Bewerber/Bewerberin kann nur eine Arbeit eingereicht werden. Über die Preisvergabe entscheidet eine unabhängige Jury, deren Mitglieder vom FRU bestimmt werden. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Der FRU lädt die Preisträger/Preisträgerinnen zur Teilnahme an der Wissenschaftlichen Plenarsitzung in Berlin ein. Er sorgt für Unterkunft und erstattet die Fahrtkosten nach dem Bundesreisekostengesetz.

Die Preisträger verpflichten sich zur unentgeltlichen Übertragung des Rechts zur Veröffentlichung ihrer eingereichten Arbeiten oder von Teilen daraus an den FRU bzw. an die ARL, sofern eine Veröffentlichung in deren Schriften erfolgt.

Die Arbeiten sind einzureichen an folgende Adresse:

Förderkreis für Raum- und Umweltforschung e.V.
Geschäftsstelle
Jury Werner-Ernst-Preis 2008
Hohenzollernstraße 11
30161 Hannover

Auskünfte erteilt Dr. Andreas Klee von der Geschäftsstelle des FRU, Tel. +49-(0)511-34842-39, Fax +49-(0)511-34842-41, E-Mail: FRU@ARL-net.de

Neue Mitglieder im FRU

Als neue Mitglieder im Förderkreis begrüßt der Vorstand:

- Dipl.-Geogr. **Klaus Mensing**, Hamburg
- Dipl.-Geogr. **Caroline Privat**, Bremen
- Dipl.-Ing. **Steffi Rosentreter**, Ravensburg



Unter dieser Rubrik erscheinen Hinweise auf kürzlich abgeschlossene Diplomarbeiten und Dissertationen. Der Förderkreis möchte auf diese Weise auf Leistungen des wissenschaftlichen Nachwuchses aufmerksam machen. Interessenten können die Adressen, an die Anfragen zu den gemeldeten Arbeiten zu richten sind, über den Förderkreis erhalten.

Diese Rubrik steht allen inner- und außerhalb des personalen Netzwerks der ARL zur Verfügung; eine Auswahl ist vorbehalten. Informationen über Arbeiten, die in den folgenden Heften der ARL-Nachrichten veröffentlicht werden können, werden erbeten an:

FRU c/o ARL
Hohenzollernstr. 11
30161 Hannover
Fax: (+49-511) 3 48 42 - 41
E-Mail: FRU@ARL-net.de

Infobörse

Diplomarbeiten, Dissertationen etc. Kürzlich abgeschlossene Arbeiten

Universität Dortmund Fakultät Raumplanung

■ *Böhm, Pierre Tim*

Migration nach Israel und ihr Einfluss auf den Wohnungsmarkt und den Städtebau
(Diplomarbeit, abgeschl. 07/2007)

■ *Breuker, Ingo*

Strategische Bestandsentwicklung eines benachteiligten Wohnquartiers – Entwicklung und fallbezogene Anwendung eines Modells der Wohnstandortanalyse
(Diplomarbeit, abgeschl. 05/2007)

■ *Heider, Katharina*

Der Einfluss der Kreativwirtschaft in Zürich auf die Entwicklung von Stadtquartieren
(Diplomarbeit, abgeschl. 08/2007)

■ *Sindram, Kerstin*

Stadterneuerungsstrategien für innerstädtische Gründerzeitgebiete – dargestellt am Beispiel „Ückendorf-West“ in Gelsenkirchen
(Diplomarbeit, abgeschl. 06/2007)

■ *Zayko, Katja*

Nutzungskonzept für den ökologischen Schwerpunkt Pöppinghausen – Der Emscherumbau als Chance für das Ruhrgebiet
(Diplomarbeit, abgeschl. 08/2007)

HafenCity Universität Hamburg Department Stadtplanung

■ *Conrad, Cornelia*

Möglichkeiten und Grenzen des Ausbaus einer Schule zu einem Community Knowledge Center in Hamburg-St. Georg
(Diplomarbeit, abgeschl. 05/2007)

■ *Gorgol, Andreas*

Neighbourhood Improvement Districts: mit dem BID-Konzept zur Aufwertung städtischer Wohnquartiere?
(Diplomarbeit, abgeschl. 07/2007)

■ *Hanus, Sara*

Renaissance der Stadt?: Rückwanderung von Suburbaniten im dritten Lebensabschnitt
(Diplomarbeit, abgeschl. 06/2007)

■ *Hoffmeister, Christian*

Regionalmarketing in Metropolregionen: Einsatzmöglichkeiten des regionalplanerischen Instruments in der Metropolregion München
(Diplomarbeit, abgeschl. 07/2007)

■ *Kempe, Janne*

Stiftungen als Akteure der Stadtentwicklung: Beispiele aus der Hamburger Stiftungslandschaft
(Diplomarbeit, abgeschl. 08/2007)

■ *Kölsch, Arend*

Waterfront 2: Metamorphose der Stadt am Wasser in Zentrumslage
(Diplomarbeit, abgeschl. 07/2007)

■ *Korte, Hannes*

Altes Land in Sicht: die Konversion der Donnerschwee-Kaserne in Oldenburg
(Diplomarbeit, abgeschl. 09/2007)

■ *Otte, Stefanie*

Kooperationen für die Zukunft?: regionale Bildungslandschaften für den Erhalt gleichwertiger Lebensverhältnisse
(Diplomarbeit, abgeschl. 07/2007)

■ *Plückhahn, Clemens*

Bahrenfeld im Wandel: Entwicklungsperspektiven für die Trabrennbahn Bahrenfeld und angrenzende Flächen
(Diplomarbeit, abgeschl. 06/2007)

■ *Rumpel, Friedrun; Schulz, Britta*

Vom Altbau zum Drei-Liter-Haus: ambitionierte energetische Sanierungen im deutschen Einfamilienhausbestand
(Diplomarbeit, abgeschl. 08/2007)

■ *Schreiner, Sarah*

Planning desire: Qualifizierung planerischer Raumproduktion für städtische Transformationsprozesse; eine Analyse anhand nicht-institutionalisierter Kulturproduktionen in Hamburg und Wien
(Diplomarbeit, abgeschl. 08/2007)

■ *Seeger, Hauke*

Das Berliner Hauptbahnhofsquartier: zwischen Kanzleramt und Knast
(Diplomarbeit, abgeschl. 08/2007)

■ *Stapel, Jessica*

Das Fleetviertel: eine neue Rolle für ein altes Hamburger Quartier
(Diplomarbeit, abgeschl. 09/2007)

**Universität Heidelberg
Geographisches Institut**
■ Hegewald, Pia

Das Image des Stadtteils Heidelberg-Emmertgrund: Eine wahrnehmungsgeschichtliche Erhebung
(Diplomarbeit, abgeschl. 08/2007)

■ Heine, Axel

Der Einsatz Geographischer Informationssysteme im Verkehrsmanagement am Beispiel der Stadt Frankfurt am Main
(Diplomarbeit, abgeschl. 04/2007)

■ Rautenstrauch, Uta

Segregation von Altersgruppen innerhalb der Stadt: Dargestellt am Beispiel der Universitätsstadt Heidelberg
(Diplomarbeit, abgeschl. 05/2007)

**Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
Geographisches Institut**
■ Sawicki, Agnieszka

Optionen der Einzelhandelsentwicklung im ländlichen Raum unter besonderer Berücksichtigung der demographischen Veränderungen – das Beispiel der Region Schwentinetal/Barkauer Land
(Diplomarbeit, abgeschl. 02/2007)

■ Hädicke, Mark

Neubürgerinformation als Instrument des Stadtmarketing
(Diplomarbeit, abgeschl. 03/2007)

■ Wilken, Marc

Der europäisch geförderte Risikokapitalfonds in Schleswig-Holstein als Instrument der Wirtschaftsförderung – Kooperationen, Akteure und Netzwerkstrukturen
(Diplomarbeit, abgeschl. 04/2007)

■ Schwarz, Marco

Die Zukunft der stationären und ambulanten Pflegeinfrastruktur ländlicher Regionen im demographischen Wandel. Das Beispiel des Kreises Steinburg
(Diplomarbeit, abgeschl. 06/2007)

**Technische Universität München
Studienfakultät Landschaftsarchitektur
und Landschaftsplanung**
■ Hübner, Rico

Der Mensch im Flussraum – Eine Systemstudie zum Flussgebietsmanagement
(Diplomarbeit, abgeschl. 09/2007)

**RAUMFORSCHUNG
UND RAUMORDNUNG**
5/2007
Wissenschaftliche Beiträge
■ Henning Nussl / Bernadett Bigalke

Altwerden am Stadtrand – zum Zusammenhang von Suburbanisierung und demographischem Wandel

■ Caroline Kramer / Carmella Pfaffenbach

Alt werden und jung bleiben – Die Region München als Lebensmittelpunkt zukünftiger Senioren?

■ Christoph Scheuplein

Branchenkompetenz und Qualifizierung: der Beitrag regionaler Netzwerke in Brandenburg

■ Astrid Segert / Irene Zierke

Regionalinitiativen – Entwicklungsressource strukturschwacher ländlicher Räume

■ Günter Herfert

Regionale Polarisierung der demographischen Entwicklung in Ostdeutschland – Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse?

Berichte aus Forschung und Praxis
■ Holger Schmitz / Christian Müller

Das Raumordnungsrecht nach der Föderalismusreform

■ Georg Glasze / Philip Graze

Raus aus Suburbia, rein in die Stadt? Studie zur zukünftigen Wohnmobilität von Suburbaniten der Generation 50+

ISSN 0034-0111

Bestellungen an: Carl Heymanns Verlag KG
Luxemburger Str. 449, 50939 Köln
Tel.: (0221) 943730, Fax: (0221) 94373901
E-Mail: vertrieb@heymanns.com
www.heymanns.com



Positionspapiere

Positionspapiere entstehen in Beratungsgremien, die sich mit aktuellen Fragen der Raumentwicklung auf nationaler und europäischer Ebene beschäftigen und dazu kurzfristig Empfehlungen erarbeiten, die sich an Adressaten aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft richten.

- Nr. 59 **Was leistet die EU-Strukturförderung für die Regionalentwicklung?**
Positionspapier aus der Landesarbeitsgemeinschaft Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland der ARL
- Nr. 60 **Notwendigkeit einer Europäischen Raumentwicklungspolitik**
Positionspapier aus dem Ad-hoc-Arbeitskreis „Europäische Raumentwicklungspolitik“ der ARL
- Nr. 61 **Gesellschaftliche Bedeutung und Zukunft der Regionalplanung**
Positionspapier aus dem Informations- und Initiativkreis „Regionalplanung“ der ARL
- Nr. 62 **Folgen des demographischen Wandels für Städte und Regionen in Deutschland – Handlungsempfehlungen**
Positionspapier aus dem Sekretariat der ARL
- Nr. 63 **Die regionale Ebene zukunftsfähig machen!**
Zu den Verwaltungsreformdiskussionen in den Ländern
Positionspapier aus dem Informations- und Initiativkreis „Regionalplanung“ der ARL
- Nr. 64 **Zur Vereinfachung und Beschleunigung von Zulassungsverfahren für Verkehrsprojekte**
Stellungnahme zum Gesetzesantrag (BR-Drs. 94/06)
Positionspapier aus dem Ad-hoc-Arbeitskreis „Planung und Recht“ der ARL
- Nr. 65 **Zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung (Bereich Raumordnung)**
Stellungnahme zu den Verfassungsänderungen zu Art. 72 Abs. 3 GG (BT-Drs. 16/813)
Positionspapier aus dem Ad-hoc-Arbeitskreis „Planung und Recht“ der ARL
- Nr. 66 **Wie hell strahlen „Leuchttürme“?**
Anmerkungen zur Clusterpolitik in ländlichen Räumen
Positionspapier aus der Ad-hoc-Arbeitsgruppe der Landesarbeitsgemeinschaft Bayern der ARL.
- Nr. 67 **Großflächiger Einzelhandel als Herausforderung**
Raumordnungspolitischer Handlungsbedarf zur Sicherung der Lebensqualität durch verbrauchsnahe Grundversorgung im Einzelhandel
Positionspapier aus dem Informations- und Initiativkreis „Regionalplanung“ der ARL.
- Nr. 68 **Notwendigkeit einer Volkszählung für Deutschland aus der Sicht von Raumentwicklungspolitik und raumwissenschaftlicher Forschung**
Positionspapier aus dem gleichnamigen Ad-hoc-Arbeitskreis der ARL
- Nr. 69 **Gleichwertige Lebensverhältnisse: eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe neu interpretieren!**
Positionspapier aus dem Ad-hoc-Arbeitskreis „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ der ARL
- Nr. 70 **Empfehlungen zur Novellierung des Raumordnungsgesetzes**
Positionspapier aus dem Ad-hoc-Arbeitskreis „Novellierung des Raumordnungsgesetzes“ der ARL
- Nr. 71 **Metropolregionen – Innovation, Wettbewerb, Handlungsfähigkeit = Metropolitan Regions – Innovation, Competition, Capacity for Action.**
Deutsche und englische Ausgabe.
Positionspapier aus dem gleichnamigen gemeinsamen Arbeitskreis von Difu, ILS NRW, IRS und ARL.
- Nr. 72 **10 Thesen zu Entwicklungen, Strukturen, Problemen und Lösungsstrategien peripherer, strukturschwacher Regionen in Bayern.**
Positionspapier aus der AG „Ziele und Strategien einer aktuellen Politik für die ländlichen Räume in Bayern“ der Landesarbeitsgemeinschaft Bayern der ARL.

Die Positionspapiere aus der ARL können als pdf-Datei von der Website der ARL (www.ARL-net.de) heruntergeladen werden oder sind über das Sekretariat der ARL (E-Mail: Berswordt@ARL-net.de, Tel. 0511 – 3 48 42 – 13) zu beziehen.



Teil 1

Metropolregionen in Nordwestdeutschland

Ralph Baumheier (Hrsg.)

Hannover 2007

Arbeitsmaterial Nr. 335

64 S., farb. Abb.

ISBN 978-3-88838-335-9



NEU

Teil 2

Wie viel „Governance“ braucht eine Metropolregion?

Überlegungen
zur organisatorischen
und inhaltlichen
Ausgestaltung der
Metropolregion München

*Manfred Miosga,
Raymond Saller (Hrsg.)*

Hannover 2007

Arbeitsmaterial Nr. 339

120 S., farb. Abb.

ISBN 978-3-88838-339-7



Veröffentlichungen im Preis reduziert

Neue gesetzliche Regelungen eröffnen auch der ARL die Gelegenheit, unter bestimmten Voraussetzungen auf Bände aus den Veröffentlichungsreihen Preisnachlässe zu gewähren. Wir möchten damit nicht nur unsere Nachwuchskräfte, Studierende, Referendare und andere Auszubildende unterstützen, sondern auch allen anderen Mitwirkenden im Netzwerk der ARL für ihr Engagement danken. Für Ihre Bestellung kopieren Sie einfach diese Seite, füllen sie aus und senden sie per Fax oder per Post an das Sekretariat der ARL. Wir veranlassen, dass die gewünschten Bände incl. Rechnung schnellstmöglich zugeschickt werden.

Fax: ARL, Hohenzollernstr. 11, 30161 Hannover, (05 11) 3 48 42 41

Preisänderungen im Verlag der Akademie für Raumforschung und Landesplanung gültig ab 15.12.2007

Anzahl	Titel/ISBN	Bisheriger Preis - EUR	Reduzierter Preis - EUR
	Ethik in der Raumplanung. Zugänge und Reflexionen. Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL Bd. 221 (2004), ISBN 978-3-88838-050-1	26,00	18,00
	Risiken in Umwelt und Technik. Vorsorge durch Raumplanung. Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL Bd. 223 (2005), ISBN 978-3-88838-052-5	22,00	15,00
	Das föderative System in Deutschland. Bestandsaufnahme, Reformbedarf und Handlungsempfehlungen aus raumwissenschaftlicher Sicht. Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL Bd. 224 (2005), ISBN 978-3-88838-053-2	25,00	17,00
	Entwicklung europäischer Grenzräume bei abnehmender Bedeutung nationaler Grenzen. Deutsch-dänische und deutsch-niederländische Grenzräume im europäischen Integrationsprozess. Arbeitsmaterial der ARL Nr. 308 (2004), ISBN 978-3-88838-308-3	24,00	13,00
	Strukturwandel in Ostdeutschland und Westpolen. Arbeitsmaterial der ARL Nr. 311 (2004), ISBN 978-3-88838-311-3	27,00	18,00
	Informationsbroschüren zur Raumplanung in Deutschland. Analysen und Handlungsempfehlungen. Arbeitsmaterial der ARL Nr. 313 (2005), ISBN 978-3-88838-313-7	13,00	7,00
	Integration landwirtschaftlicher Funktionen in die Raumplanung Arbeitsmaterial der ARL Nr. 314 (2005), ISBN 978-3-88838-314-4	29,00	18,00
	Ehrenamt – Wie viel Wissenschaft ist unentgeltlich? Grundsatzfragen und empirische Untersuchung am Beispiel der Akademie für Raumforschung und Landesplanung Arbeitsmaterial der ARL Nr. 315 (2005), ISBN 978-3-88838-315-1	11,00	6,00
	Landesplanungsgesetz und Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg. Aufgaben und Chancen für die Regionen Arbeitsmaterial der ARL Nr. 316 (2006), ISBN 978-3-88838-316-8	12,00	7,00
	Raum- und Eisenbahnentwicklung in der Alpenregion. Aktuelle Entwicklungen, Aufgaben und Perspektiven Arbeitsmaterial der ARL Nr. 317 (2005), ISBN 978-3-88838-317-5	19,00	10,00
	Landesplanung im Stadt-Umland-Bereich Arbeitsmaterial der ARL Nr. 318 (2005), ISBN 978-3-88838-318-2	27,00	16,00
	Braunkohlenplanung, Bergbaufolgelandschaften, Wasserhaushaltssanierung. Analysen und Fallbeispiele aus dem Rheinischen, Mitteldeutschen und Lausitzer Revier Arbeitsmaterial der ARL Nr. 323 (2005), ISBN 978-3-88838-323-6	29,00	18,00

Absender

.....

.....

.....

.....

(Ort, Datum)

.....

(Unterschrift)

ISSN 1612-3891 (Printausgabe)
ISSN 1612-3905 (Internetausgabe)
www.ARL-net.de